

KURDISTAN REPORT
Für ein freies Kurdistan in einem demokratischen Mittleren Osten
Nr. 163 September/Oktober 2012 2,50 €

Im Kurdistan Report Nr. 163 September/Oktober 2012 berichten wir über:

Aktuelle Bewertung
Die AKP-Diktatur und die kurdische Frage
Zübeyir Aydar, Exekutivratsmitglied des Kurdistan-Nationalkongresses KNK 4

Duran Kalkan zur Lage in Nordkurdistan
„Wenn sie uns den politischen Weg versperren ...“
Ahmet Çimen und Devrim Amed, ANF 7

Dr. Bahoz Erdal: Die Türkei führt in Kurdistan einen Krieg mittlerer Intensität
Was passiert gerade in Şemzînan?
Sinan Cudi, Yeni Özgür Politika 9

Totale Isolation gegen Abdullah Öcalan
13 Jahre Sonderrecht auf Imralı
Rechtsbüro des Jahrhunderts (Asrın Hukuk Bürosu) 11

Seit Gründung der Republik ist die Presse fortgesetzt Ziel offener Angriffe
Die AKP versucht, die Presse gegeneinander aufzubringen
Vedat Kurşun 14

Beispiellose Angriffe auf Gewerkschaften in der Türkei
Bianca Winter, Demokratie hinter Gittern 17

Die BDP entwickelt in der Türkei eine alternative Kommunalpolitik
Unsere Kommunalverwaltungen haben mit einer immensen Unterdrückungspolitik zu kämpfen
Idris Baluken, stellvertretender BDP-Co-Vorsitzender, im Interview 19

Repression gegen Studierende in der Türkei
Unter den inhaftierten Studierenden sind etwa 90 % KurdInnen
Das Bündnis „Studierende hinter Gittern“ 22

Die Akteure haben gewechselt, aber der Inhalt bleibt derselbe
Nun diktiert die AKP-Regierung die gesellschaftliche Sichtweise
Devriş Çimen 24

Die kurdische oppositionelle Organisierung in Westkurdistan
Eine historische Chance für Syrien
Mako Qoçgirî 27

Die Einheit Syriens kann allein durch die Formel „Demokratisches Syrien – demokratisch-autonomes Kurdistan“ gewahrt werden
„Lasst uns die Einheit Syriens gemeinsam stärken“
Aldar Xelil, Mitglied des Kurdischen Hohen Rates in Westkurdistan, im Interview 29

Wer die Kurden unterdrückt, ist auch selbst nie unabhängig geworden ...
Der Status quo ohne Kurden ist passé
Haluk Gerger, Politikwissenschaftler, im Gespräch 32

Der Konflikt in Syrien und die Neugestaltung des Nahen Ostens
Ein Ende der mörderischen Kämpfe scheint nicht absehbar
Werner Ruf, Prof. emer., Friedensforscher und Nahostexperte 35

Von den Flüssen des Lebens zu den Flüssen des Todes ...
Staudammbau am Fluss Botan
Murat Gürbüz, politischer Häftling im E-Typ-Gefängnis Sêrt (Siirt) 38

Historischer Widerstand gegen einen Staudamm am Peri-Fluss
Baustelle gestürmt und zerstört!
Ercan Ayboğa, Initiative zur Rettung von Hasankeyf 39

„Warum schweigt Europa?“
Andrej Hunko, Mitglied des Deutschen Bundestags (Fraktion DIE LINKE) und der Parlamentarischen Versammlung des Europarats 41

Frauendelegation in Nordkurdistan
Diese Revolution ist nicht aufzuhalten – Trotz allem und jetzt erst recht
Melanie Küpper und Simone Froschauer 43

Die Frauen in der PKK und die kurdische Freiheitsbewegung
Befreiung aus mehrfacher Unterdrückung
Kariane Westrheim, PhD in Psychologie, Übersetzung aus: PolitikART 46

Dokumentation der Pressemitteilung zum Prozessauftakt im § 129 b-Verfahren
Freiheit für Ali Ihsan Kitay
Bündnis Freiheit für Ali Ihsan 48

Der Prozess gegen Ali Ihsan Kitay und der § 129 b
Das Interview mit der Rechtsanwältin Conny Ganten-Lange führte Martin Dolzer 50

Sprachliche Assimilation und Selbstbestimmung
Kurdisch als Wahlfach? Nein danke!
Luqman Guldivê 52

Französischer Philosoph entdeckt den jungen Marx
„Demokratie gegen den Staat“
Buchbesprechung von Dr. Elmar Millich 54

Mahmood Falaki:
„Die Schatten“ und „Carolas andere Tode“
Buchbesprechung von Susanne Roden 56



An einem Kontrollpunkt der HPG kommt die Delegation der Abgeordneten und der Friedensmütter, die sich über die Situation in Şemzînan informieren wollen, mit der Guerilla zusammen. Foto: DIHA



Tausende „Sicherheitskräfte" versuchen in Amed, die Demonstration der Bevölkerung gegen die verschärfte Isolation Öcalans zu verhindern. Trotz stärkster Repression gehen die Menschen auf die Straßen. Foto: DIHA



Demonstration in Westkurdistan (Syrien) unter dem Transparent des Kurdischen Hohen Rates. Foto: YÖP

Liebe Leserinnen und Leser,

wir möchten diese Ausgabe des Kurdistan Reports damit beginnen, äußerst erfreuliche Nachrichten aus Kurdistan mit Ihnen zu teilen. Die Bevölkerung Westkurdistans schreitet mit klaren Schritten auf dem Weg zu ihrer Freiheit voran. In gleich mehreren Städten hat die Bevölkerung die Kontrolle dem Assad-Regime entrissen und angefangen, das Demokratisch-Autonome Westkurdistan aufzubauen. Die Entwicklungen in Westkurdistan sind ein Schwerpunkt der vorliegenden Ausgabe.

Weniger erfreuliche Nachrichten haben wir leider aus Nordkurdistan. Dort halten Krieg und Repression gegen das kurdische Volk und alle diejenigen, die für eine friedliche demokratische Lösung eintreten, unverändert an. Die Presse (S. 14), die Gewerkschaften (S. 17), die kurdischen Kommunalverwaltungen (S. 19), die Studierenden (S. 22) und weitere Teile der Gesellschaft, die von der Linie der AKP-Regierung abweichen oder diese auch nur kritisch hinterfragen, befinden sich weiterhin auf der Abschussliste der Herrschaft aus Ankara. Die seit über einem Jahr anhaltende Totalisolation des PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan (S. 11) ist hierbei der offenkundigste Beweis dafür, dass die türkische Regierung nicht gewillt ist, ihren Kriegskurs gegen das kurdische Volk aufzugeben.

Doch die anhaltenden Unterdrückungsmaßnahmen, die an das Ausmaß des schmutzigen Krieges der 1990er Jahre erinnern, sind weit davon entfernt, den Widerstandswillen des kurdischen Volkes zu brechen. Im Gegenteil, so haben die Volksverteidigungskräfte (HPG) als Antwort auf die Angriffe des türkischen Staates eine Offensive in der Region um Şemzînan (Şemdinli) und Çelê (Çukurca) gestartet. Seit Ende Juli/Anfang August werden diese Gebiete von den Guerillakräften kontrolliert. Weshalb sich die Guerillakräfte zu einer solchen Offensive entschlossen haben und weitere Hintergründe zur Situation in der Region können Sie in den Interviews mit Duran Kalkan (S. 7) und Dr. Bahoz Erdal (S. 9) lesen.

Widerstand ist auch das Stichwort, wenn es um die Staudammprojekte in Kurdistan geht. Wenn die Regierung gegen den Willen der Bevölkerung an diesen Projekten mit katastrophalen Auswirkungen für Mensch und Natur festhält, sieht sich die Bevölkerung auch mal gezwungen, mit drastischeren Mitteln Widerstand hiergegen zu leisten. Im vorliegenden Kurdistan Report berichten wir über den Widerstand der Bevölkerung von Dêrsim gegen den Peri-Staudamm (S. 39) und das Staudammprojekt im Botan-Gebiet (S. 38).

Und wie immer, wenn es zu einem Erstarken des Widerstands in Kurdistan kommt, wird die Repressionsschraube auch hierzulande gegen die kurdischen AktivistInnen angezogen. So hat in Hamburg der § 129 b-Prozess gegen den kurdischen Politiker Ali Ihsan Kitay begonnen. Wir dokumentieren in dieser Ausgabe die Pressemitteilung des Bündnisses „Freiheit für Ali Ihsan" (S. 48) zum Prozessauftakt. Zudem informiert die Rechtsanwältin Conny Ganten-Lange über die Hintergründe des Prozesses (S. 50).

Auch wenn die Meldungen zu Krieg und Repression auch in dieser Ausgabe überwiegen, geben doch vor allem die Entwicklungen in Westkurdistan Hoffnung auf bessere Zeiten.

Ihre Redaktion

Aktuelle Bewertung

Die AKP-Diktatur und die kurdische Frage

Zübeyir Aydar, Exekutivratsmitglied des Kurdistan-Nationalkongresses KNK

Die Entwicklungen der letzten zwei Monate in der Türkei und Nordkurdistan waren gekennzeichnet von zunehmenden Militäroperationen, den KCK-Verfahren, der anhaltenden Isolationsfolter gegen den Repräsentanten des kurdischen Volkes Abdullah Öcalan. Kurzum, von der lösungslosen Politik der türkischen Regierung in Bezug auf die kurdische Frage. Des Weiteren bestimmten die Auseinandersetzungen in Syrien sowie die Entwicklungen im syrischen Teil Kurdistans, in Westkurdistan, die politische Tagesordnung.

Die Militäroperationen weiteten sich ab Juni auf alle Regionen des türkischen Nordkurdistan aus. Folglich nahmen die Gefechte und die Verluste auf beiden Seiten zu. Gegen diese vermehrten Militäroperationen des türkischen Staates verstärkte die kurdische Guerilla ihre Straßenkontrollen und militärischen Aktivitäten. So führten Guerilla-Einheiten am 19. Juni 2012 einen großangelegten Angriff auf eine Militärstation im Dorf Şitîzan (Kızıltaş), Kreis Colemêrg-Gever (Hakkâri-Yüksekova), durch. Dabei verloren nach Angaben der Volksverteidigungskräfte (HPG) annähernd 100 türkische Soldaten und 7 GuerillakämpferInnen ihr Leben. In diesem Zusammenhang wurden von der Guerilla auch 4 Sikorsky-Helikopter abgeschossen. (Diese Angaben sollen nicht den Krieg verherrlichen, sondern auf die Dimension der Gewalt und deren Opfer hinweisen.) Die HPG erklärten, mit dem Angriff von Şitîzan sei die Phase revolutionärer Operationen begonnen worden und sie würden nicht aus der Region abziehen. Weitere Operationen, Angriffe und Gefechte folgten.

Am 23. Juli standen einige Straßen und Gebiete in Şemzînan (Şemdinli) unter der Kontrolle der Guerilla. Daraufhin erklärten die HPG wiederum, eine neue Operationsphase mit dem Ziel begonnen zu haben, Gebiete unter ihre Kontrolle zu bringen und auch zu halten. In den folgenden Tagen meldeten sie, ihre revolutionären Operationen auch auf Gever (Yüksekova) und Çelê (Çukurca) ausgeweitet zu haben. Tatsächlich finden seit dem 23. Juli in den ländlichen Gebieten dieser drei Regionen täglich Militäroperationen statt, eine Art Stellungskrieg wird geführt. Nach lokalen Informationsquellen hat der Staat die Kontrolle über diese Gebiete verloren. Der Zugang zu den dortigen Militärstationen ist auf dem Boden kaum möglich, daher wird der Kontakt über den Luftweg gehalten. Nach dem Verlust der Kontrolle über diese Regionen griff der türkische Staat auf Methoden zurück, die in den 90er Jahren gängig gewesen waren: Zwangsumsiedlungen mit der Absicht, die Dörfer zu entvölkern, sowie bestimmte Gegenden zu Sperrgebieten zu erklären. Seit dem 23. Juli sind bereits Dutzende Dörfer entvölkert, die Garten-, Land- und Ackerflächen der DorfbewohnerInnen zerstört und verbrannt worden. Durch den Einsatz von Brandbomben kommt es zu Waldbränden. Die Regierung der Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (AKP) agiert dort nach der Logik: „Was uns nicht gehört, soll auch niemand anderem gehören." Die Region soll aus der Luft und vom Boden aus beschossen und zerstört werden.

Im zivilen Bereich haben in den vergangenen zwei Monaten die seit drei Jahren anhaltenden politischen Operationen, die sogenannten KCK-Operationen, gegen kurdische PolitikerInnen, NGO-VertreterInnen, AktivistInnen sowie gegen Mitglieder unterschiedlicher Berufsverbände nichts von ihrem Tempo verloren. Ein kurzer Rückblick: Die sogenannten KCK-Operationen, benannt nach der ausnahmslos allen Betroffenen vorgeworfenen Mitgliedschaft in der oder Betätigung für die Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans (KCK), begannen am 14. April 2009 und richteten sich anfangs gegen VertreterInnen und PolitikerInnen der Partei für Frieden und Demokratie (BDP). Später wurden sie auf andere zivilgesellschaftlich und berufsverbandlich Organisierte ausgeweitet. Im Zuge dieser Operationen sind bislang annähernd 10 000 Menschen, unter ihnen Abgeordnete, BürgermeisterInnen und andere KommunalpolitikerInnen, AkademikerInnen, SchriftstellerInnen, AnwältInnen, JournalistInnen, GewerkschaftlerInnen, SchülerInnen und StudentInnen festgenommen und zu einem großen Teil in Haft behalten worden. Alle diese Menschen werden des Terrorismus beschuldigt, obwohl niemand von ihnen in Gewaltaktionen verwickelt war und nicht einmal ein Messer sichergestellt werden konnte.

Jüngst war die Konföderation von Gewerkschaften des Öffentlichen Dienstes (KESK) das Angriffsziel. In den frühen Morgenstunden des 25. Juni wurden ihre Zentrale und zahlreiche Nebenstellen zeitgleich durchsucht und insgesamt 58 Personen, unter ihnen auch der KESK-Vorsitzende Lami Özgen, festgenommen. Die Erklärung des KESK-Generalsekretärs Ismail Hakkı zu diesen Operationen war äußerst aufschlussreich: „Alle unsere festgenommenen FreundInnen

kennzeichnen zwei Eigenschaften: Erstens waren es die fleißigsten KollegInnen, zweitens sind sie alle KurdInnen.“ Egal wo die Polizeioperationen durchgeführt werden, die eigentliche Zielgruppe sind die KurdInnen.

Am 2. Juli 2012 begann dann schließlich in Silivre nach langen Haftzeiten der Prozess gegen 205 Angeklagte im Istanbuler KCK-Hauptverfahren, unter ihnen Führungskräfte der BDP, WissenschaftlerInnen, SchriftstellerInnen, JournalistInnen. Viele internationale ProzessbeobachterInnen waren anwesend. Auch dieser Prozessauftakt war dadurch gekennzeichnet, dass dem Antrag der Angeklagten auf Verteidigung in ihrer Muttersprache vom Gericht nicht stattgegeben wurde. Nur einzelne Angeklagte äußerten sich auf Türkisch, weil es ihre Muttersprache ist. Nach einer Prozesswoche wurden einige wenige freigelassen, aber keine, die ihre Verteidigung auf Kurdisch beantragt hatten.

Ein weiterer absurder KCK-Prozess – gegen insgesamt 50 AnwältInnen, von denen 37 seit längerem im Gefängnis sitzen – begann vom 16. bis 18. Juli in Istanbul. Dessen Besonderheit ist die Gemeinsamkeit aller in diesem Verfahren Angeklagten, dass es sich bei ihnen um VerteidigerInnen von Abdullah Öcalan handelt. Sie alle haben ihn zu unterschiedlichen Zeiten auf der Gefängnisinsel Imralı getroffen und ihn juristisch vertreten. Auch hier lautet die Anschuldigung auf „Mitgliedschaft und Führungsfunktion in einer terroristischen Organisation“. Dieser Prozessauftakt wurde von annähernd 1000 JuristInnen aus der Türkei sowie Hunderten aus dem Ausland verfolgt. Auch hier entfachte sich der Streit um das Recht auf Verteidigung in der Muttersprache.

Die von der BDP und dem Kongress für eine Demokratische Gesellschaft (DTK) für den 14. Juli 2012 in Amed (Diyarbakır) geplante Großkundgebung, mit der gegen die verschärfte Isolationshaft des kurdischen Volksrepräsentanten Abdullah Öcalan protestiert und die Forderung nach einer Lösung für die kurdische Frage auf der Grundlage der Demokratischen Autonomie bekundet werden sollte, war ja nach anfänglicher Genehmigung vom Gouverneur drei Tage vorher verboten worden. Die kurdische Bevölkerung beugte sich diesem Verbot nicht und ging trotzdem auf die Straße. An diesem Tag war die Stadt von Polizei und Militär belagert, denn tausende Sicherheitskräfte waren aus anderen Städten nach Amed berufen worden und gingen mit verschärfter Gewalt gegen die DemonstrantInnen vor. Amed verwandelte sich an diesem Tag regelrecht in einen Kriegsschauplatz. Die Polizei terrorisierte die Stadt, setzte massenhaft Pfeffergas ein. Infolge der Angriffe wurden Hunderte von Menschen, unter ihnen auch Abgeordnete und BürgermeisterInnen der BDP, verletzt. Der Abgeordneten von Îdir (Iğdır), Pervin Buldan, wurde mit einer gezielt geschossenen Gaskartusche das Bein gebrochen. Gleichzeitig wurden Hunderte festgenommen und verhaftet. All das ist die Praxis einer Politik der AKP, um mit allen Mitteln die BDP politisch zu isolieren. Wäre die Kundgebung nicht verboten gewesen und hätte das nicht zu diesen Ausschreitungen geführt, dann hätten Hunderttausende friedlich und kraftvoll ihre Botschaft vermittelt. Aber genau das sollte unterbunden werden, die Stärke der BDP sollte nicht zum Vorschein kommen.

Der kurdische Volksrepräsentant Abdullah Öcalan wird seit 13 Jahren und 6 Monaten allein in einer Zelle im F-Typ-Hochsicherheitsgefängnis auf der Gefängnisinsel Imralı gehalten. Von 1999 bis 2009 war er dort der einzige Insasse gewesen, dann wurden fünf weitere Gefangene auf die Insel verlegt. Er verbringt die Zeit, bewacht von mehr als 1000 auf der Insel stationierten Soldaten, in Isolationshaft. Das Imralı-Gefängnis unterscheidet sich von allen anderen, weil es einem Sonderstatut unterliegt. Öcalan und die anderen fünf Imralı-Insassen genießen nicht die Rechte, die anderen Gefangenen zustehen. Bis heute wurde ihm so z. B. kein Fernsehen zugestanden. Trotz der Berichte des Antifolterkomitees des Europarates (CPT) und seiner Forderungen nach Verbesserung der Haftbedingungen ist in dieser Richtung bislang nichts unternommen worden. Mit Sonderbefugnis der Regierung werden nun seit über einem Jahr die Isolationshaftbedingungen noch wei-



Trotz eines massiven Polizeiaufgebots und starker Repression durch die „Sicherheitskräfte“ kamen am 14. Juli Tausende in Amed dem Aufruf der BDP und des DTK nach, um gegen die verschärfte Isolation Öcalans und für eine demokratische Lösung der kurdischen Frage auf der Grundlage der Demokratischen Autonomie zu demonstrieren. Foto: DIHA

ter verschärft. Seit dem 27. Juli 2011 verhindert die Regierung willkürlich, dass Abdullah Öcalan sein Recht auf Konsultation mit seinen RechtsvertreterInnen wahrnimmt oder Besuch von seinen Familienangehörigen erhält. Alle Besuchsanträge (bislang über 100) der AnwältInnen werden mit unseriösen und haltlosen Begründungen wie „defektes Boot" oder „zu schlechtes Wetter" indirekt abgelehnt. Folglich ist Öcalan mit den weiteren fünf Gefangenen auf Imralı seit über einem Jahr völlig von der Außenwelt abgeschnitten und seitdem gibt es keinerlei Informationen über sie. So wie das ungerechte und rechtswidrige Verhalten der türkischen Regierung hält auch das Schweigen der internationalen Institutionen an.

Die Entwicklungen im Nachbarland Syrien sind ebenfalls von Bedeutung. Seit über 17 Monaten hält der Aufstand gegen die Baath-Diktatur an. Der Freiheitskampf des Volkes in Syrien ist legitim. Auch die KurdInnen haben unter diesem Regime viel Leid erfahren müssen und beteiligen sich an diesem Kampf seit dessen Beginn überwiegend friedlich. Die anhaltenden Auseinandersetzungen scheinen das Regime geschwächt zu haben, gegenwärtig hat es Schwierigkeiten, manche Regionen – kurdische Gebiete sind ebenfalls darunter – zu kontrollieren. Die KurdInnen haben die Situation als Chance begriffen und einige Städte in Südwestkurdistan unter ihre Kontrolle gebracht. Als weiterer wichtiger Schritt der kurdischen Opposition gilt die Gründung des „Kurdischen Hohen Rates" am 24. Juli, in dem alle kurdischen Gruppen in Syrien vertreten sind. Auf ihre Bekanntgabe hin gingen in ganz Südwestkurdistan hunderttausende KurdInnen auf die Straßen, um sie zu feiern. Die stärkste kurdische Partei in Südwestkurdistan, die Partei der Demokratischen Einheit (PYD), ist ebenfalls in diesem Bündnis vertreten. Die Tatsache, dass die KurdInnen ihre eigene Selbstverwaltung aufbauen, widerstrebt am meisten der Türkei. Deren Regierungs- und ParteirepräsentantInnen, allen voran Ministerpräsident Erdoğan und Staatspräsident Gül, legen eine hysterische KurdInnenfeindschaft an den Tag und geben äußerst harte und bedrohliche Erklärungen ab. Als Reaktion auf die Entwicklungen im syrischen Teil Kurdistans hat die Türkei militärische Belagerungsposten nahe den kurdischen Gebieten errichtet. Über die Medien wird eine umfassende antikurdische Hetzkampagne geführt.

Für die KurdInnen sind solche Kampagnen der türkischen Regierungen nichts Neues. Anlässlich prokurdischer Entwicklungen im Nachbarland Irak reagierten die damaligen türkischen StaatsvertreterInnen vor Jahren ähnlich. Bekanntlich betrachtet die Türkei jegliche kurdische Errungenschaft als Bedrohung und bekämpft sie entsprechend. Was momentan im Hinblick auf Syrien geschieht, ist dasselbe. Sie erklären, die PYD stehe der PKK nahe und sie würden in keinster Weise eine irgendwie geartete Vertretung dieser Partei im (neuen syrischen) System akzeptieren. In diesem Zusammenhang reiste der türkische Außenminister Davutoğlu mit einer großen Delegation in das südkurdische Hewlêr (Arbil). Er traf den Präsidenten der Autonomen Region Kurdistan, Mesud Barzani, VertreterInnen der Regionalregierung und einiger südwestkurdischer Parteien, außer der PYD. Ihr Ziel war es, die neu proklamierte kurdische Einheit zu sprengen, was dort zu einer gewissen Krise führte. Doch aufgrund eines umsichtigen Verhaltens der PYD und der anderen kurdischen Parteien scheiterte das Vorhaben Davutoğlus vorerst. Die Drohungen und Absichten der Türkei in dieser Richtung halten aber noch immer an.

Die AKP-Regierung hatte sich zu Beginn ihrer Amtszeit auf die Werte Recht, Gerechtigkeit, Demokratie, Freiheiten bezogen und auf diese Weise auch Hoffnungen geweckt. Aber sobald es um die kurdische Sache geht, unterscheidet sich ihre Politik in keinster Weise von der ihrer Vorgängerregierungen, und die aufgelisteten Werte verlieren ihre Bedeutung. Sie hat sich im Allgemeinen immer mehr von diesen Werten und Begriffen entfernt, je stärker sie ihre Macht ausgeweitet hat. Sie sind nur dann DemokratInnen, wenn es ihnen in den Kram passt. Ministerpräsident Erdoğan duldet keinerlei Kritik. Seine Äußerungen aus der jüngsten Zeit sind schockierend. Von denjenigen JournalistInnen, die ihn kritisiert haben, wurden diejenigen mit kurdischem Hintergrund größtenteils ins Gefängnis gesteckt, diejenigen türkischer Provenienz überwiegend entlassen. Oppositionelle und JournalistInnen werden mit Namen und Foto in systemtreuen Presseorganen öffentlich gemacht und zur Zielscheibe erklärt.

Mit welcher Mentalität wir es zu tun haben, soll folgendes Beispiel illustrieren: Der türkische Innenminister Idris Naim Şahin äußerte angesichts der Gefechte in Colemêrg (Hakkari) Anfang August: „Die außerordentliche Tagesordnung des Landes ist nicht nur auf die militärischen Auseinandersetzungen zu begrenzen. Diese Gefechte finden in Istanbul ihre Fortsetzung in Schriftwerken. Die Mörsergranaten, die auf Geçimli *[Polizeistation, die am 4. August von der Guerilla angegriffen wurde]* abgefeuert wurden, unterscheiden sich nicht von den Zeitungsartikeln, die hier in Ankara geschrieben werden." Wie können sich die BürgerInnen eines Landes sicher fühlen, wenn ein solcher Innenminister die Sicherheit gewährleisten soll? Die Bewertung überlasse ich den LeserInnen.

Der kurdischen Karte kommt im Hinblick auf die Entwicklungen in der Türkei und in der Region immer mehr Bedeutung zu. Ein Erstarren in antikurdischer Politik hat bislang keiner Regierung der Türkei Nutzen gebracht, geschweige denn dem Lande selbst. Immer mehr KolumnistInnen und ExpertInnen erklären, dass die Türkei mit ihrer bisherigen KurdInnenpolitik regional nicht in der Lage sein wird, eine positive Rolle zu spielen. Die KurdInnen als die lokalen VerliererInnen nach dem Ersten Weltkrieg werden die GewinnerInnen von heute sein. Die politischen und militärischen Fähigkeiten, die sie heute zeigen, beweisen deutlich, dass sie entschlossen sind, aus der Neuordnung der Region als ein Volk mit Status hervorzugehen. Wer diese Realität ignoriert und dieser Entwicklung mit aller Kraft entgegenzutreten versucht, wird die Chance nicht genutzt haben und sich zunehmend zu einer reaktionären Kraft entwickeln, die selbst ein Hindernis in der Region darstellt. ♦

Duran Kalkan zur Lage in Nordkurdistan

„Wenn sie uns den politischen Weg versperren …“

Ahmet Çimen und Devrim Amed, ANF, 08.08.2012

In Şemzînan (Şemdinli) und Çelê (Çukurca) haben die Volksverteidigungskräfte (HPG) die „revolutionäre Operation“ begonnen. Statt der guerillaüblichen „Hit and run“-Taktik verfolgen sie damit die Strategie, wichtige Standpunkte vom türkischen Militär einzunehmen und dieses dadurch zum Rückzug zu bewegen. Die Gründe für diesen Strategiewechsel der Guerillakräfte der HPG erläutert Duran Kalkan, Mitglied des KCK-Exekutivkomitees, gegenüber der Nachrichtenagentur Firat (ANF).

„Şemzînan ist als Warnung zu verstehen“

Auf die Frage, warum die Aktivitäten der Guerillakräfte in dieser Phase in einem solchen Umfang zugenommen hätten und weshalb die Guerilla mit der Operation in Şemzînan einen Strategiewechsel vorgenommen habe, entgegnet Kalkan: „Wenn wir die letzten Wochen und Monate noch einmal Revue passieren lassen, fällt auf, dass die AKP-Regierung nicht allein auf der Nicht-Lösung der kurdischen Frage beharrt, sondern den Polizeiterror gegen die kurdische Bevölkerung gesteigert und den politischen Genozid an den politischen Strukturen der Kurdinnen und Kurden unvermittelt fortgesetzt hat. Hinzu kommt die Totalisolation unseres Vorsitzenden, die nun seit mehr als einem Jahr anhält. Niemand kann von der kurdischen Seite erwarten, dass sie diese Vernichtungspolitik hinnimmt. Es war also klar, dass die Guerilla dagegen Widerstand zeigen wird. Darum soll jetzt niemand behaupten, unsere Guerillakräfte hätten diese Phase ohne Vorwarnung eingeläutet. Ganz im Gegenteil, der Beginn dieser Widerstandsphase war längst überfällig und allein die AKP-Regierung ist dafür verantwortlich. Und die Aktion in Şemzînan stellt nur den Beginn einer großen Widerstandsphase in Kurdistan dar. Deshalb sollte die Regierung Şemzînan auch als Warnung begreifen. Die AKP sollte das richtig verstehen und von ihrer Vernichtungspolitik gegenüber dem kurdischen Volk ablassen. Je früher sie das begreift, desto weniger Schaden wird sie davontragen.“

Mit dem revolutionären Volkskrieg zur Demokratischen Autonomie

Wie mit dieser strategischen Ausrichtung die Lösungsperspektive der kurdischen Freiheitsbewegung aussieht, erklärt Kalkan so: „Was sich gerade entwickelt, ist der revolutionäre Volkskrieg. Während der Widerstand der Bevölkerung mit den ‚serhildans‘ (Volksaufständen) die eine Seite des revolutionären Volkskriegs darstellt, wird die andere Seite durch die Guerilla mit ihrer neuen strategischen Ausrichtung komplementiert. Die Guerilla wird von nun an nicht bloß vereinzelte Aktionen durchführen. Ziel ist es, die demokratische Selbstverwaltung des kurdischen Volkes zu schaffen, und die Aufgabe der Guerilla wird es sein, sie zu verteidigen. Diese Aufgabe setzt sie gegenwärtig Schritt für Schritt um. Was also gerade geschieht, ist bereits die Realisierung einer Lösung, und sie schreitet Berg für Berg, Dorf für Dorf und Stadtteil für Stadtteil voran. So hat der Staat in Şemzînan seine Funktionsfähigkeit verloren. Stattdessen etabliert sich dort und in vielen weiteren Gegenden eine demokratische Selbstverwaltung des Volkes. Wir stecken also mitten in einem revolutionären Prozess.“

„Wenn sie uns den politischen Weg versperren, müssen wir den Weg des Widerstands einschlagen“

Laut Kalkan findet die revolutionäre Befreiung des kurdischen Volkes aktuell nicht nur in Westkurdistan, sondern auch in Nordkurdistan statt. Von Şemzînan über Colemêrg (Hakkari) bis nach Wan (Van) sei das überall zu spüren. „Die Guerilla hat über Şemzînan hinaus weite Gebiete unter ihre Kontrolle gebracht und eine Vielzahl von Militärstützpunkten umzingelt. Das Militär wird sich entweder ergeben oder aus diesen Gebieten zurückziehen müssen“, so Kalkan.

Zugleich betont er, dass sie als Bewegung sich lange genug für eine friedliche Lösung des Konflikts ausgesprochen hätten: „Ich unterstreiche es noch einmal, Şemzînan sollte als Warnung verstanden werden. Unsere Bewegung zieht auch eine friedliche Lösung des Konflikts vor. Aber wenn die Gegenseite alles und jeden als ‚KCK-Terroristen‘ beschuldigt und zehntausende Menschen hinter Gitter steckt, dann ist der politische Weg versperrt. Wir haben die Regierung unzählige Male gemahnt, von diesem Weg abzukehren und eine friedliche Lösung zu suchen. Sie hat diese Mahnungen nicht ernst genommen. Und wenn sie uns den politischen Weg versper-

ren, müssen wir halt den Weg des Widerstands einschlagen. Letztlich zeigt sich in Şemzînan und an den anderen Orten aktuell, dass das kurdische Volk nicht nur die Kraft zum Widerstand, sondern auch zur Umsetzung der eigenen Lösung hat."

Die Medien schweigen, das Ausmaß der Gefechte wird heruntergespielt

Kalkan erklärt weiter, dass sowohl das türkische Militär als auch die AKP-Regierung mit der Situation in Şemzînan hoffnungslos überfordert sei. Die Regierung sei damit beschäftigt, ihrer eigenen Bevölkerung die Informationen über das wahre Ausmaß der Gefechte vorzuenthalten, damit sich in der Öffentlichkeit keine Verunsicherung breitmache, die sich schließlich in Wut auf die eigene Regierung verwandeln könnte. Kalkan beschreibt, wie sich die AKP-Regierung mithilfe der Medienzensur über Wasser zu halten versucht: „Die AKP bringt alle mögliche Mühe auf, um die Tatsachen zu verschleiern und vor der Öffentlichkeit zu verstecken. Den Medien wird über die Situation in Şemzînan eine Zensur auferlegt. Stattdessen berichten sie von morgens bis abends über die Lage in Damaskus und Aleppo. Und das, obwohl innerhalb ihrer eigenen Grenzen die Guerilla alle strategisch wichtigen Punkte Şemzînans unter ihre Kontrolle gebracht hat und das Militär diese Gebiete täglich 24 Stunden aus der Luft bombardiert. So sieht die Berichterstattung in einem Land aus, in dem die Medien nichts weiter sind als ein Anhängsel der Macht. Die Regierung lügt ihre eigene Bevölkerung an. Selbst die Anzahl der getöteten Soldaten wird nicht richtig angegeben. Vielleicht übergeben sie noch nicht einmal die Leichname der Soldaten an die Familien. Gerade aus diesem Grund haben sie die Berufsarmee eingeführt. Die Berufssoldaten gehen freiwillig zur Armee, beziehen ein Gehalt und müssen im Gegenzug akzeptieren, dass im Falle ihres Todes dieser verschwiegen wird."

Abschließend erklärt Kalkan, dass das faschistische Regime der AKP an seinem Ende angelangt sei. An die Dorfschützer und Beamten aus Kurdistan richtet er den Aufruf, ihren Dienst für dieses Regime zu quittieren. ♦

Abgeordnetendelegation in Şemzînan (Şemdinli)
„Wir haben in Şemzînan nicht den Staat, sondern die Guerilla gesehen!"

Während die Kontrollhoheit der Volksverteidigungskräfte HPG in der Region um Şemzînan und Çelê seit dem 23. Juli anhält, hüllen sich die türkischen Medien über die wirkliche Situation in der Region weiter in Schweigen. Um sich ein Bild von der Lage vor Ort zu verschaffen, bereiste eine Delegation von Abgeordneten und VertreterInnen der Partei für Frieden und Demokratie (BDP), der sozialistischen ESP und EMEP und anderer linker Parteien am 17.08.12 die Dörfer um Şemzînan in der Region Colemêrg. Dabei wurde der Konvoi, der aus Dutzenden Fahrzeugen bestand, von der Guerilla gestoppt. Die Guerilla hielt sich am helllichten Tag mehr als eine Stunde am Konvoi auf und führte Gespräche mit den Mitgliedern der Delegation. Sie erklärten, dass in der Region ein heftiger Krieg stattfinde und Hunderte Soldaten gefallen seien. Der türkische Staat und die türkischen Medien würden die Bevölkerung über die Kriegsrealtität in Şemzînan belügen. Daher forderten die Guerillas insbesondere die türkischen MedienvertreterInnen auf, über die Realität in der Region zu berichten. „Die Presse wird durch die Nachrichten, die sie von hier veröffentlicht, zum Komplizen des Krieges. Seit Monaten sterben in diesen Bergen Hunderte Soldaten, aber es ist sehr bedauerlich, dass dies in keiner Weise von der Presse richtig dargestellt wird. Wir wissen, dass hinter all dem Ministerpräsident Erdoğan steht. Damit zeigt Erdoğan, dass er weder vor der kurdischen noch vor der türkischen Bevölkerung Respekt hat", erklärte einer der Guerillakämpfer.



An einem Kontrollpunkt der HPG kommt die Delegation der Abgeordneten und der Friedensmütter mit der Guerilla zusammen. Foto: DIHA

Viele der TeilnehmerInnen des Konvois begrüßten die Guerillas mit Parolen. Es spielten sich zwischen den Friedensmüttern und den GuerillakämpferInnen emotionale Szenen ab. Die BDP-Abgeordneten Gülten Kışanak und Ertuğrul Kürkçü berichteten später gegenüber der türkischen Presse von ihren Eindrücken aus der Region: „Wir haben in Şemzînan nicht den Staat, sondern die Guerilla angetroffen! In keinem Gebiet, welches wir besuchten, gab es Kräfte des Staates oder des Militärs. Wir haben nur am Ausgang von Şemzînan einen besetzten Militärposten gesehen. Nachdem wir diesen Punkt passiert hatten, haben wir kein einziges Militärfahrzeug mehr gesehen."

ANF, 18.08.2012

Dr. Bahoz Erdal: Die Türkei führt in Kurdistan einen Krieg mittlerer Intensität

Was passiert gerade in Şemzînan?

Sinan Cudi, Yeni Özgür Politika, 13. August 2012

Der Kommandant der Volksverteidigungskräfte (HPG), Dr. Bahoz Erdal, nahm im Interview mit der Tageszeitung Yeni Özgür Politika Stellung zu der neuen Kriegssituation in Nordkurdistan, den Reaktionen der türkischen Seite auf den Widerstand von Şemzînan (Şemdinli) und der Kritik an der Guerilla wegen angeblicher Angriffe auf staatliche Projekte in der Region.

Dr. Bahoz Erdal erklärte, dass die Guerilla seit nun mittlerweile mehr als 28 Jahren in allen Teilen Kurdistans präsent sei. Die künstlichen Grenzen, die Kurdistan in vier Teile trennen sollen, stellten dabei keine Hindernisse mehr dar, da die Guerilla sie ohne Visum und Ausweis nach Belieben passiere. Somit haben die nationalstaatlichen Grenzen laut Erdal keinerlei Bedeutung mehr: „Unsere revolutionäre Aktion in Şemzînan stellt dies unter Beweis. Die Nutzlosigkeit der zahlenmäßig militärischen Übermacht, der schweren Waffen und der technischen Ausstattung der AKP-Regierung, die an die Grenzen geschafft werden, verdeutlichen nochmals, dass diese Grenzen keine Bedeutung mehr haben. Eine Legitimität hatten sie ohnehin nicht. Die Aktion in Şemzînan ist ein Beweis hierfür."

Die HPG-Guerilla hat bisher nicht die Strategie verfolgt, Gebiete für längere Zeit gegen das türkische Militär zu halten. Können Sie die Gründe für diese taktische Veränderung nennen?

Zuallererst muss richtig verstanden werden, was in Şemzinan passiert. Die türkischen Medien berichten, dass wir eine große Aktion gegen eine Provinz geplant hätten, die dank türkischer Geheimdienstinformationen ins Leere gelaufen sei. Diese Version spiegelt nicht die Wahrheit wider.

Eine militärische Aktion, die auf eine ganze Provinz zielt, war nie geplant. Es ging uns darum, Gebiete unter Kontrolle zu bringen und zu halten. Und diesen Plan haben wir erfolgreich umgesetzt.

Die türkische Armee bombardiert das Gebiet aus der Luft sowie mit schwerer Artillerie. Tausende Soldaten werden in dem Gebiet eingesetzt. In ganz Nordkurdistan sind ohnehin 200 000 Soldaten im Einsatz. Der türkische Staat setzt alle denkbaren Mittel ein. Wenn er sich mit einem anderen Staat im Krieg befinden würde, könnte er kaum mehr Mittel einsetzen, als er dies gerade gegen uns tut. Die AKP-Regierung führt einen Krieg gegen unser Volk in Kurdistan. Unsere Guerilla-Einheiten leisten demgegenüber einen großen Widerstand. Das, was in Şemzînan passiert, ist keine kleine Militäraktion, sondern ein Krieg mittlerer Intensität.

Wie kam es zu dieser Kriegssituation?

Wir haben uns weder für diesen Krieg entschieden noch ihn angefangen. Man sollte nicht vergessen, dass zehn Jahre der AKP-Regierungszeit aufgrund unserer einseitigen Waffenruhen ohne größere Gefechte vergangen sind. Jedoch wurden alle gutmütigen Bestrebungen unsererseits und die unseres Vorsitzenden *[Abdullah Öcalan]* von der AKP-Regierung lediglich dazu genutzt, um ihre eigene Regierung zu festigen bzw. den Staat zu übernehmen. Sie hat die Wirtschaft übernommen, anschließend das Militär, dann hat sie noch die Kontrolle über die Justiz und die Medien erlangt. Nachdem sie bei den letzten Wahlen knapp 50 % der Stimmen erlangt hat, wurde sie überheblich und hat der kurdischen Freiheitsbewegung und dem kurdische Volk, die einzige noch wirklich oppositionelle Kraft im Land, den offenen Krieg erklärt. Wer also fragt, warum das Ausmaß der Gefechte in Şemzînan oder in den anderen Teilen Kurdistans zugenommen hat, sollte sich diese Tatsache vor Augen führen.

Die zunehmenden Gefechte und militärischen Aktionen sind auf den grenzenlosen Staatsterror zurückzuführen.

Die türkische Armee hat lange Zeit zu den Vorfällen in Şemzînan geschwiegen. Was versucht die türkische Regierung vor der türkischen Öffentlichkeit zu verstecken?

Erdoğan ermahnt jeden Tag die türkischen Medien, dass sie nicht über den Krieg in Kurdistan berichten sollen. Auf diese Weise werden die Medien bedroht. Es gibt zwei Gründe, wieso sie den Krieg in Kurdistan um jeden Preis verheimlichen wollen: Zum einen führen sie einen ungerechten und brutalen Krieg, und zum anderen sind sie mit dieser Kriegsführung nicht erfolgreich. Diese beiden Tatsachen sollen vor der Öffentlichkeit verheimlicht werden. Die AKP-Regierung ist in

Sachen Demagogie und Lüge olympiareif, aber zu Şemzînan kann sie nichts sagen. Das ist der Ausdruck ihrer Niederlage.

Die HPG-Guerilla scheint nicht nur in Şemzînan, sondern in vielen Gebieten Kurdistans die Kontrolle zu haben. Örtliche Quellen berichten, dass die Armee mancherorts nicht aus den Kasernen kann. Diese Situation erinnert sehr stark an die Armeen der Kolonialstaaten aus der Vergangenheit, die sich auch oft nicht aus ihren Kasernen trauten. Kann man sagen, dass die türkische Armee sich nun endgültig wie eine Besatzerarmee verhält?

Der türkische Staat verhält sich in Kurdistan wie ein Besatzer und Kolonisator. Ich kann dies anhand einiger Beispiele verdeutlichen: Werft einmal einen Blick auf die Sicherheitsvorkehrungen des Staates, wenn Ihr eine Reise nach Istanbul macht, und vergleicht dies mit den Sicherheitsvorkehrungen bei einer Reise nach Colemêrg (Hakkari). Oder schaut Euch an, mit welchem Einsatz Waldbrände unter Kontrolle gebracht und gelöscht werden, wenn diese in Antalya passieren, und führt Euch dann vor Augen, dass Waldbrände in Kurdistan von den türkischen Sicherheitskräften bewusst entfacht werden. Blickt in die Türkei und Ihr findet Fabriken, die für Arbeitsplätze sorgen. Und jetzt blickt nach Kurdistan und Ihr findet Militärkasernen, welche die Bevölkerung terrorisieren.

Allein diese Beispiele verdeutlichen, dass nicht von dem gleichen Land die Rede sein kann. Das eine heißt Türkei, das andere Kurdistan. Kurdistan wird als feindliches Land angesehen, das von der Landkarte gestrichen werden soll. Kurdistan wird nicht als das eigene Land betrachtet, und die Kurden werden als Feinde angesehen. Der Krieg der türkischen Armee basiert auf dieser Mentalität. Und das ist auch der Grund, weshalb sie, ohne mit der Wimper zu zucken, seit Tagen die Dörfer in Şemzinan bombardieren und dadurch auch bewusst in Kauf nehmen, Zivilisten zu massakrieren, wie es im Fall des 13-jährigen Veysi Demir geschehen ist.

Weil der Staat, die Armee und die AKP-Regierung die Bevölkerung Kurdistans als Feinde betrachten, fühlen sie sich auf diesem Territorium auch nicht sicher. Wenn zu alledem die militärischen Aktionen der Guerilla hinzukommen, schließen sie sich in den Kasernen ein und können sie nicht mehr verlassen.

Türkische Vertreter sagen, dass sie zwar in Kurdistan investieren wollen, die PKK aber gegen das wirtschaftliche Wachstum und den Wohlstand sei. Was sagen Sie zu diesen Behauptungen?

Die Investitionen der AKP-Regierung in Kurdistan beschränken sich auf drei Bereiche: Staudämme, Straßen und neue Polizei- oder Militärstationen. Die Beschlüsse für die Investition in diesen drei Bereichen werden nicht von den jeweiligen Ministerien gefällt, sondern von dem Nationalen Sicherheitsrat (MGK). Alle drei Investitionsfelder stehen auch in Beziehung zueinander. Sie haben nichts mit wirtschaftlichem Aufschwung oder dergleichen zu tun.

Während in der Türkei fast täglich eine neue Fabrik eröffnet wird, sollen in Kurdistan rund 1000 neue Polizei- und Militärstationen gebaut werden. Mit den Staudämmen soll Kurdistan unter Wasser gesetzt werden. Die Straßen dienen den Militärfahrzeugen und sollen die Wege der türkischen Armee nach Kurdistan erleichtern. Zudem soll durch diese Investitionen die Guerilla in ihrer Bewegungsfreiheit beschränkt werden.

Diese sogenannten Investitionen sind also nichts als Investitionen in die Zerstörung und in die Kolonialisierung Kurdistans. Die größte Investition in Kurdistan, für welche sich die AKP selbst auf die Schulter klopft, sind neue Strafanstalten. Wir stellen uns selbstverständlich gegen Investitionen dieser Art.

Die Menschen in Kurdistan verdienen vor allem ihr Geld mit der Tierzucht. Wenn es ihnen um den Wohlstand der Bevölkerung geht, frage ich mich, weshalb sie diese Tierzucht zu unterbinden versuchen? Die Gebiete, in denen diese Menschen ihre Tiere auf die Weide bringen, werden zu militärischen Sperrzonen erklärt. Zudem wollen sie das Agrarwesen in Kurdistan zerstören. Somit soll das Volk aus Kurdistan Hunger leiden. Ziel der AKP ist es, die Kurden durch den Hunger auf „Kurs“ zu bringen. Der einzige Ausweg aus dem Hunger soll durch die Kooperation mit der AKP ermöglicht werden. Das sind die „Investitionen“, von denen sie sprechen. ♦

Die Guerilla verabschiedet sich am Kontrollpunkt der HPG in Şemzînan herzlich von der Abgeordnetendelegation und der Bevölkerung. Foto: DIHA

Totale Isolation gegen Abdullah Öcalan

13 Jahre Sonderrecht auf Imralı

Rechtsbüro des Jahrhunderts (Asrın Hukuk Bürosu)

Im Folgenden veröffentlichen wir eine gekürzte Version der Bewertung des Rechtsbüros des Jahrhunderts (Asrın Hukuk Bürosu) vom Juli 2012 über die seit mehr als einem Jahr gegen Abdullah Öcalan praktizierte absolute Isolationshaft.

Im Hochsicherheitsgefängnis des F-Typs von Imralı wird vor den Augen der ganzen Welt sowohl lokales als auch universelles Recht missachtet und ein spezielles System betrieben. Vom kurdischen Volksrepräsentanten Abdullah Öcalan, der seit 13 Jahren auf Imralı festgehalten wird, gibt es seit einem Jahr keinerlei Lebenszeichen mehr.

Die 102 Anträge seiner AnwältInnen, die sie zwischen dem 28. Juli 2011 und dem 19. Juli 2012 gestellt haben, um Öcalan auf der Insel besuchen zu können, wurden mit den Behauptungen, die Fähre sei defekt, das Wetter zu schlecht, der Kapitän der Fähre habe Urlaub, die Fähre sei in Reparatur, der Fähre würden Genehmigungspapiere der Hafenverwaltung fehlen, abgelehnt. Die Fähre, die irgendwie nie repariert werden konnte, kam schließlich im Mai 2012 von der Reparatur zurück, und im Juni war die Fähre, die auf ihre Papiere gewartet hat, bereits wieder kaputt. Der letzte Antrag der AnwältInnen bei der Staatsanwaltschaft von Bursa von letzter Woche wurde auch wieder wegen schlechte Witterungsbedingungen abgelehnt.

13 Jahre „Sonder"-Recht

Der kurdische Volksrepräsentant Öcalan, der im Rahmen eines internationalen Komplotts gefangengenommen wurde, ist seit 1999 auf der Gefängnisinsel Imralı inhaftiert, er wird hier außerhalb jeglicher nationaler und internationaler Rechtsnormen nach politischen und willkürlichen Praktiken behandelt. Die Gefängnisinsel von Imralı, auf der in der Vergangenheit oppositionelle Persönlichkeiten hingerichtet wurden, trägt alle Eigenschaften, die man für ein derartig gewünschtes Gefängnis benötigt. Die Haftanstalt auf der Insel wurde kurz vor der Verbringung Öcalans als ein Ein-Mann-Gefängnis mit speziellen Sicherheitsvorkehrungen neu erbaut. Auf dem Gefängnisgelände, das von einem elektrischen Drahtzaun umgeben ist, verrichten ca. 1000 Soldaten ihren Dienst. 55 Kameras wurden installiert, 24 Stunden am Tag stehen das Gefängnisgelände, der Luftraum sowie die nähere Umgebung der Insel zu Wasser unter Beobachtung. Die Insel, wie auch ihre Umgebung, wurden zum militärischen Sperrgebiet zweiten Grades erklärt. Unmittelbar nach der Erklärung wurden die Verwaltungsrechte widerrechtlich dem Justizministerium entzogen und dem Krisenleitungszentrum, das dem Ministerpräsidenten direkt unterstellt ist, im Krisenkommunikationsbüro von Mudanya übergeben. Die Führung des Krisenleitungszentrums hat der Nationale Sicherheitsrat übernommen.

Permanente Isolation und Kontrolle seit 13 Jahren

Öcalan, der in seiner Zelle durch Kameras unter ständiger Beobachtung steht und zu jeder Stunde durch ein Guckloch an seiner Zellentür beobachtet wird, wird es nicht gestattet, zehn Minuten zu telefonieren, was normalerweise allen Gefangenen und Verurteilten gestattet wird. Auch wird ihm der Zugang zu Zeitungen und Zeitschriften erst nach dem Zensieren und Herausschneiden der Artikel, die ihn und die kurdische Politik betreffen, in sehr begrenzter Anzahl gewährt. Abweichend von der allgemeinen Praxis wurde der Hofgang auf eine Stunde täglich begrenzt. Den Soldaten und anderen Diensthabenden auf der Insel ist verboten, mit Öcalan zu reden.

Der Staat steht noch immer unter Anklage

Der Gesundheitszustand Öcalans verschlechterte sich durch die jahrelange Isolation und die Luftfeuchtigkeit auf Imralı. Weiterhin fehlt ihm dort jegliche medizinische Versorgung. Die schlechten Bedingungen im Gefängnis, die Isolation, die allergische Rhinitis, die Stirnhöhlenentzündung und die Anfangssymptome von Asthma machen Öcalan das tägliche Leben zur Qual. Durch die Erklärung der AnwältInnen Öcalans im März 2007, dass anhand der Haar-Untersuchungen festgestellt worden sei, dass ihr Mandant vergiftet würde, richteten sich aller Augen auf Imralı und den Gesundheitszustand Öcalans. Öcalan erklärte, dass die Architektur seiner Zelle sehr mangelhaft sei und der Karbondioxid-Gehalt bei 75 % liege und dass man ihn möglicherweise vergiften wolle. Öcalan sagte dazu: „Ich werde trotz aller Bedingungen standhalten, jedwede Angriffe auf mich werden aus der Türkei einen Irak machen." Öcalan erklärte damals, dass der Staat, um diesen Anschuldigung entgehen zu können, Untersuchungen einleiten müsse. Er wandte sich an den damaligen Justizminister Cemil Cicek und rief ihn dazu auf, eine neutrale Kommission

von ÄrztInnen aus Europa und der Türkei, die die Untersuchungen durchführen sollten, einzusetzen. Doch alle Bemühungen der AnwältInnen und zivilgesellschaftlichen Organisationen in dieser Richtung wurden entweder abgelehnt oder nicht beantwortet.

Steigerung bis zur physischen Gewalt

Öcalan hat während seiner Haft auch physische Misshandlungen und Beleidigungen erdulden müssen, die bei ihm zu Desorientierung und Stress führten. Seine Haare wurden gegen seinen Willen kurzgeschoren, er wurde mit der Begründung, man wolle seine Zelle durchsuchen, gewaltsam zu Boden gebracht und festgehalten. Öcalan sagte im Gespräch mit seinen AnwältInnen am 4. Juli 2008: „Sie haben meine Haare kurzgeschoren. Der Staat will mir damit sagen, wir kontrollieren dich, wann es uns beliebt. Wir können tun, was wir wollen. Du bist in unserer Hand, wir haben dich 24 Stunden unter unserer Kontrolle." Diese Angriffe auf Öcalan haben bei der kurdischen Bevölkerung große Wut ausgelöst.

10 Jahre völlig allein

Abdullah Öcalan, der 10 Jahre als einziger Gefangener auf Imralı festgehalten wurde, wurde mit fünf weiteren Gefangenen durch den zunehmenden öffentlichen Druck und nach den Empfehlungen des europäischen Antifolterkomitees (CPT) im September 2009 in das auf der Insel neu eingerichtete F-Typ-Hochsicherheitsgefängnis verlegt. Öcalan lebte bis 2009 23 Stunden am Tag in einer 13 qm großen Zelle, seinen Freigang von einer Stunde machte er in einem 4x10 qm großen „Freigang", an den Seiten mit hohen Eisenwänden und die Decke mit Drahtzaun verschlossen.
Mit seiner Verlegung in das neue Hochsicherheitsgefängnis sollten angeblich seine Haftbedingungen verbessert werden. Doch in Wirklichkeit wurde er in eine noch kleinere Zelle verbracht. Öcalan hat in dieser Zelle, neben einem Bett, Schrank und Tisch, lediglich eine Bewegungsmöglichkeit von 3–4 Schritten. Auch der „Freigang" wurde verkleinert und beträgt nun nur noch 24 qm. Die den InsassInnen in allen anderen Gefängnissen zuerkannten Rechte auf Radio, Fernsehen und tägliche Presse, auf Kommunikation über Telefon oder per Brief, auf Teilnahme an verschiedenen Aktivitäten wurden ihm zwar auch zuerkannt, jedoch in der Praxis werden sie verhindert. Dass im Jahre 2001 in der gesamten Türkei, auch für politische Gefangene, anerkannte Recht, einmal in der Woche zu telefonieren und Besuch von drei außerfamiliären Personen zu erhalten, wird Öcalan verwehrt. In den einmal in 15 Tagen stattgefundenen halbstündigen Besuchen seiner Angehörigen wurden sie daran gehindert, in ihrer Muttersprache zu sprechen.

Gespräche werden aufgenommen

Die Gespräche Öcalans mit seinen AnwältInnen fanden auf Imralı unter Missachtung sowohl staatlicher Gesetze als auch internationaler Abkommen unter Aufsicht des Militärs und anderer staatlicher Stellen statt. Alle Gespräche wurden seit 2005 unter Missachtung der Artikel 59 des Strafvollzugsgesetzes und Artikel 36 des Rechtsanwaltsgesetzes in Ton und Bild aufgenommen. Im Rahmen von Disziplinarverfahren, in denen die Gespräche zur Grundlage genommen wurden, wurde Öcalans Einzelhaft/Isolationshaft intensiviert. Vor allem im Jahre 2008 war er 120 Tage in Bunkerhaft und durfte während dieser Zeit nicht einmal seine Angehörigen empfangen. Auch weitere vier Disziplinarverfahren gegen ihn im Jahre 2009 wurden auf die Gespräche mit seinen AnwältInnen gestützt.
Die Menschenrechtsorganisation der Türkei IHD hatte 2009 in ihrem Jahresbericht zu den Gefängnissen in der Türkei einen eigenen Abschnitt zu Imralı und stellte darin fest, dass über eine Beschuldigung Öcalans, „er würde vom Gefängnis aus die Organisation leiten", mit der die Bunkerhaft begründet wurde, nur ein neutrales internationales Gericht in einem fairen Verfahren befinden können. Dass ein Gefängnis-Disziplinarrat, in dem sich kein einziger Jurist befindet, zu solchen Bewertungen und Urteilen befähigt sei, sei „reine Willkür, Unrecht" und würde das Recht auf ein faires Verfahren aushebeln.

Totale Kontaktsperre

Im letzten Jahr wurde der Kontakt Öcalans mit der Außenwelt komplett abgeschnitten, aber auch in den Jahren zuvor waren die Besuche der AnwältInnen mit willkürlichen Begründungen verhindert worden. Mit Beginn des Prozesses von Öcalan hatten die Besuche der AnwältInnen am 25. Februar 1999 begonnen. Die Besuche, die im ersten Jahr zweimal die Woche stattfanden, wurden ab dem 12. Januar 2000 auf einmal die Woche begrenzt. Die AnwältInnen Öcalans durften ihn in den Jahren 1999 60-, 2000 37-, 2001 40-, 2002 35-, 2003 21-, 2004 25-, 2005 14-, 2006 22-, 2007 29-mal besuchen. In den Jahren 2008–2010 wurden die Besuche 66-mal verhindert. In diesen 3 Jahren wurden die Besuche an ca. 343 Tagen nicht genehmigt, und so fast 1 Jahr lang. Als Grund wurden vom ersten Tage an „schlechte Wetterverhältnisse" oder „Defekt an der Fähre" angeführt. In den mittlerweile 13 Jahren hat sich an den Lügen des Staates, die sie zweimal in der Woche erzählen, nichts geändert. Seit 2011 hat sich die Anzahl der Ablehnungen für Besuchsanträge der AnwältInnen weiter gesteigert. Ab dem 27. Juli 2011 wurden die AnwältInnenbesuche völlig unterbunden. Die 102 Besuchsanträge der AnwältInnen seit diesem Datum wurden allesamt abgelehnt.
Vom Besuchsverbot für Öcalan ist ebenfalls die Familie stark betroffen. Auch die Familienangehörigen, denen ein Besuchsrecht von einer halben Stunde alle 2 Wochen zusteht, bekamen auf ihre Besuchsanträge ebenfalls Ablehnungen. Der Bruder, Mehmet Öcalan, konnte zuletzt am 12. Oktober 2011 nach Imralı. Öcalan lehnte das Besuchsersuchen seines Bruders am 19. Januar 2012 ab und ließ durch eine schriftliche Notiz mitteilen: „Die jetzige Phase ist sehr kritisch, ein Treffen von uns wäre nicht richtig!"
Der Vorsitzende des KCK-Exekutivrates, Murat Karayılan, hat diese Notiz folgendermaßen bewertet: „Wenn die Bedingun-

gen nicht sehr schwer und unaushaltbar wären, hätte die Führung [*Öcalan*] nicht eine solche Haltung an den Tag gelegt. Demzufolge haben sich die dortigen Umstände verändert, sie sind schwieriger geworden und haben einen gefährlichen Grad erreicht. Wir wissen nicht, was dort passiert. Aber wenn die Lage nicht so ernst wäre, hätte die Führung nicht so eine Haltung eingenommen. Für die kurdische Bevölkerung ist Imralı eine Blackbox. Was dort passiert, was dort gemacht wird, darüber weiß man nichts. Diese Situation erzeugt Nervosität und Besorgnis."

Das gegen Öcalan praktizierte Sonderrecht wird auch gegen die anderen dorthin verlegten Gefangenen praktiziert. Cumali Karsu, Hakkı Alphan, Haspi Aydemir, Şehmuz Poyraz und Bayram Kaymaz, die seit dem 27. April 2011 auch auf Imralı festgehalten werden, leben durch die international abgesprochene Politik seit einem Jahr ebenfalls in der Isolation. Ihre Gespräche mit ihren AnwältInnen und Familienangehörigen wurden aufgenommen. Ihnen wurde verboten, kurdisch zu sprechen und zu schreiben, die Besuche durch ihre AnwältInnen und ihre Familien wurden verhindert.

Die VerteidigInnen in Gefangenschaft

Der Staat, der auf Imralı ein System führt, das seinesgleichen sucht, hat mit den Verhaftungen der AnwältInnen Öcalans weltweit die größte Operation gegen das Recht durchgeführt. Unmittelbar nach der Aussage des Ministerpräsidenten Erdoğan: „Es gibt einen Ort namens Rechtsbüro des Jahrhunderts und diese AnwältInnen in dem Büro bekommen ihre Anweisungen aus Imralı!", haben sogenannte KCK-Operationen gegen sie begonnen. Hierbei wurden 36 AnwältInnen des Rechtsbüros, die Öcalans Verteidigung übernommen hatten, im November 2011 verhaftet. Für die Anklage wurden die unrechtmäßig aufgenommenen Gesprächsprotokolle der AnwältInnen mit ihrem Mandanten Öcalan auf Imralı herangezogen. Der erste Verhandlungstag fand am 16. Juli 2012 in Istanbul statt. Nach drei Verhandlungstagen hat das Gericht seine Zwischenentscheidung mitgeteilt, wonach neun von ihnen entlassen wurden und die restlichen in Haft blieben.

Die AnwältInnen Öcalans waren wegen der politischen Stellung ihres Mandanten bereits in der Vergangenheit öfter Ziel von Angriffen der Justiz. Sogar Erklärungen der AnwältInnen an die Presse bezüglich Öcalan wurden zum Gegenstand von Anklagen. Der „Ausschluss aus der AnwältInnentätigkeit" als Strafe zwischen den Jahren 1999 und 2005 wurde durch eine Änderung im Strafvollzugsgesetz ab 2005 in Haftstrafen umgewandelt. Die AnwältInnen aus dem Rechtsbüro des Jahrhunderts wurden in 300 Verfahren angeklagt und haben eine Gesamtstrafe von 43 Jahren und einem Monat aufgebürdet bekommen. Eine Vielzahl von AnwältInnen bekam auch Besuchsverbote auf Imralı.

Worauf wartet das CPT?

Das Anti-Folter-Komitee des Europarates begnügt sich – trotz der in der kurdischen Öffentlichkeit aufsteigenden Reaktionen und Initiativen – damit, „die Geschehnisse zu beobachten". Das CPT, das bisher vier Untersuchungen auf Imralı unternommen hat, hat seine letzte Untersuchung 2010 durchgeführt. Seit in den letzten zwei Jahren die Verstöße auf der Gefängnisinsel zugenommen haben, haben die Forderungen des kurdischen Volkes, dass das CPT eine Kommission nach Imralı schicken solle, an Dringlichkeit zugenommen. Die in Europa ansässigen KurdInnen haben durch ihre Demonstrationen den Europäischen Rat und das CPT an ihre Aufgaben erinnert. 15 Mitglieder der Initiative „Freiheit für Öcalan" beendeten am 52. Tag ihren Hungerstreik, nach einer Zusage der Verantwortlichen, man werde die nötigen Schritte einleiten. Auch die AnwältInnen des Rechtsbüros des Jahrhunderts haben mehrere Male versucht, beim CPT zu intervenieren. Da sie keine Antwort auf ihre Forderungen bekamen, haben sie sich an den EGMR gewandt. Die AnwältInnen fordern weiterhin vom CPT regelmäßige Berichte und eine Untersuchung auf Imralı, da man seit einem Jahr keinerlei Lebenszeichen mehr von Öcalan gehört hat und man über sein Leben sehr besorgt ist. Auch der IHD hatte in seinem Antrag an das CPT im Januar 2012 zum Ausdruck gebracht, dass auf Imralı sowohl nationales als auch internationales Recht missachtet werde und gefordert, dass man Untersuchungen durchführen müsse.

War eine Untersuchungskommission in Imralı?

Nach der Zunahme von Rechtsverstößen und Beschwerden in den türkischen Gefängnissen war eine Delegation des Europaparlaments in der Türkei. Die Delegation beantragte eine Genehmigung beim Justizministerium, um nach Imralı gehen zu können. Die AnwältInnen des Rechtsbüros des Jahrhunderts haben der Delegation einen Bericht übergeben. Die AnwältInnen haben in ihrem Bericht auf die Intensivierung der seit 13 Jahren durchgeführten Isolation Öcalans durch die Entscheidungen der Regierung hingewiesen und haben zum Ausdruck gebracht, dass sie um das Leben ihres Mandanten besorgt seien. Die AnwältInnen führten aus, dass die Wahrnehmung ihres Besuchsrechts mit ihrem Mandanten seit dem 27. Juli 2011 verhindert werde. Sie haben das Schweigen des Europarates zu diesen Entwicklungen kritisiert und auf die Aussage des Ministerpräsidenten der Türkei „Früher waren die internationalen Reaktionen auf die Einschränkung von Besuchsrechten sehr stark, aber mittlerweile hat sich das Blatt gewendet, die Türkei genießt starke Unterstützung" hingewiesen. Im Juli war eine Delegation des CPT in der Türkei. Die Delegation sagte, bei dem Besuch seien die Bedingungen Öcalans zum Ausdruck gebracht worden. Ob ein Besuch auf Imralı stattfand, ließ sie jedoch offen. Die Delegation erklärte bei ihrem Treffen mit NGOs in Ankara, bei dem auch der IHD war, lediglich: „Macht euch keine Sorgen, wir sind mit der Türkei bezüglich Imralı in ständigem schriftlichem Kontakt, wir wissen, was dort passiert." ♦

Seit Gründung der Republik ist die Presse fortgesetzt Ziel offener Angriffe

Die AKP versucht, die Presse gegeneinander aufzubringen

Vedat Kurşun

Vedat Kurşun, zwischen Februar 2007 und Juni 2008 Chefredakteur der Tageszeitung „Azadiya Welat", wurde 2009 verhaftet. Vor dem 5. Strafgericht in Amed (Diyarbakır) wurde ihm 2010 „Propaganda für eine [*terroristische*] Organisation" in 103 Fällen und „Organisationsmitgliedschaft" vorgeworfen und eine Haftstrafe von insgesamt 525 Jahren gefordert. Verurteilt wurde er zu 166 Jahren und 6 Monaten Gefängnis, die nach Einspruch des Obersten Gerichtshofs auf 10 Jahre und 5 Monate reduziert wurden. Nach 3 Jahren und 7 Monaten Haft wurde er am 25. Juli 2012 entlassen.

Um von Pressefreiheit in der Türkei zu sprechen und zu erfahren, wie es derzeit um sie bestellt ist, muss zunächst auf ihre aktuelle Situation eingegangen werden. Seit Gründung der Republik ist die Presse fortgesetzt Ziel offener Angriffe. Bei der Beobachtung der politischen Situation in der Türkei stellen wir fest, dass die politische Machtinstanz zur Errichtung ihres Monopols ihr Augenmerk zunächst auf die Presse richtet. Dabei kann mittlerweile von einer Tradition gesprochen werden. Je nach der Natur der jeweiligen Herrschaft wird die Presse entweder offen oder verdeckt attackiert, um sie dem bestehenden Monopol einzuverleiben. Auf diese Weise zur Strecke gebracht, wird ihr die Würde genommen und sie dann instrumentalisiert. Die so nicht zu vereinnahmenden Presseorgane werden niederträchtig angefallen. Diese Sachlage führt zu einer bis heute andauernden Spaltung zwischen ihnen. Die gegenwärtige politische Alleinherrschaft der Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (AKP) setzt das, was sie von ihren VorgängerInnen gelernt hat, in ihrer vielschichtigen Art und Weise gegen alle [*gesellschaftlichen*] Gruppen um. Insbesondere gegen uns, die kurdische Presse, scheint sie das gern zu tun. Aus genau diesem Grund stellen KurdInnen die Mehrzahl der ermordeten und ins Gefängnis gesteckten JournalistInnen. Wir KurdInnen stehen im Fokus der politischen Macht.

Das in der Türkei mit der Ermordung des Journalisten Hasan Fehmi Bey am 6. April 1909 begonnene Pogrom gegen die JournalistInnen erreichte zuletzt mit dem am 3. April 2009 ermordeten kurdischen Journalisten Metin Alataş einen Blutzoll von insgesamt 112 ermordeten JournalistInnen, darunter 76 kurdischen. Eine große Anzahl kurdischer PressearbeiterInnen wurde auf offener Straße von hinten erschossen. Noch immer fehlt von vielen jede Nachricht. Einer dieser FreundInnen ist der Journalist Nazım Babaoğlu von der Tageszeitung „Gündem". Er reiste am 12. März 1994 im Zuge seiner Tätigkeit in die Stadt Sêwerek (Siverek), Provinz Riha (Urfa), und ist seitdem nicht mehr aufgetaucht. Viele unserer FreundInnen wie Babaoğlu haben noch nicht einmal ein Grab. Die Zahlen belegen deutlich, welchem Verfolgungsdruck die kurdischen JournalistInnen ausgesetzt sind. Trotz dieser menschenverachtenden Praxis setzen die ArbeiterInnen der freien Presse, ohne aufzugeben, unter dem Druck und in dem Bewusstsein, jederzeit Gefahr zu laufen, ermordet oder verschleppt zu werden, ihre Arbeit entschieden weiter fort, und dank ihrer Opfer hat die freie Presse die Gegenwart erreicht. In den letzten Tagen des Jahres 2011 waren vor allem unsere Zeitung und die anderen führenden Institutionen der kurdischen Presse, wie die Zeitung „Özgür Gündem", die Nachrichtenagentur „Dicle Haber Ajansı", die Zeitschrift „Etik Ajans", die Druckerei „Gün" und die Zeitschrift „Demokratik Modernite", Ziel einer konzertierten Durchsuchungsaktion. Dabei wurden 36 unserer FreundInnen festgenommen. Anklageschrift und Festnahmegrund sind aberwitzig und fern jeglicher Vernunft. In dem Anklageschrift genannten, gezwungenermaßen vorbereiteten Schriftsatz wird unsere journalistische Tätigkeit als Delikt aufgefasst. Die jetzige politische Herrschaft will die Unterdrückung auf ihre Art fortsetzen; sie zu kaschieren wird noch nicht einmal für nötig erachtet. Der Minister für Ackerbau und Viehzucht, Mehdi Eker, äußerte gegenüber der Presse: „Diejenigen vor uns haben sie [*die KurdInnen*] ermordet und in Säurebrunnen geworfen. Wir dagegen stecken sie nur ins Gefängnis."

Anschließend erklärten zuerst der türkische Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan und nacheinander die anderen AKP-Staatsminister uns JournalistInnen zu TerroristInnen. Eben dieser Unterschied zu früheren politischen Herrschaften kennzeichnet die AKP: Auch wenn sie oft verlauten lassen, dass sie uns ins Gefängnis stecken, wurde unser Kollege Metin Alataş doch unter ihrer Ägide ermordet und der Mörder ist noch immer nicht gefasst. Unter ihrer Herrschaft werden wir sowohl ins Gefängnis gesteckt als auch ermordet. Zu der ohne-

hin bestehenden Unterdrückung sollen wir in den Gefängnissen verrotten. Und dann treten sie auf und reden von einer „fortgeschrittenen Demokratie". Nach ihren Vorstellungen bedeutet „fortgeschrittene Demokratie", eine Denkweise wie ihre zu pflegen und die Wirklichkeit zu ignorieren. Mit einem solchen demokratischen Verständnis wie dem ihren wird der Schutz der natürlichen Menschenrechte, erst recht ein humanes Leben, undenkbar. Deshalb sitzen in diesem Land mehr als hundert JournalistInnen, die meisten von ihnen kurdischer Herkunft, im Gefängnis, weil sie ihre Meinung geäußert haben. Genauso sind die meisten der ermordeten JournalistInnen kurdischer Herkunft. In der Türkei wechseln zwar die politischen MachthaberInnen, aber die Unterdrückung der KurdInnen ändert sich nicht, sie hört nicht auf, im Gegenteil, sie steigert sich von Tag zu Tag. Ein bezeichnendes Beispiel ist die gegen mich verhängte Haftstrafe von 166 Jahren und 6 Monaten. Bei einem solchen Gesamtbild müsste sich mensch doch schämen, von Demokratie zu sprechen.

Um die schamlosen Unterdrückungsmaßnahmen gegen die kurdischen JournalistInnen richtig verstehen zu können, ist es angebracht, den Werdegang der kurdischen Presse zu verfolgen. Die hat eine fundierte und lange Historie in der Türkei, vor allem tat sie am 2. Februar 1992 mit der Edition der wöchentlich erscheinenden kurdischen Zeitung „Welat" (Heimat) einen wichtigen Schritt auf die Bühne der Geschichte. Aufgrund zahlreicher Anklagen und verhängter Strafen wurde die „Welat" geschlossen, ihr folgte die Zeitung „Welatê Me" (Unsere Heimat); als diese 1996 auch geschlossen wurde, kam die zuerst wöchentliche Zeitung „Azadiya Welat" (Freie Heimat). Sie trägt den Titel „kurdische Zeitung mit dem längsten Atem" und erscheint seit dem 15. August 2006 täglich. Von meinem 10-jährigen journalistischen Werdegang habe ich zwei Jahre bei der „Azadiya Welat" als Herausgeber, Chefredakteur und Geschäftsstellenleiter verbracht. Für mich waren das die schönsten und erfülltesten Jahre.

Wir waren und sind der ganzen Unterdrückung ausgesetzt, weil wir die Existenz von kurdischer Sprache und Identität bewiesen haben.

Als „Azadiya Welat" mit ihrem täglichen Erscheinen begann, wurde sie unmittelbar Angriffsziel der politischen Macht. Sie lässt nämlich die staatsoffizielle Ideologie, es gäbe keine KurdInnen, ins Leere laufen und animiert die KurdInnen selbst zum Lesen einer Zeitung in ihrer Muttersprache. Seit der Gründung der türkischen Republik wurden in diesen bald 100 Jahren die kurdische Sprache und die kurdische Identität verleugnet. Wir waren und sind der ganzen Unterdrückung ausgesetzt, weil wir die Existenz von kurdischer Sprache und Identität bewiesen haben. Wir sind der offenen und offiziellen Repression nicht ausgesetzt, weil wir, wie behauptet wird, „Propaganda für eine [*terroristische*] Organisation" betrieben hätten, sondern weil wir die staatliche Lüge „Es gibt keine Kurden" entlarvt haben. Alle sonstigen Äußerungen sind Lügen, die lediglich dazu dienen, die Wahrheit in ihr Gegenteil zu verkehren und zu verzerren. Wäre dem nicht so – welcher andere Staat würde sonst, trotz Kenntnis über die Folgen für ihn, über hundert kurdische JournalistInnen einsperren? Als würde das nicht reichen, wie könnten sonst eine Haftstrafe von 525 Jahren gefordert und 166 Jahre und 6 Monate verhängt werden? Meines Erachtens sind diese Maßnahmen und die hohen Gefängnisstrafen offensichtlich von dem Hass und der Rache des Staates geleitet. Eine andere einleuchtende Erklärung gibt es dafür nicht.

In der Türkei wird fast jede Geschäftsstellenleitung aus diversen Gründen mit Anklagen überzogen. Warum wir kurdischen JournalistInnen immer festgenommen werden, habe ich mich schon des Öfteren gefragt. Meine Absicht, Euch das mitzuteilen, ist nicht, dass jetzt auch alle anderen festgenommen werden sollen, denn wir führen ja einen Kampf darum, Festnahmen zu verhindern. Meine eigentliche Absicht ist vielmehr zu betonen, dass das allgemein übliche Recht auch bei uns Anwendung finden sollte, sonst nichts. Das staatliche Rechtssystem wird bei uns und bei den anderen JournalistInnen unterschiedlich angewendet. Dies liegt nicht an meinen BerufskollegInnen, sondern vielmehr an den RichterInnen und StaatsanwältInnen, die sich in der Verteidigung des Staates begreifen. Die Gründe für die Festnahmen der kurdischen JournalistInnen sind vor allem „Propaganda für eine Organisation" und „Mitgliedschaft in einer Organisation". Die Gesetzesgrundlage für diese Tatbestände ist an sich schon äußerst problematisch, in diesem Rahmen kann jedeR willkürlich ins Gefängnis gesteckt werden. Diese zwei Paragrafen bilden vorgeblich die rechtliche Grundlage für unsere Festnahmen. Es gibt keine andere Erklärung. Wegen genau diesen ungerechten Regelungen wurde ich fast vier Jahre in einem Gefängnis festgehalten. Etliche Anklagen waren mir eröffnet worden, verbunden mit einer Strafforderung von mehreren hundert Jahren. Nur bei einer Klage wurde eine Haftstrafe von 166 Jahren und 6 Monaten gegen mich verhängt. Eigentlich ist diese Strafe in dem Bewusstsein ausgesprochen worden, dass auch sie wissen, dass keine Kraft der Welt uns von der Wahrheit trennen kann. Weil wir um jeden Preis daran festhalten werden und bereit sind, wenn nötig Opfer zu bringen. Ein bestechendes Beispiel bieten die Anklagen der Staatsanwaltschaft mit genau dieser Formulierung: „Obwohl wir den Betreffenden schon mehrmals angeklagt haben, ist keine Veränderung in seiner Publikationspolitik festzustellen." Allein dieser Satz illustriert ihre Haltung uns gegenüber. Also dem Staatsanwalt nach sollen wir die Zeitung nach seinen vorgegebenen Regeln herausbringen. Das bedeutet, sollten wir nicht das Verlangte tun, dann stehen ihm alle Möglichkeiten offen.

Auch die RichterInnenschaft pflegt ein derartiges Verständnis. In einer Untersuchung wurden RichterInnen gefragt, ob nach ihren Vorstellungen die Gerechtigkeit oder der Staat an erster Stelle komme. 60 % von ihnen sollen den Staat an erster Stelle genannt haben. Wie soll den RichterInnen mit einem solchen Gedankengut vertraut werden? Ich persönlich würde das nicht tun. Diese Mentalität tritt im Prozess offen zutage.

Sofern es um die grundlegendsten Rechte für KurdInnen geht, wird alles geleugnet, und jedes Mal heißt es: „Eine kurdische Sprache existiert nicht.“ Weiter noch geht der Vizepremier Bülent Arınç: „Die kurdische Sprache ist keine zivilisierte Sprache.“ Aber wenn es in diesem Zusammenhang um eine Anklageerhebung geht, dann fertigen sie eine nach der anderen: Also obwohl in der offiziellen staatlichen Literatur eine kurdische Sprache nicht existiert, kann sie doch auf Anhieb zum Gegenstand einer Anklage werden. Zudem können sie unseren Verteidigungswunsch, in kurdischer Sprache auszusagen, mit der Begründung ablehnen, es handele sich um eine nicht verständliche Sprache. Aber die Übersetzungen unserer Schriften machen sie dann selbst. Alle diese Übersetzungen geben den Inhalt unserer Artikel unvollständig und verzerrt wieder. Die PolizeibeamtInnen merken in ihren Übersetzungen an „soweit ich es verstanden habe“. Trotzdem verhängen die Gerichte ohne Weiteres Strafen über uns.



Transparent mit Bildern der getöteten MedienarbeiterInnen auf der Veranstaltung zum sechsjährigen Bestehen der kurdischsprachigen Tageszeitung Azadiya Welat am 15. August 2012 in Amed. Foto: DIHA

Ein weiteres derartiges trauriges Thema ist die Situation der werktätigen JournalistInnen. Indem die AKP die ganzen staatlichen Strukturen eingesetzt und die kurdische und sozialistische Presse sich aber dennoch nicht ergeben hat, werden jetzt die Presseorgane in eigenen Diensten mobilisiert. Die unter die Fittiche der Herrschaft geratenen Mitglieder der Presse treten im Fernsehen auf, um die Angriffe auf uns zu legitimieren. Als würden wir das verdienen, attackieren sie uns. Durch diese Praktiken ist die Presse einander verfeindet worden. Die Angriffe rechtfertigen sie damit, dass sie unter Druck gestanden hätten. Unabhängig von diesen Absichten und Gründen hielten und halten die bisherigen politischen Herrschaften und die AKP jede Art der Unterdrückung gegen uns für angemessen.

Auch wenn sie gewechselt haben, die Unterdrückung gegen uns hat sich nicht geändert. Daher ist es egal, wer kommt – weder können uns die MachthaberInnen zur Kapitulation zwingen, noch wird die Unterdrückung geringer.

Wir werden unter allen Bedingungen und Umständen damit fortfahren, die Wahrheit zu schreiben. Bis die politisch Herrschenden akzeptiert haben, dass das, was sie machen, falsch ist, wird unser würdevoller und berechtigter Kampf weitergehen. ♦

Beispiellose Angriffe auf Gewerkschaften in der Türkei

Bianca Winter, Demokratie hinter Gittern | http://demokratiehintergittern.blogsport.de/

Nach den Kommunalwahlen 2009 begannen in der Türkei unter dem Deckmantel der „Terrorbekämpfung" die massivsten Angriffe gegen Gewerkschaften seit dem Militärputsch von 1980. Sie richten sich sowohl gegen gewerkschaftliche Aktivitäten im Allgemeinen als auch gegen die politischen Aktivitäten von KurdInnen im Besonderen. 67 GewerkschafterInnen befinden sich in Haft.

Am 28. Mai 2009 wurden landesweit Büros des Dachverbands von Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes KESK[1] durchsucht und 30 AktivistInnen und Verantwortliche verhaftet, darunter viele Mitglieder der Bildungsgewerkschaft Eğitim Sen[2], zehn von ihnen kurdische Frauen.

Am 28. November 2011 verurteilte der Strafgerichtshof von Izmir 25 der 31 angeklagten KESK-Mitglieder wegen Unterstützung der KCK (Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans), die sie unter dem „Deckmantel gewerkschaftlicher Tätigkeit" betrieben hätten, zu Gefängnisstrafen von sechs Jahren und fünf Monaten, darunter den KESK-Vorsitzenden Lami Özgen, die Eğitim-Sen-Frauensekretärin Sakine Esen Yılmaz und ihre beiden Vorgängerinnen Gülçin İsbert und Elif Akgül. Sechs der Angeklagten wurden freigesprochen. Als „Beweise" dienten abgehörte Telefonate, abgefangene E-Mails, Teilnahme an Versammlungen, Besuche von Internetseiten, Kauf von (legal in der Türkei erhältlichen) Büchern und Zeitungen sowie die Forderung nach muttersprachlichem Unterricht in kurdischer Sprache. Die Angeklagten bestritten die Vorwürfe und kritisierten das Verfahren als politischen Prozess gegen die Gewerkschaft.[3]

Am 13. Februar 2012 wurden in Ankara im Rahmen der sogenannten KCK-Operationen 15 Gewerkschafterinnen verhaftet, nachdem die Polizei zuvor die Büros der KESK, der Gewerkschaft der Beschäftigten im Gesundheits- und Sozialwesen (SES) und der Gewerkschaft der Kommunalbediensteten (TÜM BEL-SEN) durchsucht hatte. AktivistInnen äußerten die Vermutung, dass die Verhaftungen sich auch gegen die geplanten Aktivitäten zum Internationalen Frauentag am 8. März richteten.

Am 25. Juni 2012 erreichten die Angriffe mit landesweiten Razzien und der Festnahme von 58 GewerkschafterInnen ihren vorläufigen Höhepunkt. Der Vorwurf lautete: KCK-Mitgliedschaft oder Unterstützung der KCK. Unter den Festgenommenen befanden sich auch der Vorsitzende der KESK, Lami Özgen, KESK-Frauensekretärin Songul Morsümbül, der ehemalige KESK-Generalsekretär Abdurrahman Daşdemir sowie zahlreiche Mitglieder und Verantwortliche der Eğitim Sen, wie der Generalsekretär Mehmet Bozgeyik, die Frauensekretärin Gülçin Isbert, ihre Vorgängerin Elif Akgün, Schatzmeister Abdullah Karahan und der Bezirksvorsitzende von Amed (Diyarbakır), Kasım Birtek. Gegen 28 der 58 GewerkschafterInnen wurde Haftbefehl erlassen, ihnen drohen langjährige Haftstrafen.[4]

Der Generalsekretär der KESK, İsmail Hakkı Tombul, kommentierte das Geschehen mit den Worten: „Nicht einmal zur Zeit nach dem Militärputsch von 1980 wurde der Vorsitzende einer Gewerkschaftskonföderation festgenommen."

Nach heftigen Protesten dürfte diese pikante Tatsache auch den politisch Verantwortlichen bewusst geworden sein, Lami Özgen musste freigelassen werden.

Aus einer Erklärung der KESK:

„Die AKP-Regierung glaubt, mit ihrer antidemokratischen Unterdrückungspolitik, mit den Festnahmen unserer Mitglieder die KESK zum Schweigen bringen zu können. Schon seit langem ist unsere Gewerkschaft der Regierung ein Dorn im Auge, weshalb sie bereits zuvor 39 unserer Mitglieder festgenommen und inhaftiert hatte. Mit der ‚Operation Dämmerlicht' sind nun 58 weitere Mitglieder unserer Gewerkschaft hinzugekommen. Unter den Festgenommenen befindet sich neben zahlreichen leitenden Mitgliedern auch unser Vorsitzender Lami Özgen. Die AKP ist entschlossen, alle festzunehmen, die sich für Freiheit, Frieden und Demokratie einsetzen und Widerstand leisten. Dazu gehören auch diejenigen, die sich für gewerkschaftliche Rechte engagieren. Interessant ist hierbei, dass diese Festnahmen in einer Zeit zunehmen, in der die Regierung vermehrt von Demokratisierung, auch im Rahmen von Gesetzespaketen für eine neue Verfassung, spricht. Zugleich geraten jedoch alle, die für ein menschliches Leben in einem demokratischen Land einstehen, ins Fadenkreuz der Regierung. (…) Unsere festgenommenen FreundInnen haben eines gemeinsam: Sie engagieren sich seit Jahren entschlossen im Kampf für die Rechte der ArbeiterInnen im öffentlichen Dienst, und sie sind alle KurdInnen. Die AKP duldet keine KurdInnen, die nicht mit ihr konform gehen und sich politisch oder gewerkschaftlich engagieren."[5]

Warum konzentrieren sich die massivsten gewerkschaftsfeindlichen Angriffe der Regierung auf KESK und Eğitim Sen? | KESK und ihre Mitgliedsgewerkschaft Eğitim Sen wenden sich gegen die Privatisierung des Bildungswesens (an Privatschulen gelten befristete Arbeitsverträge, einen Kündigungsschutz gibt es nicht, ein freier Zugang zu Bildung für alle ist dort nicht gesichert), gegen den verpflichtenden Islam-Unterricht, gegen die 4+4+4-Schulreform, die erklärtermaßen eine „religiöse Generation" heranziehen soll, und sie setzten sich für das Recht auf muttersprachlichen Unterricht ein.

Durch die Kriminalisierung der mehrheitlich kurdischen GewerkschafterInnen schlägt die Regierung zwei Fliegen mit

einer Klappe: Sie versucht, die Gewerkschaften einzuschüchtern und handlungsunfähig zu machen, die sich ihrer Politik am entschlossensten entgegenstellen, und setzt gleichzeitig das durch die KCK-Operationen offensichtlich gewordene Politikverbot für Kurdinnen und Kurden, die der kurdischen Freiheitsbewegung nahestehen, in allen gesellschaftlichen Bereichen um.

Zeynep Ekin Aklar, frühere KESK-Beraterin, bemerkt: „Der wichtigste Unterschied zwischen den Repressalien der Vergangenheit und denen der Gegenwart besteht darin, dass die aktuelle antidemokratische Politik im Namen von Demokratie und Freiheit umgesetzt wird. Diese Situation hat die Opposition geschwächt und gleichzeitig die internationale Gemeinschaft hinters Licht geführt. Das Konzept des ‚Terrors' dient als Vorwand für jede Art von Verboten, für Unterdrückung und Verhaftungen. Alle Gegner werden unter dem Vorwurf, ‚Terroristen' zu sein, verhaftet und verurteilt. (…) KESK ist zwar eine Arbeitsorganisation, beschränkt sich aber nicht auf die Probleme am Arbeitsplatz. KESK ist nicht bloß überzeugt von der Wichtigkeit des Arbeitskampfes, des Frauenbefreiungskampfes, des Kampfes um Identität, der friedlichen Lösung der kurdischen Frage, der Meinungsfreiheit, des Kampfes für Demokratie, Gerechtigkeit und Gleichheit, KESK ist auch eine Akteurin in diesen Kämpfen. Sie hat ihr Verständnis für diese Belange vertieft, weil die Zusammensetzung ihrer Mitgliederschaft so vielfältig ist, sie setzt sich zusammen aus Frauen, KurdInnen, AlevitInnen und anderen AktivistInnen, die sich der Probleme in ihren jeweiligen Gesellschaften bewusst sind und so Teil des Kampfes für Frieden, Demokratie und Gleichheit sein können."[6]

Auf internationaler gewerkschaftlicher Ebene hat es zahlreiche Aktionen zur Unterstützung der inhaftierten GewerkschafterInnen gegeben, beteiligt haben sich unter anderem der Internationale Gewerkschaftsbund (ITUC), der Europäische Gewerkschaftbund (ETUC) und Öffentliche Dienste International (PSI).

Für die Bundesrepublik hervorzuheben ist das langjährige Engagement der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), deren Partnergewerkschaft Eğitim Sen ist. Sie informiert ihre Mitglieder mit Diskussionsveranstaltungen, zu denen sie regelmäßig KollegInnen aus der Türkei einlädt, initiiert Unterschriftenkampagnen und Protestschreiben an die politisch Verantwortlichen in der Türkei und organisierte Prozessbeobachtungen, z. B. in Izmir.
http://www.gew.de/Tuerkei_3.html

Mitglieder der Vereinigten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di haben Anfang 2012 in Zusammenarbeit mit der Kampagne „Demokratie hinter Gittern" eine Unterschriftenaktion gestartet, die auch von Mitgliedern anderer Einzelgewerkschaften unterstützt wird. http://demokratiehintergittern.blogsport.de/2012/03/16/gewerkschafter-unterstuetzen-kolleginnen-in-der-tuerkei/#more-80

In der ver.-di-Mitgliederzeitschrift Publik erschien ein Artikel über die Kampagne Demokratie hinter Gittern http://publik.verdi.de/2012/ausgabe-03/gesellschaft/gesellschaft/seite-9/A0

Anders als in den Jahren nach dem Militärputsch von 1980 fehlen bislang jedoch Stellungnahmen anderer Einzelgewerkschaften und des DGB.

Warum fallen die Reaktionen auf die gewerkschaftsfeindliche Politik der türkischen Regierung so schwach aus? | Entlassungen von gewerkschaftlich organisierten ArbeitnehmerInnen, Organisierungs-, Streik- und Versammlungsverbote, und die „exzessive Gewaltanwendung" durch die Polizei während Gewerkschaftskundgebungen werden zwar im EU-Fortschrittsbericht von 2011 erwähnt, die Verhaftungen von GewerkschafterInnen kommen hier jedoch nicht zur Sprache. Sobald das Wort „Terrorismus" im Raume steht, ducken sich weite Teile der internationalen Gemeinschaft weg.

Die AKP behauptet, 100 JournalistInnen befänden sich nicht wegen ihrer beruflichen Tätigkeit in Haft, sondern weil sie gegen die türkischen Antiterrorgesetze verstoßen hätten. Mit dem Ziel der Diffamierung und Spaltung behauptet sie das Gleiche von den inhaftierten Gewerkschaftsmitgliedern. Dies hatte bislang zur Folge, dass die nötige Solidarisierung wirklich breiter Gewerkschaftskreise ausgeblieben ist. Dem von der AKP-Regierung erzeugten Distanzierungsdruck zu widerstehen und für die Freilassung ihrer gefangenen kurdischen KollegInnen zu kämpfen, dürfte für die Handlungsfähigkeit der Gewerkschaften in der Türkei von größter Bedeutung sein, denn auch vor ihnen wird die Regierung kaum Halt machen, sollten sie deren neoliberalen Plänen ernsthaft in die Quere kommen.

„(…) Aus diesem Grund dürfen die gewerkschaftliche Öffentlichkeit und die Demokratiebewegten der Türkei diese Angriffe nicht als „Routineoperationen" betrachten. Ganz im Gegenteil, hier wird die KCK als Vorwand genommen, um eine der wichtigsten, wenn nicht sogar die wichtigste, dynamischen Zentralen der gewerkschaftlichen Bewegung anzugreifen (...)" [7]

Fußnoten:

1 KESK (Kamu Emekçileri Sendikaları Konfederasyonu), Konföderation von Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes. Vertritt ca. 220 000 Beschäftigte des öffentlichen Dienstes aus fünf Mitgliedsgewerkschaften.

2 Eğitim Sen (Eğitim ve Bilim Emekçileri Sendikası), Bildungsgewerkschaft. Vertritt ca. 116 000 Beschäftigte an Schulen und Hochschulen. 1995 gegründet, jedoch bis 1999 verboten, da den Beschäftigten im öffentlichen Dienst eine gewerkschaftliche Organisierung untersagt war. Auch nach der offiziellen Anerkennung wurde Eğitim Sen bedroht. 2004 wurde ein Verbot wegen Verstoßes gegen Paragraph 42 der türkischen Verfassung beantragt, weil die Gewerkschaft in ihrer Satzung das Recht auf muttersprachlichen Unterricht forderte. Paragraph 42 der türkischen Verfassung besagt, dass an Lehranstalten keine andere Muttersprache als Türkisch unterrichtet werden darf. Eğitim Sen hatte in diesem Verfahren u. a. auf die EU-Beitrittsbedingungen verwiesen. Nach langem Rechtsstreit wurde 2005 der Verbotsantrag abgewiesen.

3 Quelle: www.gew.de/Tuerkei_Lange_Haftstrafen_fuer_Gewerkschafter.html

4 Namen der verhafteten und freigelassenen Mitglieder:
http://www.egitimsen.org.tr/icerik.php?yazi_id=4281

5 Quelle: kesk.org.tr, 25. Juni 2012, ISKU
http://www.nadir.org/nadir/initiativ/isku/pressekurdturk/2012/26/03.htm

6 Zeynep Ekin Aklar: http://column.global-labour-university.org/2012/07/trade-union-activists-are-in-jail-in.html

7 Ihsan Caralan in Yeni Hayat, 09.07.2012
http://www.yenihayat.de/deutsch/angriff-auf-die-gewerkschaftsbewegung

Die BDP entwickelt in der Türkei eine alternative Kommunalpolitik

Unsere Kommunalverwaltungen haben mit einer immensen Unterdrückungspolitik zu kämpfen

Idris Baluken, stellvertretender BDP-Co-Vorsitzender, im Interview

Die Partei für Frieden und Demokratie (BDP) hat bei den letzten Regionalwahlen in der Türkei vom 29. März 2009 die Zahl ihrer Kommunen in Nordkurdistan (östlicher und südöstlicher Teil der Türkei) verdoppelt. Die kurdische politische Bewegung, die im Laufe der Jahre unter verschiedenen Parteinamen zur Wahl antrat, hat 1999 36, 2004 54 und 2009 insgesamt 99 Kommunen für sich gewonnen. Die BDP, die mit der ihrerseits entwickelten alternativen und partizipatorischen Kommunalpolitik sehr zuversichtlich den Kommunalwahlen 2013 oder 2014 entgegensieht, ist mit dem gesetzeswidrigen Verhalten der AKP konfrontiert. Seit den letzten Kommunalwahlen sind mit Zustimmung der AKP-Regierung insgesamt 34 BDP-BürgermeisterInnen inhaftiert worden, zuletzt der Bürgermeister von Wan (Van), Bekir Kaya. Viele weitere, unter anderem jüngst der Bürgermeister von Sêrt (Siirt), Selim Sadak, wurden abgesetzt. Ferner wurden knapp 300 ihrer MandatsträgerInnen in den Kommunalparlamenten in Haft genommen.
Devriş Çimen führte am 2. August 2012 für den Kurdistan Report ein Interview mit dem für Kommunalpolitik zuständigen stellvertretenden Co-Vorsitzenden der BDP und Abgeordneten für Çewlik (Bingöl), Dr. Idris Baluken, über alternative Kommunalpolitik, Repression und Inhaftierungen.



Idris Baluken auf einer Kundgebung für die Freiheit der KESK-Gefangenen. Foto: DIHA

Hier in Europa bekommen wir es in den Nachrichten mit, wenn in der Türkei BürgermeisterInnen festgenommen oder inhaftiert werden. Aber wir bekommen auch mit, dass die BDP in ihrer Kommunalpolitik eine partizipatorische und alternative Linie durchzusetzen versucht. Welche Errungenschaften hat die BDP bis jetzt zur türkischen Kommunalpolitik beigetragen?

Die kommunalpolitische Auffassung der BDP stellt ihr Verständnis einer demokratischen, geschlechterbefreiten und ökologischen Kommunalverwaltung dem Verständnis einer klassischen Kommunalverwaltung gegenüber, dessen wesentliche Komponenten Vermögenseinkommen, politische Interessen und eine vertikale Hierarchie sind. Die von der Praxis der

BDP abweichenden klassischen Kommunalverwaltungen beruhen auf der Idee, die bürokratische Verwaltung der Bevölkerung dafür zu nutzen, aus den wesentlichen Verwaltungsfunktionen wie z. B. Landerschließung Profit herauszuschlagen und den eigenen Einflussbereich für die kommenden Parlamentswahlen auszudehnen. Eine solche Herangehensweise lässt nicht nur die Probleme der Bevölkerung ungelöst, sondern zieht durch die Umsetzung populistischer Politik sogar weitere Probleme nach sich und führt zu unlösbaren Schwierigkeiten. Dagegen stellen die Kommunalverwaltungen der BDP, durch die Beteiligung der Bevölkerung und die effektive Bestimmung der kommunalen Bedürfnisse, die Verfolgung richtiger Strategien zur Lösung der Probleme in den Vordergrund und folgen dem Ideal, eine selbstständige Stadt zu schaffen. Soziale Kommunalpolitik sowie Kreativität und Nachdruck zur Schaffung von Eigenressourcen gehören zu den Grundeigenschaften unserer Kommunalverwaltungen. Während die klassische Auffassung von Kommunalpolitik nur abhängig von der Zentralregierung bestehen kann, arbeiten die BDP-Kommunalverwaltungen im Rahmen unserer grundlegenden Paradigmen.

Welche Auffassung und welchen Ansatz verfolgen die Kommunalverwaltungen der BDP?

Die BDP ist sich dessen bewusst, dass die zentrale und materialistische Verwaltungsweise der kapitalistischen Moderne nicht mehr funktionsfähig ist, die Herangehensweise an die gesellschaftlich normierten Unterschiede zwischen den Geschlechtern unlösbare Probleme nach sich zieht und das Dilemma zwischen Natur und Profit nicht mehr aufrechterhalten werden kann. Diesbezügliche Probleme können ausschließlich über regionale Organisierung gelöst werden. In diesem Sinne beruhen die BDP-Kommunalverwaltungen auf dem Verständnis einer demokratischen, geschlechterbefreiten, ökologischen und dezentralen Kommunalverwaltung. Während die Partizipation der Bevölkerung an der Stadtverwaltung mithilfe von Basisorganisationen die demokratische Strukturierung der Kommunalverwaltungen gewährleistet, stellen wir der Zerstörungskraft des Industrialismus eine ökologische kommunalpolitische Auffassung entgegen. Ausgehend von der Tatsache des ältesten Unterdrückungsverhältnisses der Menschheitsgeschichte, des Verhältnisses zwischen Mann und Frau, bemühen sich die Kommunalverwaltungen sowohl auf der theoretischen Ebene als auch durch strategische Anläufe in der Praxis um die Umsetzung der richtigen Auffassung von Geschlechterbefreiung. All dies erfolgt durch die Organisierung der Gesellschaft im Rahmen der radikalen Demokratie.

Welche Rolle spielt die Gesellschaft gegenüber der Kommunalverwaltung, welche Verantwortung trägt sie? Welchen Schwierigkeiten und Hindernissen begegnen die Kommunalverwaltungen?

Ich muss vorausschicken, dass unsere kommunalpolitische Auffassung sich stark von der klassischen unterscheidet und deshalb in der Praxis vor großen Hindernissen steht. Die Repression der Zentralregierung und des Regimes wächst parallel zur rasant fortschreitenden Umsetzung unserer kommunalpolitischen Auffassung auf der praktischen Ebene. Unsere Kommunalverwaltungen haben mit einer immensen Unterdrückungspolitik zu kämpfen, die auf den drei Säulen Bürokratie, Justiz und Polizeimacht ruht. Dies führt zur Unterbrechung bzw. Aussetzung unserer kommunalen Dienste, die unsere Auffassung von sozialer Kommunalpolitik, lebenswerten Städten und alternativen Lebensformen umsetzen sollen. Aufgrund der von uns gemäß unserer kommunalpolitischen Auffassung praktizierten horizontalen Hierarchie begegnen wir in unseren gesellschaftlichen Beziehungen keinen wesentlichen Problemen, die aus dem Verhältnis zwischen Verwaltung und Bevölkerung erwachsen. Um deren Beteiligung an der Administration zu bewerkstelligen, erfüllen sowohl unsere Kommunalverwaltungen als auch unser Volk auf der Grundlage gegenseitigen Verantwortungsgefühls und Verantwortungsbewusstseins ihre Aufgaben. Die Realisierung unserer Auffassung von einer organisierten Gesellschaft und die entsprechende Praxis minimieren die Wahrscheinlichkeit möglicher negativer Folgen, die aus dem Verhältnis zwischen Verwaltung und Bevölkerung hervorgehen könnten.

Wie sieht es mit staatlicher Finanzhilfe für die Kommunalverwaltungen der BDP aus?

Was die staatliche Finanzhilfe betrifft, muss gesagt werden, dass zum einen die zentralistische Struktur der Türkei eine wesentliche finanzielle Einschränkung der Kommunalverwaltung bedingt und zum anderen die BDP-Kommunalverwaltungen durch Diskriminierung in eine missliche Lage gebracht werden und der Bevölkerung nur sehr eingeschränkt Dienstleistungen anbieten können. Eine nach klassischer Auffassung geführte Kommunalverwaltung kann angesichts dieser Diskriminierungspolitik und des Zentralismus dem Volke nicht dienlich sein. Unsere BDP-Kommunalverwaltungen überwinden diese diskriminierende Haltung und die Einschränkungen jedoch sowohl durch die Beteiligung der Bevölkerung als auch durch eine gut durchstrukturierte Organisation im Rahmen der alternativen Verwaltungsführung.

Ist die Inhaftierung der BürgermeisterInnen als eine Strategie der AKP zu verstehen? Wenn Sie das bitte etwas ausführen könnten. Gibt es ähnliche Fälle an anderen Orten der Welt? Was soll durch diese Inhaftierungen verhindert werden?

Weltweit sind nirgendwo und zu keiner Zeit so viele OberbürgermeisterInnen, Stadtratsmitglieder, KammerpräsidentInnen und -mitglieder sowie KommunalbeamtInnen verhaftet worden. Unsere gewählten Mitglieder, die von der Bevölkerung der Region Millionen Stimmen und somit deren Vertretungsvollmacht erhalten haben, sitzen seit Jahren in Haft, ohne sich vor Gericht verteidigen zu können. Unsere gewählten kommunalen MandatsträgerInnen, die das Recht auf Verwendung der Muttersprache in der Kommunalverwaltung in der Türkei als demokratisches Recht durchgesetzt haben, wer-

den ironischerweise ihres Rechts beraubt, sich vor Gericht in ihrer Muttersprache zu verteidigen. Ohne überhaupt zu wissen, wessen sie beschuldigt werden, sitzen unsere Gewählten, die lediglich eine alternative Lebensweise etablieren wollen, in Haft.

Sie sind einem Prozess ausgesetzt, der auf einer dem Geist der Demokratie widersprechenden, totalitären Herangehensweise beruht und ihre Unterwerfung und Pazifizierung bezweckt. Die Politik unserer Partei, mit der wir in den Regionalwahlen 2009 einen großen Erfolg errungen haben, wurde bereits im Anschluss an die Wahlen zum Ziel der Repression. Diese Verhaftungswelle setzt sich weiter fort, wobei knapp 300 gewählte KommunalpolitikerInnen in Haft sitzen. Die Operationen zur politischen Einschüchterung durch Gefangenschaft sind nichts weiter als ein vorbereiteter Plan, den die AKP über ihr Kabinett durchsetzt und der Öffentlichkeit gegenüber als KCK-Operationen darstellt. Sowohl der Ministerpräsident als auch die MinisterInnen des AKP-Kabinetts verkündeten unzählige Male öffentlich, dass es sich bei den KCK-Operationen um eigens beschlossene Operationen handele. Mehrmals wurden die BDP-Kommunalverwaltungen und deren gewählte Mitglieder in den Medien von der AKP-Führung attackiert, woraufhin nur wenige Tage später der Prozess zur Arrestierung der Betreffenden eingeleitet wurde. Die zuletzt gegen unsere Kommunalverwaltungen in Sêrt (Siirt), Êlih (Batman) und Wan (Van) eingeleiteten behördlichen Schritte sind typische Beispiele dafür: Gleich im Anschluss an die Angriffe der Regierungsmitglieder folgte eine massive Verhaftungswelle gegen unsere Mitglieder. In makrogesellschaftlicher Hinsicht beabsichtigt die AKP mit diesen Operationen die Beseitigung der kurdischen politischen Bewegung und deren Paradigmas der regionalen Strukturierung, wohingegen sie in mikrogesellschaftlicher Hinsicht die bei den Wahlen verlorenen Kommunen beim nächsten Urnengang zurückerobern will. Sowohl die kurdischen PolitikerInnen als auch die BDP-Kommunalverwaltungen sind der Unterdrückung durch einen Mehrzweckplan ausgesetzt. Die Razzia bei den Kommunalverwaltungen der BDP unter dem Deckmantel der KCK-Operationen und die Beschlagnahme der technischen Ausrüstung bezwecken die Dienstunfähigkeit unserer Kommunalverwaltungen.



Die PolitikerInnen der BDP suchen den Kontakt mit der Bevölkerung, um gemeinsam Lösungen für bestehende Probleme zu finden. Hier Gültan Kışanak, Co-Vorsitzende der BDP, in einem Dorf, das von der Staudammpolitik der türkischen Regierung betroffen ist.

Haben Sie im Hinblick auf Ihre Situation eine Forderung an europäische Kommunen?

Unser Appell an die europäischen Kommunen betrifft die Entwicklung von Städtepartnerschaften und die Organisierung gemeinsamen demokratischen Widerstands gegen den poltischen Druck, dem unsere Kommunalverwaltungen in der Türkei ausgesetzt sind. Unsere kommunalpolitische Auffassung, die das Modell der liberalen, neoliberalen und kapitalistischen Moderne untergräbt, verfügt über großes Potential, das dann Ausdruck finden kann, wenn es keiner Sabotage von außen ausgesetzt ist. In dieser Hinsicht können wir mit den europäischen Kommunen sowohl auf der theoretischen als auch auf der praktischen Ebene unsere Erfahrungen austauschen und wir hoffen, durch diesen Erfahrungsaustausch die kommunalpolitische Arbeit verbessern zu können. ♦

Repression gegen Studierende in der Türkei

Unter den inhaftierten Studierenden sind etwa 90 % KurdInnen

Das Bündnis „Studierende hinter Gittern“

„Mit einer solch hohen Anzahl von Verhaftungen könnte die Türkei nahezu eine Universität im Gefängnis eröffnen; mehrere höhere Bildungseinrichtungen in diesem Land verzeichnen weniger Einschreibungen.“[1]

Diese Einschätzung beschreibt ziemlich gut den katastrophalen Umgang der türkischen Behörden mit ihren Studierenden.

Die 2005 im Zuge des „internationalen Krieges gegen den Terrorismus“ als Folge des 11. Septembers auch in der Türkei eingeführten „Anti-Terror-Gesetze“ ermöglichen der heutigen Regierung unter Recep Tayyip Erdoğan, jegliche Opposition juristisch zu verfolgen. Von der AKP-Regierung in den letzten Jahren vorangetriebene Reformen brachten nicht nur (wirtschaftliche) Liberalisierung mit sich, sondern auch „Gerichte mit besonderen Vollmachten“ und dazugehörige Staatsanwaltschaften, die dazu dienten, den Justiz-Apparat unter der Vorherrschaft der AKP zu bringen.[2]

Diese, der Regierung hörige, Gerichtsbarkeit geht mittlerweile seit über drei Jahren Schritt für Schritt gegen jegliche Opposition vor, und richtet sie sich in ihrem Übereifer doch mal gegen enge MitarbeiterInnen des Ministerpräsidenten Erdoğan, wird schnell ein neues Gesetz durch das Parlament gejagt, welches ihnen Immunität einräumt.[3] Verschiedene gesellschaftliche Bereiche und Interessen- oder Berufsgruppen sind bereits zwischen die Mühlsteine der Justiz geraten. Mitglieder legaler Parteien (allen voran der BDP), gewählte RepräsentantInnen wie BürgermeisterInnen oder gar ParlamentarierInnen, Frauenrechtsaktivistinnen, GewerkschafterInnen, JournalistInnen und WissenschaftlerInnen und eben auch Studierende.

Auf eine parlamentarische Anfrage hin veröffentlichte der Justizminister folgende Zahlen: Seit dem 31. Januar diesen Jahres wurden 2 824 Studierende und Oberschulen-SchülerInnen inhaftiert. 1 778 von ihnen befinden sich nach wie vor bis zu einem Urteil in Haft, 1 046 befinden sich bis zu ihren Urteilen auf freiem Fuß. 609 der Inhaftierten und 178 der vorübergehend Freigelassenen werden aufgrund der angeblichen „Mitgliedschaft in einer terroristischen Organisation“ angeklagt.[4]

Um wegen „Mitgliedschaft oder Propaganda in einer terroristischen Organisation“ angeklagt zu werden, reicht es aus, Ziele, die eine vermeintlich „terroristische“ Organisation verfolgt, zu teilen; seien es freie und emanzipatorische Bildung oder kulturelle und politische Rechte. Das Strafmaß unterscheidet dann nicht mehr, ob Mitglied oder SympathisantIn, gewaltsame oder gewaltlose Mittel. Diese Art der Gesinnungsjustiz ähnelt stark der bundesdeutschen Rechtsprechung mit dem Werkzeug der §§ 129 a/b StGB.[5] Sie öffnet der politischen Justiz Tür und Tor.

Daher verwundert es nicht, dass sie sich vor allem gegen die kurdische Opposition richtet. Unter den inhaftierten Studierenden sind etwa 90 % KurdInnen.[6] Die kurdische Bewegung organisiert seit 2005 die Gesellschaft im sogenannten KCK-System. Das System der „Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans“ (kurz KCK) sieht eine Organisierung der gesellschaftlichen Basis in (Volks-)Räten und zum anderen in zivilgesellschaftlichen Organisationen vor. In diesen formuliert die Gesellschaft ihre Bedürfnisse, und die Räte und Organisationen versuchen diesen Bedürfnissen gerecht zu werden und ihnen nachzugehen. Der türkische Staat sah sich von Anfang an von dieser alternativen Form, eine Gesellschaft zu organisieren, bedroht, doch erst ab 2009, als die Stärke dieses Gesellschaftsentwurfes und seine Zukunftsfähigkeit evident wurden, ging er massiv gegen die Selbstorganisierung vor. Es folgte eine Verhaftungswelle nach der anderen, immer neue Gesetze sollten den Ausbau des KCK-Systems unterbinden.

Die KCK ist keine Organisation im klassischen Sinn, sondern ein Versuch, die Gesellschaft zu organisieren. Auf diese Weise bewegt sich jedeR, die/der sich für gesellschaftliche Belange einsetzt und dabei Ideen und Ziele der kurdischen Bewegung teilt, unter dem Damokles-Schwert der Repression. Dies erklärt die als KCK-Prozesse bekannten Massenverfahren, in denen manchmal über 100 Angeklagte gleichzeitig wegen „Mitgliedschaft in der terroristischen Organisation KCK“ angeklagt werden. Ein abstruses Schauspiel, das auch von Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International stark kritisiert wird.[7] Die Indizien, die angeführt werden, sind lächerlich. Meist handelt es sich um Reden oder die Teilnahme an bestimmten Veranstaltungen, die auf Geheiß der Organisation geschehen sein sollen.

Ähnlich haarsträubend sind die „Beweise“, die gegen einen Großteil der inhaftierten Studierenden angeführt werden. Ende Mai wurde der Student Cihan Kırmızıgül zu 11 Jahren und 3 Monaten Haft verurteilt. In der Nacht, in der er an einer Bushaltestelle wartend verhaftet wurde, gab es in der Nachbarschaft einen Anschlag mit Molotowcocktails auf ein Geschäft. Cihan wird dessen beschuldigt, da er einen Poshu-Schal[8] trug, ähnlich den AngreiferInnen auf das Geschäft.

Zunächst hatten ihn ein Polizei- und ein „Geheimzeuge“ belastet, die vor Gericht ihre Aussagen jedoch zurücknahmen. Nichtsdestotrotz sah der Richter die Schuld Cihans als bewiesen an und verurteilte den jungen Studenten nach 25 Monaten Untersuchungshaft.[9] Dieses Ereignis ließ die kurdischen Studierenden in Europa, die natürlich die Entwicklungen in der Türkei verfolgen, aufschrecken. Es war der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte.



studierendehintergittern.wordpress.com

Der Verband der Studierenden aus Kurdistan (YXK) verfasste mit der Kampagne „Demokratie hinter Gittern“, die sich schon seit längerem der juristischen Verfolgung der demokratischen Opposition in der Türkei widmet, daraufhin einen Aufruf zum Bündnis „Studierende hinter Gittern“.[10] Das Bündnis hat sich zum Ziel gesetzt, in Deutschland auf die Situation der Studierenden in Nordkurdistan und der Türkei aufmerksam zu machen und Solidarität mit ihnen zu organisieren. Dem Bündnis sind mittlerweile unterschiedlichste Gruppen beigetreten, von der Antifa oder der Deutschen Kommunistischen Partei bis hin zu Hochschulgruppen oder Fachschaften.

Auftakt des Bündnisses war eine Demo für Cihan in Köln, der bereits eine weitere Demo in Stuttgart folgte. Darüber hinaus wurden in diversen Städten Infostände betrieben und Flugblätter verteilt. Eine Unterschriften-Kampagne, in Form eines offenen Briefes an die bundesdeutschen MinisterInnen Westerwelle, Schröder und Schavan, hatte das Ziel, Öffentlichkeit zu schaffen, und wurde vor allem über das Internet betrieben. Es wurde allerdings nicht erwartet, die Institutionen der Bundesrepublik zum Handeln bewegen zu können, denn schließlich gehen diese zum einen selbst in regelmäßigen Abständen repressiv gegen die Studierenden im eigenen Land vor und zum anderen weiß die Bundesregierung sehr wohl, wie es um die demokratischen Rechte in der Türkei bestellt ist, ohne allerdings aktiv zu werden.

Das Bündnis „Studierende hinter Gittern“ plant, bald eine Delegation nach Nordkurdistan und in die Türkei zu schicken, die sich vor Ort mit zivilgesellschaftlichen Organisationen, wie dem Menschenrechtsverein IHD, und von Repression betroffenen Studierenden trifft. Es wird versucht, inhaftierte Studierende zu besuchen und mit staatlichen Stellen Kontakt aufzunehmen. Die gesammelten Informationen und Erfahrungen sollen aufbereitet und in Berichten verteilt werden, sodass eine kritische Öffentlichkeit die Entwicklungen in der Türkei verfolgen kann. Im Anschluss an die Reise wird eine Reihe von Vorträgen mit TeilnehmerInnen der Delegation geplant. Des Weiteren wird eine Postkarten-Aktion vorbereitet, mit der den Inhaftierten solidarische Grüße in die Gefängnisse gesandt werden. Im November findet der weltweit vernetzte Global Education Strike statt, in den sich das Bündnis mit dem Thema „Repression“ einbringen könnte.

Das Bündnis ist noch sehr jung und offen. Jede Gruppe oder Einzelperson kann sich mit ihren eigenen Ideen in das Bündnis einbringen und die Aktionen tragen. Gruppen können zudem den Aufruf unterzeichnen und dem Bündnis beitreten oder zumindest selbst öffentlich Stellung zu der Thematik beziehen.

Die staatliche Repression richtet sich gegen die gesamte demokratische Opposition und dieser Angriff auf die Demokratie lässt die Menschen vielleicht wieder mehr zusammenrücken. In der Türkei deuten sich selbstbewusste emanzipatorische Aufbrüche gegen die repressive Politik der AKP-Regierung an. Mit diesen gilt es sich zu solidarisieren und somit die aufkommende Demokratisierung der gesamten Türkei zu unterstützen. ♦

Fußnoten:
1 Pope, Nicole: Student rules. Auf: Today's Zaman, 09.08.12. (http://todayszaman.com/columnist-289081-student-rules.html)
2 Keetmann, Jan: Überall Terroristen. Auf: Jungle World, 19.07.12. (http://jungle-world.com/artikel/2012/29/45893.html)
3 Keetmann, Jan: ebd.
4 Radikal: Number of students in jail hits 2.824 in Turkey. Auf: Hürriyet Daily News, 08.08.12. (www.hurriyetdailynews.com/number-of-students-in-jail-hits-2824-in-turkey.aspx?pageID=238&nID=27286&NewsCatID=339)
5 Die Paragraphen 129 a und 129 b des deutschen Strafgesetzbuches ahnden „Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung“ und einer solchen im Ausland. Die aktuelle Rechtsprechung des BGH sieht es als unerheblich an, ob es sich um Mitglieder oder SympathisantInnen handelt, solange die Beschuldigten in Kenntnis der Mittel, welche die Organisation anwendet, deren Ziele unterstützten, egal auf welche Weise; nach Schätzungen des Verfassungsschutzes betrifft dies in der BRD 13 000 Menschen. Die Verfolgung einer Gesinnung erfolgt nach Interessenlage auf Geheiß des Bundesjustizministeriums.
6 Nordhausen, Frank: Repressalien gegen türkische Studenten – Verhaftung im Wohnheim. Auf: Frankfurter Rundschau, 11.08.12. (http://www.fr-online.de/politik/repressalien-gegen-tuerkische-studenten-verhaftung-im-wohnheim,1472596,16859048.html)
7 http://amnesty-tuerkei.de/wiki/KCK-Verhaftungen_vertiefen_Bef%C3%BCrchtungen_wegen_Einschr%C3%A4nkung_der_Meinungsfreiheit
8 Im Deutschen bekannt als PalästinenserInnen-Tuch.
9 Radikal: ebd.
10 http://studierendehintergittern.wordpress.com/about/

Die Akteure haben gewechselt, aber der Inhalt bleibt derselbe

Nun diktiert die AKP-Regierung die gesellschaftliche Sichtweise

Devriş Çimen

Vor kurzer Zeit wurde ich während einer Zugfahrt von einem jungen Mann auf der gegenüberliegenden Sitzbank – der erfreut war, ein Gespräch führen zu können – auf Türkisch gefragt, ob ich Türke sei. Er nahm dies vermutlich an, weil ich kurz davor auf Türkisch telefoniert hatte. Ich entgegnete seiner Frage: „Nein, ich bin Kurde, aber ich kann türkisch sprechen." Plötzlich verflog seine Freude, einem Türken begegnet zu sein, ging in Ernsthaftigkeit über und mit dem Satz: „Was soll's, wir sind alle Geschwister", beendete er eigentlich das Gespräch. Trotz meiner Bemühungen, das Gespräch weiterzuführen, und des Versuchs, ein bisschen mit ihm zu diskutieren, konnte ich seine erste Freude nicht wiederbeleben, er unterbrach und blockierte stets mit Telefongesprächen. Ohne eine Verabschiedung trennten wir uns. Ich war zwar sein „Bruder", aber unsere Brüderlichkeit hatte ich dadurch, dass ich ein Kurde bin, merklich beschädigt. Er hat also die Existenz eines Kurden nicht akzeptiert. Er wollte sie nicht akzeptieren. Seine erworbene Einstellung verhinderte das.

Die Art und Weise, wie die Kurden heute bei den Türken in der Türkei wahrgenommen werden, ist neben der Praxis der politischen Entscheidungsträger einer der wesentlichen Faktoren, die ein Hindernis für die politische Lösung des türkisch-kurdischen Konflikts darstellen. Sie führt nicht zu einer Lösung des Problems, sondern dazu, dass die Probleme verdeckt oder dort, wo sie nicht verdeckt werden, unterdrückt werden.

Ich bin mir sicher, wenn in der Türkei mit staatlicher Hand die durch dieses Bild in der türkischen Bevölkerung entstandene gesellschaftliche Mentalität aufgebrochen wird, dass dann die politischen Hürden, hauptsächlich in der kurdischen Frage und auch der der anderen Minderheiten, leichter überwunden werden können.

Entwicklung der türkischen Wahrnehmung

Nazım Maviş, Doktorand an der politikwissenschaftlichen Fakultät der Hacettepe-Universität in Ankara, schreibt in seinem Artikel „Die türkische Wahrnehmung von Kurden"[1] zur Lösung der Kurdenfrage: „Die Gründungsphilosophie der türkischen Republik hat durch ihre Politik der Ausgrenzung und der Hegemonie eine türkische Geisteshaltung geschaffen, die als natürliches Ergebnis eine nationale Identität schaffte. Diese Auffassung von der Ausgrenzung muss beseitigt werden, um das Problem lösen zu können."

Der Punkt, auf den Maviş aufmerksam macht, ist so zu verstehen: Nachdem das Osmanische Reich sich der Welt geöffnet hatte und der Wunsch, die Welt zu osmanisieren, zurückgedrängt worden war, konzentrierte sich diese Überzeugung von der Einzigartigkeit auf Anatolien und manifestierte sich 1923 in der türkischen Republik als türkische Nation. Dabei leben innerhalb der Grenzen der Türkei mindestens 33 verschiedene Minderheiten oder andere gesellschaftliche Gruppen.

Doch mit der Gründung der Republik wurden die ehemals nach außen gerichteten Zwänge nun nach innen auf die Volksgruppen angewandt. Diese Selbstwahrnehmung der einzigen Nation fand und findet ihren brutalen Ausdruck zunächst im Völkermord an den Armeniern, bei den Assyrern, bei den Pontischen Griechen und zuletzt bei den Kurden. Es wird also in einer Region, in der verschiedene Völker leben, eine kulturelle und politische Autokratie entwickelt, um die türkische Identität zu homogenisieren. Natürlich hat das in allen Lebensbereichen eine Vorstellung von Einzigartigkeit zur Folge.

Folglich können wir sagen, dass die offizielle staatliche Ideologie die rechtfertigende Quelle der genannten Brutalität und Autokratie ist. Nachdem die Menschheit vor allem im Zweiten Weltkrieg großen Schaden erlitten hatte, wurde mit der „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte" 1948 die „Rassentrennung" abgelehnt, und die Türkei ist eines der Länder, die sich nicht daran halten.

Rassistische türkische Verfassung

Die aktuelle Verfassung, welche die Führung und die politische Struktur der Türkei festlegt, ist noch immer dieselbe, die 1982 nach dem 12.-September-Putsch von den Militärs diktiert wurde. Es ist also keine zivile, sondern eine militärische Verfassung. Und die ist rassistisch und militaristisch. Mit dieser Verfassung geht durch den „Atatürk-Nationalismus" eine brutale und rassistische Diskriminierung von Nicht-Türken einher. Dabei war nach dem Zweiten Weltkrieg von vielen Staaten der Welt eine Diskriminierung wegen der Abstammung vor dem Hintergrund der Ideologie des Nationalsozialismus abgelehnt worden. Aber die Türkei hat sich weiterhin als türkische Nation verstanden und somit in der Gesellschaft, in der Bildung, in der Politik und in den Medien eine eigene Wahrnehmung entwickelt. Ein Blick in die Verfassung ver-

deutlicht den in ihr festgeschriebenen Rassismus. Ihr zweiter Artikel lautet: „Die Republik Türkei ist ein im Geiste des Friedens der Gemeinschaft, der nationalen Solidarität und der Gerechtigkeit die Menschenrechte achtender, dem Nationalismus Atatürks verbundener und auf den in der Präambel verkündeten Grundprinzipien beruhender demokratischer, laizistischer und sozialer Rechtsstaat." Im dritten Artikel heißt es: „Der Staat Türkei ist ein in seinem Staatsgebiet und Staatsvolk unteilbares Ganzes. Seine Sprache ist Türkisch."[2]

Der Ursprung des Rassismus liegt also in der Gründung der Republik und die Verfassung, die nach dem Putsch vom 12. September 1980 in militaristischer Hinsicht noch repressiver wurde, ließ es nicht zu, dass Unterschiedlichkeiten und die daraus folgenden Forderungen nach Demokratie und Freiheit respektiert und umgesetzt wurden. Im Gegenteil, dies wurde und wird als Sicherheitsproblem gesehen. Aufgrund dieser Wahrnehmung werden die Forderungen der Kurden und anderer gesellschaftlicher Gruppen militärisch und gewaltsam abgelehnt. Ausgehend davon scheint es nicht weiter verwunderlich, dass es in der Türkei annähernd 15 000 politische Gefangene gibt, mehrheitlich kurdische Aktivisten. Darunter befinden sich Journalisten, Gewerkschafter, Parteileitungen, Frauenrechtsaktivistinnen, Studentinnen, Kinder und Jugendliche. Auch die bürgerkriegsähnlichen und antidemokratischen Zustände im Land sind natürliche Folgen einer solchen Gesinnung und einer solchen Verfassung.

Nach türkischer Auffassung haben Kurden ein Wahrnehmungsproblem

Während im Inneren Krieg herrscht, wird im Westen der Eindruck erweckt, die Türkei würde wirtschaftlich erstarken, die Verfassung werde diskutiert und es würde eine umfassende Demokratisierung, unter anderem für die kurdische Bevölkerung, stattfinden. In dieser neuen Phase, die „fortschrittliche Demokratie" genannt wird, wird der Gesellschaft oder den Medien die früher vom Militär vorgegebene Sichtweise nun von der AKP-Regierung diktiert. Die Akteure haben also gewechselt, aber der Inhalt bleibt derselbe. Dadurch hat sich die Wahrnehmung eines Türken, sei es in der Türkei oder in Europa, und seine reflexhafte Einstellung zu Kurden, Lasen, Armeniern, Assyrern, Aleviten und anderen Minderheiten nicht geändert. Das Minderheitenproblem ist für sie also immer noch kein Problem der Demokratie, sondern ein Sicherheitsproblem. Dies ist die Wahrnehmung. Wenn wir das näher betrachten, sehen wir, dass in der „türkischen" Denkweise das Kurdische noch immer als problematisch wahrgenommen wird.

Nazım Maviş erklärt das so: „Ein überwiegender Teil der türkischen Bevölkerung zeigt noch immer einen psychischen Reflex, der lösungsfördernde Schritte verhindert. Diese werden als Zugeständnisse an die PKK betrachtet. Man würde sich mit ‚Terroristen' an einen Tisch setzen und die Kurden bevorzugen. Mit Äußerungen wie ‚Was wollen sie denn noch?' wird sprachlich erkennbar, dass der Türke im Mittelpunkt steht und die (natürlichsten) Rechte anderer als mögliche unangebrachte Zugeständnisse abgetan werden."

Nazım Maviş führt aus, dass abgesehen von dieser Auffassung die kurdische Identität in der Türkei verschleiert und assimiliert werde und durch viele fiktive Geschichten die Wahrnehmung der Kurden in den Köpfen der Türken negativ behaftet sei. Er schreibt: „Dieses Problem ist so gewaltig, dass ohne mutige und radikale Entscheidungen eine Lösung nicht möglich ist. Die Lösung scheitert nicht an politischen, sondern an psychischen Barrieren. Aus diesem Grund muss neben politischen Schritten auch der Kampf gegen die in der türkischen Bevölkerung verbreiteten unbewussten rassistischen Sichtweisen auf die anderen aufgenommen werden."[3]

Kurdenfeindlichkeit

In der Türkei gibt es leider nur eine kleine Gruppe weniger demokratisch eingestellter Menschen wie Maviş, die nicht nach dem Motto „erst Türke, dann Mensch" leben, politisch arbeiten und schreiben, sondern nach dem Motto „Wir sind zuerst Menschen". Der Journalist Cüneyt Özdemir, auch einer dieser raren Demokraten, machte in einem Artikel vom 22.07.2012 auf die kurdenfeindliche Wahrnehmung aufmerksam, indem er auf eine Seite mit kurdischen Sprichwörtern in den sozialen Netzwerken aufmerksam macht: „Man klickt interessiert auf diese Seite und denkt, schöne Sprichwörter



Vom faschistischen Mob am 20.8. angegriffene BDP-Zentrale in Dilok, nachdem zuvor eine Autobombe vor der Polizeistation explodierte und neun Menschen in den Tod riss. Obwohl sich die kurdische Freiheitsbewegung von dem Angriff distanzierte und die BDP den Anschlag verurteilte, geben türkische und internationale Presse Meldungen weiter, die gegen die kurdische Freiheitsbewegung gerichtet sind. Foto: DIHA

dieser für einen doch unbekannten Kultur zu lernen. Aber dort weht einem der eisige Wind des türkischen Faschismus entgegen. Mit Sätzen wie ‚Der Schtaht giebd uns niks' werden Kurden verhöhnt oder mit Phrasen wie ‚Wer von Kurdistan träumt, dessen Platz ist der Friedhof' werden in der Sprache eines Drittklässlers nationalistische Sprüche geklopft. Wenn man diese Tausende von Plattitüden liest, die diese ‚naive' Wahrnehmung offenbaren, bekommt man Angst. In einem solchen Land leben wir. Mit dieser rassistischen türkischen Bevölkerung atmen wir dieselbe Luft, wandeln durch dieselben Städte und Straßen." Sie seien die „Mehrheit", so Özdemir.[4] Und er schreibt, ohne einen Namen zu nennen, dass ihm vor kurzem jemand aus höheren Regierungskreisen gesagt habe, dass „nicht die Kurden, sondern die Türken für die Lösung der kurdischen Frage überzeugt werden müssen", was ihn überrascht habe.

Özdemir betont, dass dieser sich in den sozialen Netzwerken widerspiegelnde und von der Regierung bestärkte „alltägliche Faschismus" eine Wahrnehmung zeige, die nicht nur dem Krieg zwischen der PKK und dem türkischen Staat entspringe, sondern dass „[*wir*] nicht die Arbeit unserer Medien vergessen dürfen, die seit Jahren in derselben Kriegssprache diese Richtung verfolgen! Diese Beschimpfungen entstehen aufgrund der jahrelangen Schlagzeilen und Kommentare in den Medien, die das Unterbewusstsein der türkischen Bevölkerung überwiegend rassistisch geprägt haben."

Türkische Empfindungen

An den Beispielen von Maviş und Özdemir wird deutlich, dass durch die rassistische staatliche Mentalität nicht nur ein „Kurdenproblem" entstanden ist, sondern auch ein Wahrnehmungsproblem der türkischen Öffentlichkeit, das aus Hass und Feindschaft besteht und die Lösung des anderen Problems verhindert. Es ist offensichtlich, dass sogar die Diskussionen über eine Lösung des türkisch-kurdischen Konflikts problematisch werden, solange dieses Problem nicht gelöst wird. Während sich in der Türkei jetzt endlich einige Autoren über die kurdische Frage Gedanken machen, wird von Journalisten wie Cengiz Çandar auf einmal darauf aufmerksam gemacht, auch „auf die Gefühle des türkischen Volkes" zu achten. Im November 2010 fand im Berliner Abgeordnetenhaus eine Konferenz zum „Massaker von Dêrsim" statt, auf der eine Zuhörerin Cengiz Çandar auf seine Aussage ansprach: „Warum müssen die Gefühle des türkischen Volkes vor den Forderungen der Menschen stehen?", worauf Çandar nur ausweichend antwortete. Denn auch er wusste, dass diese „Gefühle des türkischen Volkes" nicht natürlich, sondern systematisch und staatlich indoktriniert sind und nicht so einfach überwunden werden können.

Diese Ausführung Cengiz Çandars über die „Gefühle des türkischen Volkes" treten als Haltung der türkischen Mehrheit gegenüber den natürlichen menschlichen Forderungen der Kurden zum Vorschein. „Kurdisches Fernsehen, Kurdisch als Wahlfach, kurdische Sprache und Literatur an zwei Universitäten … Was wollen sie denn noch? Je mehr unser Staat gibt, desto mehr verlangen sie!" Das ist die typische Ansicht in der türkischen Öffentlichkeit über die kurdische Frage, die auch von den Regierungsverantwortlichen geteilt wird. „Je mehr wir geben, desto mehr fordern sie. Und dann kommen auch die anderen (wie Lasen, Armenier, Assyrer) und fordern dasselbe und die Türkei wird aufgespalten!" Diese paranoide Denkweise, die mittlerweile tief in der türkischen Gesellschaft verankert ist, bildet das Haupthindernis für eine wirkliche Lösung der kurdischen Frage in der Türkei.

Letztendlich

Das Problem, das als „Kurdenproblem" bezeichnet wird, ist im jetzigen Stadium ein „Türkenproblem". Und das Grundproblem, das wir mit obengenannten Beispielen zu verdeutlichen versucht haben, besteht darin, dass die türkische Allgemeinheit sich als primäre Gründergesellschaft betrachtet und damit eine ethnische Hierarchie innerhalb des türkischen Staates errichtet hat.

Diese ethnische Hierarchie mit ihrem ganzen Nationalismus und Chauvinismus hat sich mit all ihren Auswirkungen in eine gesellschaftliche, herrschaftliche Hierarchie gewandelt. Nazım Maviş schreibt, „dass Mythen wie das türkische Phänomen, die ‚Nation', die ruhmreiche Geschichte, Fahne, Vaterland usw. benutzt wurden, um diese Hierarchie zu legitimieren, dass die Sicherheitspolitik der Freiheit und dem Recht vorgezogen werden, dass mit beängstigenden Argumenten wie ‚Spaltung', ‚internationale Komplotts' etc. eine rassistische Einstellung zu Menschen anderer Herkunft und Kultur geschaffen worden ist." Maviş zeigt als Ergebnis auf, dass „mit dieser Mentalität Schluss gemacht werden muss, um zur Lösung zu gelangen. Es muss eine Phase des Neuaufbaus geben. Nicht eine neue Nation muss aufgebaut werden, sondern eine neue humane Auffassung von Gleichberechtigung. Das Zusammenleben ist möglich. Dafür müssen die Türken ihre Vorherrschaft über die Kurden aufgeben und alle Gruppen in diesem Land als konstitutiv anerkennen. Es müssen die Grundpfeiler gesetzt werden, dass ein Zusammenleben nur einvernehmlich sein kann und nicht nur bedingungslos in der Gleichberechtigung der Völker, sondern es muss eine würdevolle Gleichberechtigung sein." Wenn das, was Maviş schreibt, realisiert wird – ich wünsche es mir sehr –, dann erst wird derjenige, der gezwungen wurde, türkisch zu sprechen, nicht als Feind, als Fremder betrachtet und es wird nicht Abstand genommen von einem Gespräch mit ihm während einer Zugfahrt. Forderungen nach Respekt, Milde, Empathie, Gleichberechtigung, Freiheit und dem Frieden erlangen dann eine Bedeutung und eine realistische Perspektive. Erst nach der Hinwendung zu dieser Wahrnehmung wird die kurdische Frage durch Dialog und Verhandlungen sowohl auf der politischen Ebene als auch in der Gesellschaft zu lösen sein. ♦

1 Nazım Maviş, Die türkische Wahrnehmung der Kurden, 09.08.2012, http://www.radikal.com.tr/Radikal.aspx?aType=RadikalDetayV3&ArticleID=1096647&CategoryID=99
2 Die Verfassung der Republik Türkei (Übersetzung Prof. Dr. Christian Rumpf, Stand 06.06.2008
3 Nazım Maviş, 09.08.2012
4 http://www.radikal.com.tr/Radikal.aspx?aType=RadikalYazar&ArticleID=1094869&Yazar=CUNEYT-OZDEMIR&CategoryID=97

Die kurdische oppositionelle Organisierung in Westkurdistan

Eine historische Chance für Syrien

Mako Qoçgirî

„Die Organisierung, die sich im Süden unseres Landes entwickelt, ist eine Terrororganisierung." Das sind die drastischen Worte, mit denen der türkische Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan die Entwicklungen in Westkurdistan (Nordsyrien) beschreibt. Eine solche Organisierung sei nicht zu tolerieren und zur Not müsse für die eigene Sicherheit im Nachbarland interveniert werden. Das ist der Tenor in der AKP-Regierung. Um zu beweisen, dass sie es mit diesen Drohungen gen Syrien dieses Mal wirklich ernst meint, postiert sie gleich tausende Soldaten an der türkisch-syrischen Grenze. Wie ernst diese Drohungen wirklich zu nehmen sind und ob die Türkei auf eigene Faust eine solche militärische Intervention in ihrem Nachbarland unternehmen kann, ist sehr fraglich. Doch statt uns mit Strategien und Täuschungsmanövern der türkischen Regierung auseinanderzusetzen, wollen wir uns lieber mal genauer anschauen, was in Westkurdistan in letzter Zeit vonstattengeht. Was ist das für eine „Terrororganisierung", von der Erdoğan spricht?

Mit der Demokratischen Autonomie in Richtung Freiheit

Die kurdische Bevölkerung in Syrien macht mit ca. 3,5 Mio. EinwohnerInnen rund 15 % der Gesamtbevölkerung Syriens aus. Der Großteil von ihnen lebt im Nordosten des Landes, also in Westkurdistan. Aber auch in Damaskus (500 000) und dem aktuell umkämpften Heleb (Aleppo; 600 000) leben große kurdische Gemeinden. Seit der Gründung des syrischen Staates war die kurdische Bevölkerung stets einer systematischen Unterdrückungspolitik ausgesetzt. So galten beispielsweise für viele Jahre mehr als 500 000 KurdInnen in Syrien als staatenlos, weil ihnen vom Regime wegen politischer Aktivitäten die Staatsangehörigkeit entzogen worden war. Aufgrund der allgegenwärtigen Diskriminierung der kurdischen Bevölkerung war es auch in der Zeit vor dem aktuellen Bürgerkrieg in Syrien von Zeit zu Zeit zu spontanen Volksaufständen gekommen. So im Jahr 2004 in der Stadt Qamişlo (Al-Qamishli), wo er blutig durch die Sicherheitskräfte des Baath-Regimes niedergeschlagen wurde. Bis zu 40 Menschen wurden damals getötet. Ein anderes Beispiel waren die Newroz-Feierlichkeiten in der westkurdischen Stadt Raqqa (Ar-Raqqa) im Jahr 2010. Diese wurden von der syrischen Polizei angegriffen und dabei wurden mindestens zwei Menschen getötet und Dutzende verletzt.

Mit dem Ausbruch der Kämpfe zwischen der syrischen Opposition und dem Assad-Regime veränderte sich auch schlagartig für die KurdInnen die Lage in Syrien. Assad, der sich auf den Kampf gegen die „Freie Syrische Armee" und den „Syrischen Nationalrat" konzentrierte, versuchte die KurdInnen durch gewisse Zugeständnisse ruhig zu halten. Das Assad-Regime wollte nicht das Risiko eines Zweifrontenkrieges eingehen. Um dies zu verhindern, sollte beispielsweise die Angelegenheit der staatenlosen KurdInnen gelöst und eine gewisse Anzahl kurdischer politischer Gefangener aus den Gefängnissen entlassen werden.

Die KurdInnen erkannten allerdings die historische Chance, die sich ihnen mit dem Ausbruch des Bürgerkrieges bot. Sie können ihre Freiheit gewinnen. „Demokratische Autonomie" heißt das Modell, mit dem dies in Westkurdistan erreicht werden soll. Und die bedeutendste kurdische Partei in Syrien, die „Partei der Demokratischen Einheit" (PYD), hatte sich seit knapp 18 Monaten auf die Umsetzung dieses Modells, das den Aufbau kommunaler Selbstverwaltungsstrukturen in Volksräten vorsieht, vorbereitet. Mit Erfolg, wie sich herausstellte. Denn im Dezember 2011 wurden informelle Wahlen durchgeführt, in denen die Delegierten für diese Volksräte bestimmt wurden. Etwa 250 000 Menschen beteiligten sich an diesen Wahlen und die Volksräte nahmen ihre Arbeit auf. Es sind diese Volksrätestrukturen, die sich gegenwärtig um die Administrationen in den befreiten kurdischen Städten kümmern. Die befreiten Gebiete, das sind bisher die Städte Kobanî (Ain al-Arab), Afrîn, Dêrika Hemko (Al-Malikiya) und Amûdê, in denen das Volk zwischen dem 19. und dem 22. Juli den VertreterInnen des Assad-Regimes die Kontrolle entrissen hat. Aber auch in anderen Städten wie Qamişlo und weiteren ländlichen Gebieten ist es der Bevölkerung Westkurdistans teilweise gelungen, die Kontrolle vom Assad-Regime zu übernehmen.

„Die beste Antwort auf die Drohungen ist es, einfach weiterzuarbeiten"

Es ist der Aufbau dieser kommunalen Selbstverwaltungsstrukturen, was Herrn Erdoğan und sein Kabinett so zur Weißglut bringt. Die VertreterInnen der Volksräte reagieren zumindest noch relativ gelassen auf die Drohungen der AKP-Regierung und haben als Reaktion darauf beschlossen, einfach ihre Arbeit fortzusetzen. So fasste der „Ständige Volksrat", der sich aus Delegierten der kommunalen Ratsstrukturen zusammensetzt, auf seiner Sitzung den Beschluss, den Aufbau der demokratischen Selbstverwaltungsstrukturen unter dem Motto „Gemeinsam unsere Region autonom verwalten" zu beschleunigen. Der Stän-

dige Volksrat arbeitet in Form von Komitees, die sich um die verschiedensten sozialen und politischen Fragen des Alltags kümmern. So informierte das Gerechtigkeitskomitee in seinem Bericht, dass es monatlich annähernd 300 soziale Probleme innerhalb der kurdischen Community löst. Es übernimmt in den befreiten Gebieten die Aufgabe staatlicher Gerichte, grenzt sich in seiner Praxis allerdings klar vom staatlichen Rechtsverständnis ab. Andere Komitees innerhalb des Ständigen Volksrats sind beispielsweise das Komitee der Frauen, das Komitee für Gesundheit, das Komitee für ökologische Fragen, das Komitee für Sicherheit oder das Komitee für Wirtschaft. Aus Sicht der Volksräte Westkurdistans ist die gesellschaftliche Befreiung eng mit der Frage der nationalen Befreiung verknüpft. So ist die Geschlechterfrage gegenwärtig eines der zentralen Themen in Westkurdistan. Die Frauen sind einer doppelten Unterdrückung ausgesetzt, nämlich nicht nur durch das nationalchauvinistische Assad-Regime aufgrund ihrer nationalen Zugehörigkeit, sondern auch durch das patriarchale Gesellschaftssystem, in dem sie leben. Aber die Frauen in Westkurdistan haben begonnen, sich stärker zu organisieren. Neben den gemischten Volksratsstrukturen gründen sie ihre eigenen Rätestrukturen. Deren Beschlüsse sind stets auch für die gemischten Strukturen bindend. So wurde in der letzten Sitzung des Ständigen Volkrats ein Beschluss der Frauen übernommen, dem zufolge Männer mit zwei Frauen aus allen Rätestrukturen ausgeschlossen werden sollen.

Mit der kurdischen Einheit in Richtung Freiheit

Der Ständige Volksrat betonte zudem in seiner Sitzung die Wichtigkeit des neugegründeten „Kurdischen Hohen Rates“, einer Dachorganisation, der VertreterInnen von 15 Parteien aus Westkurdistan angehören. Die KurdInnen haben aus ihrer Geschichte gelernt und wissen um die Bedeutung der kurdischen Einheit auf dem Weg zur Freiheit. Durch den Kurdischen Hohen Rat soll verhindert werden, dass die verschiedenen kurdischen Parteien von anderen Mächten gegeneinander ausgespielt werden, wie dies in der Vergangenheit allzu oft passiert ist. Um erneute Versuche einer Teile-und-Herrsche-Politik gegenüber dem kurdischen Volk von vornherein ins Leere laufen zu lassen, haben die VertreterInnen der wichtigsten kurdischen Parteien *[aus Gesamtkurdistan]* in Südkurdistan das „Hewlêr-Abkommen“ geschlossen, aus welchem der Kurdische Hohe Rat hervorgegangen ist. Die Bevölkerung Westkurdistans hat auf den Straßen mehrerer Städte mit zehntausenden Menschen diesen Zusammenschluss der kurdischen Parteien als weiteren bedeutenden Schritt in Richtung Freiheit gefeiert.

Die Sorgen der Türkei und die Falschinformationen in Deutschland

Wie sich fast schon denken lässt, war auch die Gründung des Kurdischen Hohen Rates für die türkische Regierung ein Grund, sich zu ärgern. „Dieser Rat vertritt nicht die KurdInnen“, war die verwirrende Reaktion Erdoğans, bevor er wieder mit Intervention drohte. Die Einheit der kurdischen Parteien stellt für die AKP-Regierung den schlimmsten anzunehmenden Fall dar. Sollten die KurdInnen in diesem Tempo weiterarbeiten, dürfte die Türkei bald ein „Demokratisch-Autonomes Westkurdistan“ als Nachbarn haben. Eine solche Situation käme einem kompletten Versagen nicht nur der türkischen „Syrienpolitik“, sondern auch der türkischen „KurdInnenpolitik“ gleich.

Stellt sich noch die Frage, wieso in den deutschen Medien den KurdInnen die Komplizenschaft mit Assad unterstellt wird. Auf den ersten Blick mag das als Resultat eines schlechten Journalismus erscheinen, der seine Informationen einseitig aus türkischen Quellen schöpft. Doch auf den zweiten Blick wird deutlich, dass mehr dahintersteckt. Aus den Erklärungen der Volksräte Westkurdistans und des Kurdischen Hohen Rates geht deutlich hervor, dass sie für einen Regimewechsel in Syrien stehen. Allerdings, und das ist der Knackpunkt, lehnen sie im Gegensatz zur übrigen Opposition eine Einmischung des Westens, eine mögliche militärische Intervention selbstverständlich mit eingeschlossen, strikt ab. Der Wandel in Richtung eines demokratischen Syrien und eines demokratisch-autonomen Westkurdistan als dessen Teil soll aus der Dynamik des Volkes in Syrien selbst hervorgehen. Wir haben es bei der kurdischen Opposition in Syrien also mit einer Opposition zu tun, die sich vom Westen und seinen regionalen Handlangern nicht instrumentalisieren lassen will, und mit einer solchen Opposition kann der Westen, also auch Deutschland, nichts anfangen. Ganz im Gegenteil, die emanzipatorischen Perspektiven dieser kurdischen Opposition könnten gar in Zukunft zu einer ernsthaften Gefahr für die Interessen des Westens im gesamten Nahen und Mittleren Osten werden. Die einzige für den Westen „zuverlässige“ kurdische Partei in Syrien ist gegenwärtig die „Kurdische Zukunftsbewegung“. Sie ist zugleich die einzige kurdische Partei, die im Syrischen Nationalrat vertreten ist und offen eine Militärintervention des Westens in Syrien befürwortet. Wenn es um die KurdInnen in Syrien geht, sind diese marginale Gruppierung und ihr Europasprecher Siamend Hajo, der mit Verleumdungen der eigentlichen kurdischen Opposition nur so um sich wirft, zurzeit die Lieblingsansprechpartner der deutschen Medien.

Vorläufiges Fazit der Entwicklungen in Westkurdistan

„Demokratisches Syrien – demokratisch-autonomes Westkurdistan“, das ist also die „Terrororgansierung“, die sich südlich des Landes von Herrn Erdoğan entwickelt. Und es ist nicht nur Herr Erdoğan, der ein Problem mit dieser Entwicklung hat. Trotz alledem machen die Kurdinnen und Kurden, auf ihre eigene Kraft bauend, große Schritte in Richtung ihrer Freiheit. Sollten sie die in Westkurdistan erreichen, wird dies unweigerlich auch starken Einfluss auf die Entwicklungen im Norden (Türkei) und Osten (Iran) Kurdistans haben und ebenso die Autonome Region im Süden (Irak) nicht ungeschoren lassen. Und viel mehr als das, die Perspektive der Demokratischen Autonomie wird mit Sicherheit eine anziehende Ausstrahlung auf die Völker des Nahen und Mittleren Ostens haben, die sich gegenwärtig im Kampf um ihre gesellschaftliche Befreiung befinden. ♦

Die Einheit Syriens kann allein durch die Formel „Demokratisches Syrien – demokratisch-autonomes Kurdistan“ gewahrt werden

„Lasst uns die Einheit Syriens gemeinsam stärken“

Aldar Xelil, Mitglied des Kurdischen Hohen Rates in Westkurdistan, im Interview

Während in Syrien die kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen der Freien Syrischen Armee und dem Assad-Regime weiter eskalieren, versuchen die Kurden, ihre Organisierung in ihrer Region voranzutreiben und ihre Sicherheit zu gewährleisten. In Städten wie Kobanî (Ain al-Arab), Afrîn, Dêrika Hamko (Al-Malikiya) und Amûdê hat die kurdische Bevölkerung gewaltlos die staatlichen Institutionen besetzt und die Kontrolle vom Assad-Regime übernommen. Vor allem die türkische Regierung reagierte aggressiv mit Interventionsdrohungen auf diese Entwicklung.
Dennoch sind die rund 3,5 Millionen Kurdinnen und Kurden in Syrien entschlossen, an ihrem Lösungsprojekt „Demokratisches Syrien – demokratisch-autonomes Kurdistan“ festzuhalten. Über dieses Thema, die Gründung des Kurdischen Hohen Rates und der Volksverteidigungseinheiten (YPG) sowie die Drohungen der türkischen Regierung sprach Devriş Çimen für den Kurdistan Report mit dem Mitglied des Kurdischen Hohen Rates Aldar Xelil.

Nach verschiedenen Staaten des Nahen und Mittleren Ostens ist jetzt schließlich auch das Baath-Regime in Syrien mit einem Volksaufstand konfrontiert. Wo stehen die Kurden dabei?

Seit dem Jahr 2010 erleben die Länder Nordafrikas und des Nahen und Mittleren Ostens äußerst bewegte Tage. Die Ereignisse und Entwicklungen in der Region werden unter der Bezeichnung „Arabischer Frühling“ subsumiert. Vor allem die Ereignisse in Tunesien und Ägypten können als Volksaufstände gegen die Diktaturen im eigenen Land bezeichnet werden. Sie haben auch die Türen für ähnliche Entwicklungen in den anderen Ländern der Region geöffnet. Dort setzte sich die Opposition, auf die innere Dynamik bauend, für einen demokratischen Wandel ein, was wiederum für die umliegenden Länder zur Inspirationsquelle wurde.

In Libyen und Syrien, ebenfalls zwei Staaten mit Demokratieproblemen, hat sich das Ganze dann in eine etwas andere Richtung entwickelt. Das Gaddafi-Regime in Libyen wurde vor allem durch äußere Mächte zu Fall gebracht. Und in Syrien halten die Gefechte noch weiter an.

Auch wenn jedes einzelne dieser Regime in Nordafrika und im Nahen und Mittleren Osten seine Eigenheiten hatte, so weisen sie doch gewisse Schnittmengen auf. Alle konnten sich in ihrer alten Verfassung nicht länger halten und in der Bevölkerung gab es das Bedürfnis nach Demokratisierung. Diese Regime hatten im 20. Jahrhundert ihre Dienste für das *[imperialistische]* System geleistet und ihre Lebenserwartung war langsam aber sicher erfüllt. Sie mussten also früher oder später untergehen und das ist dann auch geschehen.

Die Frage ist jedoch, ob in dieser bewegten Zeit die Probleme der Länder gelöst worden sind? Die Antwort lautet: Nein, sie bestehen weiter. Manche Länder stecken aufgrund der Zuspitzung der Probleme sogar im Chaos, und andere wiederum wollen von dieser Situation profitieren. Die Türkei, Frankreich oder Deutschland gehören beispielsweise zu letzteren.

Die Situation der Kurden ist im Gegensatz dazu noch mal eine unterschiedliche, denn sie kämpfen in der Region um die Wahrung ihrer Existenz und um ihre Freiheit. Das ist ein wichtiger Aspekt. Es geht ihnen nicht darum, die Macht zu übernehmen. Und deshalb unterscheidet sich die Situation in Kurdistan von der in den anderen Ländern des „Arabischen Frühlings“. Und weil ihr Ziel nicht die Staatsmacht ist, positionieren sie sich weder auf der einen noch auf der anderen Seite, sondern agieren unabhängig.

Während überall in Syrien gekämpft wird, haben die Kurden in einigen Städten Westkurdistans unter Führung der PYD (Partei der Demokratischen Einheit) die Kontrolle ganz ohne Gewaltanwendung übernommen. Wie ging das vonstatten? Gab es dafür bestimmte Vorbereitungen?

Wir haben bereits in der Vergangenheit klargestellt, dass wir nicht die Absicht hegen, die Staatsmacht an uns zu reißen oder das Land zu teilen. Deshalb darf die Tatsache, dass wir in Westkurdistan begonnen haben, Selbstverwaltungsstrukturen aufzubauen, nicht falsch interpretiert werden.

In der Phase, als die Kurden begonnen hatten, die Kontrolle in ihren Städten zu übernehmen, wurde ein Anschlag, vermutlich der Freien Syrischen Armee, auf ein Krisentreffen der Regierung verübt. Einige wichtige Vertreter des Regimes verloren dabei ihr Leben oder wurden schwer verletzt. Das hat in der Regierung für einige Demoralisierung gesorgt und die Erwartung genährt, dass das Regime bald abdanken würde. Das schuf natürlich auch ein gewisses Machtvakuum.

Das bedeutet aber nicht, dass wir diesen Prozess in Westkurdistan nur aufgrund dieser generellen Unsicherheit im Land oder des Machtvakuums in Gang gesetzt hätten. Wir begreifen ihn vielmehr als revolutionäre Intervention mit dem Ziel, die Selbstverwaltung unseres Volkes aufzubauen und die Bevölkerung vor einem Krieg zu schützen, dessen Entwicklung und Ausgang weiter ungewiss erscheinen. Wir können sagen, dass wir hierbei erfolgreich waren. Unser Volk in Westkurdistan ist momentan vor den möglichen verheerenden Auswirkungen dieser chaotischen Situation geschützt.

Die Antwort auf die Frage, wie das gewaltlos geklappt hat, hängt mit dem Organisierungsgrad der Bevölkerung zusammen. Die ist in Westkurdistan sehr gut organisiert. Man sollte das wirklich nicht unterschätzen. Für diesen Organisierungsgrad wurde jahrzehntelange Arbeit investiert und große Opfer mussten gebracht werden. Und nicht nur das. In Westkurdistan sind auch immer die Erfahrungen des Widerstands aus allen Teilen Kurdistans zusammengetragen worden. Ohne Berücksichtigung dieser Tatsachen kann diese Entwicklung auch nicht verstanden werden. Wir haben die gesamte Entwicklung in dieser Form schon kommen sehen und waren darauf vorbereitet. Die sich ausweitenden Gefechte und das Machtvakuum haben diese Entwicklung lediglich beschleunigt.

Nachdem die Bevölkerung die Kontrolle übernommen hatte, bildete sich der Kurdische Hohe Rat. Wie ist dieser Rat zu verstehen und welche Kreise umfasst er?

Die Bestrebungen, eine kurdische Einheit in Westkurdistan zu schaffen, sind nicht neu. Der Prozess hatte also schon früher begonnen und gelangte mit der Gründung des Kurdischen Hohen Rates zu einem Ergebnis. Wir haben uns seit dem 15. März 2011 bemüht, den Weg für eine kurdische Einheit zu ebnen. Wir wollten eine erste Konferenz organisieren, an der die Vertreter aller kurdischen Parteien aus Westkurdistan teilnehmen sollten. Aber gewisse Kreise funkten dazwischen und die Bemühungen blieben zunächst ergebnislos. Der Grund für das Querschießen war, dass die Präsenz der PYD darin einige störte. Dadurch wurde auch ersichtlich, welche Vorstellungen sie von einem Westkurdistan in der Post-Assad-Ära hatten. Alle kurdischen Kreise außer der PYD kamen dann auch unter dem Namen Kurdischer Nationalrat zusammen. Diese Initiative blieb aber fruchtlos und wurde wieder aufgegeben.

Der Grund dafür, dass es nicht funktioniert hat, eine kurdische Einheit ohne die PYD zu etablieren, ist schlichtweg deren Organisierungsstärke. Sie hat Volkskomitees und Volksräte organisiert, sie verfügt über eigene Verteidigungskräfte und vor allem genießt sie großes Vertrauen in der Bevölkerung. Die war dementsprechend auch nicht bereit, eine kurdische „Einheit" ohne die PYD zu akzeptieren, weil dies einfach keine Einheit darstellen würde. Nachdem das auch von den anderen kurdischen Parteien eingesehen wurde, haben die Einheitsbestrebungen dieses Mal gemeinsam mit den Volksräten Westkurdistans (TEV-DEM), zu denen auch die PYD gehört, von Neuem Fahrt aufgenommen. Wie schon erwähnt, den erfolgreichen Abschluss dieser Bestrebungen bildet die Gründung des Kurdischen Hohen Rates. Der stellt das höchste Repräsentativ-Organ der Kurden dar. Er besteht aus zehn Mitgliedern, von denen fünf den Volksräten Westkurdistans und fünf dem ehemaligen Kurdischen Nationalrat angehören. Außerdem gehören dazu das Außenbeziehungskomitee, das Sicherheitskomitee und das Komitee für Soziales.

Der Kurdische Hohe Rat wird gegenwärtig von der gesamten Bevölkerung Westkurdistans akzeptiert. Nach seiner Gründung gingen überall zehntausende Kurden auf die Straße, um diesen Zusammenschluss zu feiern. Für uns kam dieses Ereignis der Akzeptanz nach einem Volksreferendum gleich. Und auch über die Grenzen Westkurdistans hinaus hat die kurdische Bevölkerung diese Entwicklung begrüßt. Es steht somit außer Frage, dass der Kurdische Hohe Rat die Repräsentanz der Bevölkerung Westkurdistans darstellt.

Die kurdische Bevölkerung in Westkurdistan und Syrien fordert ein demokratisches Syrien und ein demokratisch-autonomes Westkurdistan. Kannst Du uns diese Forderung näher erläutern?

Aus Deiner Frage geht bereits hervor, dass wir unsere Zielsetzung klar formuliert haben. Wir gehen mit der Forderung „Demokratisches Syrien und demokratisch-autonomes Westkurdistan" vor. Wir fordern also nicht, wie oft behauptet, eine Abspaltung der kurdischen Gebiete. „Demokratische Autonomie" bedeutet, dass die Minderheiten gemeinsam mit der Mehrheit unter Berücksichtigung des Schutzes ihrer Eigenheiten zusammen leben können. Deswegen fordern wir die Demokratische Autonomie innerhalb eines vereinten Syriens. Die Tatsache, dass es in Syrien so viele verschiedene gesellschaftliche Gruppierungen gibt, spricht ebenfalls für unser Modell. Syrien ist ein Vielvölkerstaat, mit verschiedenen Sprachen, Kulturen und Religionen. Sie gehören zum Teil mit zu den ältesten Kulturen der Region und konnten ihre Existenz trotz der oft kriegerischen Geschichte bis heute wahren. Aber diese Gruppen haben während ihrer gesamten Geschichte auch mit anderen ethnischen und religiösen Gruppen zusammen in der Region gelebt. Und allein aus dieser Tatsache lässt sich herleiten, dass der Gedanke der Demokratischen Autonomie der sinnvollste Weg für eine gemeinsame Zukunft im vereinten Syrien ist.

Die Kurden haben bereits begonnen, mit den anderen Gruppen aus Westkurdistan ein gemeinsames Leben nach den Prinzipien der Demokratischen Autonomie zu entwickeln. Die anderen Gruppen, von denen ich spreche, sind beispielsweise die Assyrer, die Araber oder die Armenier in Westkurdistan. In Städten wie Hesîçe (Al-Hasaka) oder Afrîn wurden diese Gruppen zur Mitarbeit in den Volksräten eingeladen und dazu, ihre Interessen in die Ratsstrukturen einzubringen. Auch in anderen

Orten gibt es Bemühungen, gemeinsame Komitees mit diesen Gruppen aufzubauen.

Seit dem 17. August laufen die Aktionen und Demonstrationen der Bevölkerung in Westkurdistan unter dem Motto „Lasst uns die Einheit Syriens gemeinsam stärken“.

Es wurden zudem auch Verteidigungskomitees unter dem Namen YPG (Volksverteidigungseinheiten) gebildet. Was ist deren Aufgabe und Zweck? Aus welchen Leuten bestehen sie?

Die YPG sind die Selbstverteidigungskräfte des Volkes in Westkurdistan. Ihre Mitglieder kommen aus der Zivilbevölkerung und ihre Verantwortung liegt darin, die Sicherheit des Volkes zu gewährleisten.

Aufgrund der gegebenen Kriegssituation in Syrien war der Aufbau einer Selbstverteidigungsstruktur unumgänglich. Denn wir befinden uns im Land in einer unübersichtlichen Phase und die kann sich durchaus auch negativ auf das gesellschaftliche Leben auswirken.

Seit dem 15. März hat sich die Jugend innerhalb der Selbstverwaltungsstrukturen zu organisieren begonnen. Sie haben ihre Kommandanturen gebildet und die Verantwortung für die Selbstverteidigung der Bevölkerung übernommen. Nach der Gründung des Kurdischen Hohen Rates kündigten sie an, in dessen Sinne zu arbeiten. Auf der letzten Sitzung der Volksräte Westkurdistans wurde dieser Beschluss nochmals bekräftigt.

In Westkurdistan bestehen zudem noch weitere kleinere Verteidigungsgruppen. Wir arbeiten daran, sie dazu zu bewegen, auch Teil der Volksverteidigungseinheiten zu werden.

In den türkischen und den westlichen Medien wird immer wieder berichtet, die PYD kooperiere mit dem Assad-Regime. Was sagst Du dazu? Wie ist Eure Haltung zum Assad-Regime?

Wir bekommen hier mit, dass über die Medien solche Falschinformationen verbreitet werden. Das ist traurig. Wir fragen uns auch, ob die Menschen diese völlig aus der Luft gegriffenen Behauptungen wirklich glauben. Wenn diese Nachrichten nicht aus Unwissenheit verbreitet werden, dann sicherlich aus böser Absicht. Anscheinend wollen manche Kreise nicht, dass Kurden ihre eigenen Selbstverwaltungsstrukturen aufbauen. Statt an dieser Stelle jetzt auf diese Lügen und Verleumdungen zu antworten, will ich mich damit begnügen, an einige Punkte zu erinnern.

Es ist allgemein bekannt, was die Kurden in Westkurdistan bisher alles durchgemacht haben. Sie waren unter dem Baath-Regime einer gewalttätigen Verleumdungs- und Vernichtungspolitik ausgesetzt. Mit dem Massaker von Amûdê oder der Politik des Arabischen Gürtels wurden in der Vergangenheit unzählige Kurdinnen und Kurden aus ihrer Heimat vertrieben. Wir brauchen auch gar nicht allzu weit in die Vergangenheit zurückgehen. Im Jahr 2000 hat der syrische Staat im Zuge seiner antikurdischen Koalition gemeinsam mit der Türkei und dem Iran die Repression gegen das kurdische Volk auf die Spitze getrieben. Damals blieb den Kurden keine Luft mehr zum Atmen, sie wurden festgenommen und massakriert.

Und nun sollte die Frage gestellt werden, wer das Hauptziel dieser Verfolgung war? Wer wurde festgenommen und massakriert? Alle, die Verstand und ein Gewissen haben, werden darauf die richtige Antwort geben.

Worauf führst Du die aggressive Haltung der Türkei zu den Entwicklungen in Westkurdistan zurück? Hältst Du eine militärische Intervention der Türkei in Westkurdistan für realistisch?

Die aggressive Haltung der Türkei gegenüber den Errungenschaften des Volkes in Westkurdistan ist nicht schwer nachzuvollziehen. Ich sehe dafür eigentlich zwei maßgebliche Gründe. Der erste ist, dass die Türkei dadurch in ihrer Existenzgrundlage erschüttert worden ist. Denn der türkische Staat baut auf der Verleumdung und Vernichtung des kurdischen Volkes auf. Und nun müssen sie mit ansehen, wie die Kurden in Westkurdistan Schritt für Schritt in Richtung ihrer Freiheit vorankommen. Ihnen ist natürlich auch klar, dass diese Errungenschaften auch den Freiheitskampf in Nordkurdistan und den anderen Teilen Kurdistans beflügeln werden. Das bereitet der Türkei selbstverständlich erhebliche Sorgen.

Ein weiterer Grund ist, dass die Türkei sich als Handlanger des US-amerikanischen „Greater Middle East Project“ gewisse Hoffnungen hinsichtlich ihrer Stellung in der Region gemacht hat. Diese Hoffnungen basierten allerdings auf Fehlkalkulationen der türkischen Außenpolitik und zerschellen gegenwärtig an den Entwicklungen in Westkurdistan.

Die Frage ist natürlich, ob die Türkei nun diese politischen Rückschläge einfach so hinnehmen können wird. Darüber lässt sich diskutieren. Sollte sie das allerdings nicht können und das Abenteuer einer militärischen Intervention auf sich nehmen, dann kann sie dafür noch so viele Argumente vorschieben, wie sie möchte. Der eigentliche Grund dafür wird allein die Entwicklung in Westkurdistan sein.

Gibt es noch etwas, was Du uns zu sagen hast? Vielleicht möchtest Du noch einige Worte an die europäische Öffentlichkeit richten, weil gerade dort auch viele Falschinformationen über die Medien verbreitet werden?

Für uns ist wichtig, dass begriffen wird, dass wir einen gerechtfertigten Kampf mit friedlichen und demokratischen Mitteln führen. Wir würden uns wünschen, dass sich die europäische Öffentlichkeit in diesem Kampf mit uns solidarisch zeigt. Zugleich würden wir uns auch wünschen, dass sie den Verleumdungen und den Lügen über unseren gerechtfertigten Kampf keinen Glauben schenkt.

Entgegen ihren eigenen Aussagen geht es der türkischen Regierung in keinster Weise um das Wohl des Volkes in Syrien, sondern ausschließlich um ihre eigenen politischen Interessen. Das wird an ihrer Haltung gegenüber dem kurdischen Volk mehr als deutlich. Sollten die europäischen Staaten dennoch die Syrienpolitik der Türkei unterstützen, dann würden wir uns von der europäischen Öffentlichkeit wünschen, dass sie sich an diesem Punkt gegen ihre eigenen Regierungen stellt. ♦

Wer die Kurden unterdrückt, ist auch selbst nie unabhängig geworden ...

Der Status quo ohne Kurden ist passé

Haluk Gerger, Politikwissenschaftler aus Istanbul, im Gespräch

Im Mittleren Osten werden die Karten neu gemischt. Alte Übereinkünfte verlieren ihre Gültigkeit. Das wird auch damit belegt, dass die Kurden in Syrien Westkurdistan aufbauen. Während der Status quo beseitigt wird, geschieht es zum ersten Mal, dass ein Volk aktiv einwirkt. Die internationalen Mächte richten sich politisch neu aus, um die Volksrevolutionen zu manipulieren. Mit dem Autor und Akademiker Dr. Haluk Gerger sprachen die Journalisten Serdar Engin und Zana Kaya über die neuen Entwicklungen im Mittleren Osten und deren Folgen.

Der Mittlere Osten ist ja sehr lebhaft in den letzen Jahren, Stichworte sind der sogenannte arabische Frühling oder der mögliche Sturz von Regimes. Worauf führen Sie die Ereignisse der letzten Jahre zurück? Was sind deren soziopolitische und sozioökonomische Grundlagen?

Für die nahe Vergangenheit können wir feststellen, dass die arabische Welt seit dem Zweiten Weltkrieg im Hinblick auf gesellschaftliche Opposition und Widerstandsdynamik schon immer lebhaft war. Aus den Forderungen nach Unabhängigkeit und Verfügungsgewalt, die sich zuerst als Reaktion auf die osmanische Vorherrschaft gebildet und dann gegen die klassische westliche Kolonialisierung (Großbritannien, Frankreich) gerichtet hatten, entwickelten sich später in der Ära des Kalten Krieges Volksbewegungen gegen US-Hegemonie, zionistische Aggression und arabischen Verrat. Dann begann mit dem Baath- und dem Nasser-Regime *[beides dominante Vertreter des arabischen Nationalismus]* die Phase, in der die Volkbewegungen in den erstarkenden Staatskapitalismus der Nationalstaaten in der Region integriert und dadurch aber auch geschwächt wurden, weil sie einem Zersetzungsprozess ausgesetzt waren.

Dafür sind nicht die Protagonisten der heutigen arabischen Aufstände verantwortlich, sondern sie repräsentieren als Opfer dieser Begebenheiten die Suche nach Menschlichkeit. Beginnend mit dem Ersten Weltkrieg, im Abenteuer des langen Kampfes und Widerstandes, und besonders in den letzten 20–30 Jahren waren diese Menschen begraben, und nunmehr versuchen sie durch diesen Vorstoß zur Menschlichkeit zu gelangen. Es ist unzweifelhaft, dass die neue Phase unorganisiert, ohne Führung, ohne jede politische und ideologische Selbstsicherheit begann, und genau so wird Geschichte geschrieben; Revolutionen finden eben auf diese Art statt.

Alle – außer den Türken, die in ihrem Dämmerschlaf die Araber unterschätzen und meinen, aus denen werde doch nichts, und die jeglichen Segen vom Imperialismus erwarten – wissen aus den lokalen Quellen Bescheid. Der Funke des Widerstands entzündet sich zur Gänze aus der inneren Dynamik, unterstützt durch die Einflüsse der weltweiten Wirtschaftskrise.

Und der Imperialismus intervenierte erst dann, als der Prozess bereits begonnen hatte. Zuerst wurde versucht, Tunesien und Ägypten mit dem Rest der alten Regime eine Restauration aufzuzwingen. Nach der ersten Verwirrung wurde im zweiten Stadium wie in Libyen eine direkte Intervention begonnen und die Revolution sozusagen gestohlen. Jetzt in der dritten Phase, wie in Syrien zu beobachten, wird die demokratische Unzufriedenheit ausgenutzt, um die Bedingungen für einen Bürgerkrieg zu schaffen.

Wieso ist es so wichtig, ob es in Syrien zu einem Regimewechsel kommt oder auch nicht? Beruht diese Relevanz auf Syriens historischer Position im Mittleren Osten?

Ausgangspunkt einer Analyse über Syrien ist die Feststellung, dass dieses Land gemeinsam mit Ägypten und dem Irak das historische, politische, geistige Hirn des arabischen Mittleren Ostens darstellt. Zu bedenken ist auch, dass die Baath-Ideologie ebenfalls in diesem Land entstand. Das „große Syrien" ist eine historische, politische und geografische Realität in der arabischen Welt und sein Einfluss ist auch damit zu erklären.

Zweitens befindet es sich in einer Position, in der eine Einigung mit dem zionistischen Staat Israel wegen eines territorialen Problems (Golan-Höhen) nicht möglich ist. Für die USA und den Westen hat eine Versöhnung mit (bzw. Unterwerfung unter) Israel die Bedeutung einer Vorbedingung für die Eingliederung der übrigen arabischen Staaten in die neue Ordnung.

Drittens ist Syrien für den Iran wichtiger Bestandteil eines sicheren Hinterlandes.

Viertens wäre ohne Syrien die Globalisierung der arabischen Welt nicht möglich, dieser Prozess könnte nicht vollendet werden. Obwohl die USA legal nicht befugt sind, einseitig das Regime auszutauschen oder zu intervenieren, muss während der Durchsetzung der eigenen Legitimität der *[Transformations-]*Prozess in Syrien bewältigt werden. Im Endeffekt ist die Unterstützung Syriens durch Russland und China mit deren Besorgnis darüber zu erklären, wie die rechtliche und strategische Struktur der neuen Weltordnung nach dem Zerfall der Sowjetunion gestaltet wurde. Das heißt, die Relevanz Syriens hat eine globale Dimension.

Was ist mit den syrieninternen Kräften? Welchen Einfluss wird diese Auseinandersetzung auf die Kurden, Araber, Assyrer, Armenier, Aleviten und Christen haben? Was kommt in Zukunft auf diese Volksgruppen zu?

Die von den Kolonialisten begründete Ordnung des Mittleren Ostens weist zwei für unser Thema wichtige Merkmale auf. Erstens die Spaltung der Araber sowie die Fragmentierung Syriens (ein künstliches Gebilde wie Jordanien), als hätte es diesen Staat nie gegeben, und noch dazu die Gründung von Staaten nur aus Arabern, in denen die Regierungen aus verfeindeten Stammes- und Clanmitgliedern gebildet werden und sich Mikronationalismus entwickelt. Zweitens, es wurden innerhalb der mit dem Lineal gezeichneten Grenzen verschiedene religiöse, kulturelle und ethnische Identitäten gedrosselt, damit wurden Widersprüche erzeugt. In einem solchen Zustand provozierter gegenseitiger Feindseligkeiten kann sich die chaotische Situation in zwei Richtungen entwickeln: Entweder werden sich diese Volksgruppen gegenseitig an die Gurgel gehen und die Unterdrücker können ihre Macht festigen, oder sie entwickeln im gemeinsamen Kampf Geschwisterlichkeit und zerbrechen die Fallen und sie können sich dann den Weg der Gleichheit und Freiheit selbst bahnen. Diese zweite Möglichkeit birgt eine tödliche Gefahr für die regionalen und die imperialistischen Mächte und sie werden sie mit allen Mitteln zu verhindern suchen.

Die Kurden in Syrien haben in einer Situation chaotischer Kämpfe in jenen Gebieten, in denen sie leben, auf friedliche Weise die Kontrolle übernommen. Sie haben erklärt, die Demokratische Autonomie etablieren und somit sich selbst regieren zu wollen. Welche Folgen kann dieser Ansatz nach sich ziehen?

Für eine umfassende Befreiung von Volksgruppen in der ganzen Region und dafür, dass auf dieser Grundlage ein neuer Mittlerer Osten etabliert wird, können Palästinenser und Kurden eine wichtige Rolle spielen. Diese beiden Völker wurden von den grausamen Regionalmächten mithilfe von deren Verbündeten versklavt. In Wirklichkeit wurden sie von den anderen Völkern der Region in ihren Freiheitsbestrebungen alleingelassen. Die Palästinenser wurden als Spielball der zerstörerischen Regime behandelt, und sie wurden in ein Mittel der Manipulation und der Legitimität von Gewalt verwandelt. Die Kurden waren ein offenes Ziel der Verfolgung für die Regime, die herrschenden Völker, vor allem für Türken, Araber, Iraner und Imperialisten. Der Beginn des Widerstands dieser beiden Völker liegt eigentlich lange zurück, länger als der heutige arabische Frühling.

Wer die Kurden unterdrückt, ist auch selbst nie unabhängig geworden, weil in Chauvinismus und Militarismus gefangen. Diese Realität wird vielfach gar nicht wahrgenommen. Der Zusammenhang zwischen der Freiheit der Kurden und der Befreiung anderer Völker wird nicht richtig analysiert. Aus dieser Perspektive heraus lässt sich feststellen, dass die Widerstandsbewegung der Kurden die wichtigste demokratische Dynamik der Region darstellt. Wenn heute Kurden zu ihrem Recht kommen, dann bedeutet das für die anderen Völker mehr Demokratie und Freiheitsrechte.

Objektiv gesehen gewinnt jede Volksgruppe, jede ethnische Minderheit oder kulturelle Identität mehr Freiheit, wenn die Kurden in ihren Freiheitsbestrebungen ein Stück Weges zurücklegen. Der Freiheitskampf der Kurden hat nicht nur im rechtlichen Sinne eine Bedeutung, sondern in jedem Lebensbereich, insbesondere in Bezug auf die soziale Entwicklung, die geistige Konzeption, den politischen und wirtschaftlichen Fortschritt; und dieser Kampf, dessen Einfluss nicht so leicht auszumachen ist, spielt seine Rolle im gesellschaftlichen Leben. Den hegemonialen Volksgruppen kommt dieser Freiheitskampf auch dann zugute, wenn sie keine aktive Hilfe leisten und ganz im Gegenteil die Abwehr der Freiheitsbestrebungen der Kurden aktiv unterstützen. Diese Dimension der kurdischen Freiheitsbewegung hat eine unermessliche Bedeutung. Jede grausame Waffe, die sich gegen Kurden richtet, richtet sich auch gegen die hegemonialen Volksgruppen, und umgekehrt kommt diesen auch jeder Vorteil für die Kurden in rechtlicher und demokratischer Hinsicht zugute.

Nun stecken die Kurden in Syrien in einem Übergangsstadium von den individuellen Rechten hin zum gesellschaftlichen Status. Das bedeutet gleichzeitig einen wichtigen Schritt für das organische Zusammenfinden des geteilten Kurdistan. Auf dieser Grundlage muss die nationale Gleichheit definiert werden, und damit wird ein großer Schritt für die Geschwisterlichkeit von Völkern und für den neuen Mittleren Osten gemacht. Das Ende der grausamen Regime ist der Beginn dieser Ära. Endlich wird die kurdische Befreiung wahr als Schritt der Freiheit und Gleichheit für die ethnische, religiöse, konfessionelle Vielfalt, und vor allem wird dadurch den imperialistischen Interventionen der Boden entzogen und die Region wird auch so befreit. Wenn die Grundlagen für die militaristischen und chauvinistischen Manipulationen entfallen, gibt es keinen Spielraum für die regionale Herrschaft. Diese strategische Bedeutung kommt dem neuen kurdischen Ansatz zu, den Sie angesprochen haben.

Die Region Westkurdistan hat mit ihrem nunmehr erreichten Status sowohl in der Türkei als auch in manchen arabischen Ländern Verwirrung und Panik ausge-

löst. Wie kann sich dieser neue Zustand auf die Machthaber in der Region auswirken?

Syrien kann entweder mit oder ohne Assad bestehen, aber ein Syrien ohne Kurden oder ein unterdrücktes Westkurdistan wird nicht mehr möglich sein. Zugleich kann der Westen *[Kurdistans]* nicht ohne den Osten und der Norden nicht ohne den Süden existieren, jeder Staat, in dem ein Teil Kurdistans liegt, wird davon beeinflusst. Den Status quo im Mittleren Osten ohne den Status der Kurden gibt es nun nicht mehr. Der neue Status quo wird sicher nur dann begründet, wenn er auch den nationalen Status für Kurden vorsieht. Dies war im Irak geschehen, es entwickelt sich und reift. Syrien überwindet diese Schwelle. Das iranische Volk, das die kurdische Region anerkannt hat, wird sich mit dieser Realität leichter zurechtfinden. Das eigentliche Problem liegt darin, dass die Türkei und die türkische Gesellschaft der Realität trotzend den mittelalterlichen Konservatismus, das Gefangensein im Militarismus und Chauvinismus in eine Lebenseinstellung verwandelt haben.

Haluk Gerger Foto: DIHA

Die AKP-Regierung bezog nach den jüngsten Entwicklungen in Westkurdistan offen Stellung gegen alle Kurden, und Ministerpräsident Erdoğan drohte mit Nichtanerkennung. Kann der Staat oder die Regierung eine neue Kurdenpolitik entwickeln?

Die politische Haltung des Staates, die Kurden aller vier Landesteile als Gefahr zu sehen, haben bisher alle Regierungen geteilt. Sie ist dennoch das Eingeständnis der historischen Gesamtheit Kurdistans. Die Realität in Südkurdistan wurde gezwungenermaßen akzeptiert, und es war auch der Zwang der realen Verhältnisse oder der USA. Die jetzige Regierungsposition bestätigt diese Tatsache: „Wir konnten im Irak militärisch nicht Fuß fassen und deshalb nicht in die Entwicklungen vor Ort eingreifen, somit entstand dort die kurdische Realität. Damit in Syrien nicht dasselbe passiert, wollen wir nun entweder mit einer Pufferzone oder mit direkter Intervention Teil der Entwicklung sein." Dieses Prinzip bestimmte von Anfang an die Syrienpolitik der Türkei. Nach den Entwicklungen in Westkurdistan wurde seine Umsetzung für die Türkei notwendig, der Begriff der Pufferzone erfuhr konkrete Bedeutung. Mit Pufferzone ist das Blockieren der kurdischen Errungenschaften dort gemeint und die türkische Kontrolle darüber. Diese Maßnahme wird sich nicht nur auf Westkurdistan beschränken. Sie wird als Druckmittel gegen Südkurdistan fungieren und dadurch im Falle einer *[Eskalation der]* Irankrise als strategischer Militärposten. Das heißt, es werden militärische, politische, psychologische Auswirkungen der Pufferzone einkalkuliert, darüber hinaus sollen den USA die im Irak eingeräumten Freiheiten beschnitten werden und die strategischen Grundlagen für eine türkische Intervention werden vorbereitet. Daraus sollte jetzt aber kein Pessimismus erwachsen, denn im realen Leben wird nichts allein durch Wunschdenken und Absichten bestimmt. Ganz im Gegenteil bin ich davon überzeugt, dass die Türkei in einer verzweifelten Lage ist. Wenn wir nun aber die oppositionellen Kräfte bedenken, werden wir feststellen, dass sich auch eine plausible Lösung aufdrängt und eine Ausweitung der organisatorischen, militärischen, politischen, psychologischen Dimensionen dieser Kräfte abzeichnet. ♦

Der Konflikt in Syrien und die Neugestaltung des Nahen Ostens

Ein Ende der mörderischen Kämpfe scheint nicht absehbar

Werner Ruf, Prof. emer., Friedensforscher und Nahostexperte

Es scheint, als ob die Krise in Syrien der letzte Akt in der Kette der Umwälzungen ist, die im Dezember 2010 in Tunesien begannen und gemeinhin unter dem Titel „Arabischer Frühling" oder „Arabellion" zusammengefasst werden. Spätestens mit Beginn der Aufstände in Ägypten im Januar 2011 wurde klar, dass der Westen (mit Ausnahme Frankreichs) die bis dahin Jahrzehnte lang gestützten Diktatoren wie heiße Kartoffeln fallen ließ. Die US-Administration begrüßte in überschwänglichen Erklärungen die Aufstände und unterstützte „den Wandel" in der arabischen Welt.[1] Dies mag wenig überraschend erscheinen, wenn man sich daran erinnert, dass bereits die Vorgänger-Administration des George W. Bush die Invasionen in Afghanistan und Irak damit begründet hatte, Ziel der US-Außenpolitik sei die „Demokratisierung des Mittleren Ostens". Dass mit „Demokratisierung" immer auch die Etablierung marktwirtschaftlicher Strukturen vor allem im Außenhandel gemeint ist, sollte dabei nicht übersehen werden, ist doch der zentrale Slogan immer „democracy and market economy".

Machtverschiebungen

Spätestens mit dem Krieg in Libyen zeigte sich eine neue und auf den ersten Blick verblüffende Konstellation in der Weltpolitik: Es war die Arabische Liga unter Führung der Staaten des Golf-Kooperationsrats, die jene Vorlage erarbeitete, die zur Grundlage der Resolution 1973 des UN-Sicherheitsrats wurde, die den „Einsatz aller notwendigen Mittel" zur Errichtung einer „Flugverbotszone" an eine undefinierte „Koalition der Willigen" übertrug und schließlich zu einem vernichtenden Luftkrieg und zum Sturz des Regimes von Muammar al-Gaddafi und zu seiner Ermordung führte.[2] An der Vorbereitung und Legitimierung dieses Krieges hatte der katarische Sender Al Jazeera mit systematischer und gezielter Desinformation entscheidenden Anteil. Im Rahmen der Koalition der Willigen beteiligten sich am Krieg selbst auch drei arabische Staaten: Katar, Jordanien und die Vereinigten Arabischen Emirate.

Dies deutet auf eine Verschiebung der Kräftekonstellation im Nahen Osten, die hier nur kurz skizziert werden kann: Jenseits ihrer Rolle bei der Vorbereitung des Libyen-Krieges und seiner medial-manipulativen Begleitung haben die Golfstaaten – allen voran Saudi-Arabien und Katar – die Veränderungen im Nahen und Mittleren Osten dazu genutzt, ihren Einfluss auszudehnen: Sie unterstützen und finanzieren die islamistischen Parteien in Marokko, Tunesien, Ägypten, Jemen, die in all diesen Ländern zur entscheidenden politischen Kraft geworden sind, und seit geraumer Zeit eben auch in Syrien. Dieser „Wandel" hat zu tun mit der Veränderung der Rolle der USA in der Weltpolitik: Die Kriege in Afghanistan und Irak sind verloren. Hinterlassen haben sie zwei zerfallene Staaten, die mehr denn je Brutstätten jenes Terrorismus geworden sind, den die USA zu bekämpfen vorgaben. In Libyen und demnächst in Syrien zeichnen sich ähnliche Entwicklungen ab. Der damit einhergehende Machtverlust ist gekennzeichnet durch die schwere Wirtschafts- und Finanzkrise, die an den USA keineswegs spurlos vorübergegangen ist, und durch den Zwang, erstmalig, wenn auch geringfügig, den Militärhaushalt zu kürzen. Hinzu kommt die Umorientierung der US-Militärstruktur auf den Pazifik, da im Aufstieg Chinas die derzeit größere Gefahr gesehen wird.

Da bieten sich die reaktionären Despotien des Golfs als die verlässlichen Bündnispartner an, die sie bereits in den 70er und 80er Jahren gewesen waren. Der puristische Wahabismus Saudi-Arabiens besaß stets fließende Übergänge zu Ideologie und Zielsetzung des Salafismus und des von al-Qaida propagierten Dschihadismus. Es ist daher kein Zufall, dass gerade die salafistischen Bewegungen in Nordafrika und im Nahen Osten besondere Förderung durch Saudi-Arabien und Katar genießen: Durch die Etablierung dieser reaktionären Kräfte schaffen die Staaten des Golf-Kooperationsrats, dem demnächst auch Marokko und Jordanien beitreten sollen, ein politisches Gegengewicht im arabischen Raum, das ihre eigene Herrschaftsbasis absichern soll. Von den arabischen Revolten, an denen die Islamisten anfangs keinen Anteil hatten, soll keine Gefahr für ihre despotische Herrschaftsbasis ausgehen, die fortschrittlichen und teilweise sozialistischen Ziele der Bewegungen sollen im Keim erstickt werden. So ist es kein Zufall, dass die säkularen Kräfte der Region (Marokko, Tunesien, Ägypten) bekämpft werden, die dort bestehenden säkularen Regime (Libyen, Syrien) mit Hilfe islamistischer Kräfte zu Fall gebracht werden müssen.

Die USA nutzen hierbei die regionalen hegemonialen Rivalitäten zwischen den Despotien am Golf und dem Iran, der nach Zerstörung seines traditionellen Rivalen Irak zur regionalen Großmacht aufgestiegen ist, um Saudi-Arabien, Katar

und den Rest der Staaten der Arabischen Halbinsel als Gegenmacht zu etablieren. Diese wiederum ziehen aus dieser Allianz den Vorteil, die sozialen Proteste ihrer schiitischen Minderheiten in das Machtspiel der Rivalitäten am Golf einzubeziehen und sich als Bollwerk gegen die „iranische Gefahr" zu präsentieren. Der mediale Umgang und die Inaktivität des Westens bei der blutigen Unterdrückung der Revolte in Bahrain sprechen hierfür Bände. Schließlich haben die von Saudi-Arabien und Katar finanzierten Islamisten entscheidende Trümpfe in der Hand: Sie stehen konsequent für Prinzipien der freien Marktwirtschaft und sind damit Garanten für den freien Fluss von Öl und Gas aus diesem Raum; ihre Stabilisierung – auch gegen innere soziale Proteste – liegt damit im unmittelbaren Interesse des Westens. Gemeinsam mit Israel sind sie perspektivisch die politische Achse, auf die der Westen baut, um eine, wenn auch noch so prekäre, neue Stabilität in diesem energiereichen Raum herzustellen.

Im Konflikt in Syrien geht es um die Hegemonie im Nahen Osten

In diesen geostrategischen Zusammenhang ist die Krise in Syrien einzuordnen: Für die USA (und Israel) ist Syrien der einzige verlässliche Partner des Iran. Die Ausschaltung des Assad-Regimes stellt daher einen wichtigen Schritt zur Schwächung und weiteren Einkreisung des Iran dar. Für die Saudis und Kataris ist Syrien die letzte säkulare Bastion im Nahen Osten und daher eine Herausforderung für die wahabitisch-theokratische Ordnung der arabischen Despotien. Diese sind nun dabei, im Zuge der arabischen Revolten, islamistische Vasallenregime einzusetzen. Die einigende Klammer ist die Gegnerschaft zum schiitischen Iran, der von der wahabitischen Seite durch Mobilisierung der Sunniten bekämpft wird: So wird das Assad-Regime wegen seiner alawitischen Basis als Zweig der (für die Wahabiten häretischen) Schia bekämpft. Die Mobilisierung gegen die Schiiten ist zugleich die Instrumentalisierung der Religion im Kampf gegen die eigenen, sozial diskriminierten schiitischen Minderheiten in den Golf-Staaten. So präsentieren sich die reaktionärsten, undemokratischsten Staaten der Welt, in denen Menschenrechtsverletzung zum Kern ihrer Systeme gehören, mit dem Beifall des Westens als Verteidiger der Menschenrechte!

Die Behauptungen des Assad-Regimes, wonach es sich gegen „Terroristen" wehren müsse, wurden lange Zeit im Westen ignoriert. Sicherlich ist es richtig, dass nach der ökonomischen Öffnung des Jahres 2005 die große Masse der syrischen Bevölkerung – und das sind vor allem Sunniten – noch mehr verarmte. Richtig dürfte auch sein, dass die ersten Proteste in Dar´a aus der Bevölkerung kamen. Doch seit spätestens April/Mai 2011 sickerten bewaffnete Banden nach Syrien ein, und es ist bezeichnend, dass Al Jazeera solche Berichte seiner Reporter systematisch unterdrückte.[3] Allmählich haben auch die deutschen Medien ihre Berichterstattung zum Konflikt verändert: Neben der jungen Welt ist dies vor allem die Frankfurter Allgemeine Zeitung, wo schon am 16. April 2012 Wolfgang Günter Lerch die „islamischen Extremisten" erwähnte. Mittlerweile sind „mindestens 3 000 libysche Kämpfer" in Syrien,[4] bei denen es sich offensichtlich um kriegserprobte ehemalige Afghanistan-Kämpfer handelt, die von Anfang an am Aufstand in Libyen beteiligt waren. Noch bedeutsamer dürften die aus Irak einsickernden Dschihadisten sein, doch auch aus der Türkei scheinen mit Wissen und logistischer Hilfe der USA islamistische Kämpfer nach Syrien geschleust zu werden, die ja schon in Afghanistan lange Jahre die besten Verbündeten der USA gewesen waren. Über ihre wachsende Rolle berichtete abermals die FAZ.[5]



Westkurdistan/Syrien: Demonstration für den Frieden. Foto: DIHA

Aus einem Bericht der website DEBKAfile,[6] die dem israelischen Auslands-

nachrichtendienst Mossad nahesteht, geht hervor, dass Teile der Dschihadisten von saudischen und katarischen Geheimdienst-Offizieren nach dem Vorbild des Aufstands in Libyen geführt werden, dass aber Rivalitäten zwischen den Gruppierungen deren militärische Effizienz erheblich beeinträchtigen, so dass es nicht gelingt, nennenswerte Teile des Landes dauerhaft unter Kontrolle zu bringen, obwohl die USA offensichtlich massive Unterstützung bereitstellen.

Damit, so scheint es, ist der Krieg in Syrien noch lange nicht beendet, und die Aufgabe der Syrien-Initiative des ehemaligen UN-Generalsekretärs Kofi Annan spricht Bände für die mangelnde Unterstützung, die er vom Westen und von seinem Amtsnachfolger erhielt. Fest steht: Ohne Ermächtigung des Sicherheitsrats wird der Westen in Syrien nicht eingreifen, ja bisweilen entsteht der Eindruck, dass bestimmte, besonders in Wahlkampfzeiten wenig kriegslüsterne Kreise in den USA Russland und China dankbar sind für die Verweigerung einer interventionistischen Resolution. So könnte der Kampf um Aleppo möglicherweise als eine Wende erscheinen, denn den „Aufständischen“ ist es offenbar nicht gelungen, sich trotz massiver Unterstützung von außen mit Geld, Waffen und Kämpfern dort festzusetzen. Gleichzeitig geraten die Tausende von zivilen Opfern zur Propaganda-Masse der Kriegsparteien. Ein Ende der mörderischen Kämpfe scheint nicht absehbar, nicht zuletzt aufgrund der mangelnden Unterstützung, die dem Friedensplan Kofi Annans im Westen zuteilwurde.

Das Kurden-Problem: Brennpunkt einer Neuordnung im Nahen Osten?

Wenig bedacht und beachtet wird, welche Folgen der Krieg für die Region hat: Syrien ist eben nicht die einfache Front, wie sie lange dargestellt wurde, in der ein verbrecherisches Regime gegen sein Volk kämpft: Längst ist dieser Krieg zu einem Bürgerkrieg geworden. Längst hat dieser Krieg auch auf den Libanon übergegriffen, und er droht die ganze Region in Flammen zu setzen. Die Türkei verfolgt – schon wegen der Kurdenfrage – unmittelbar eigene Interessen und ist vielfältig am Konflikt beteiligt, wobei derzeit undurchschaubar ist, inwieweit sie (ausschließlich) eigene Interessen verfolgt oder inwieweit sie als NATO-Partner und verlängerter Arm der USA agiert. Schon die relative Autonomie der Kurden im Irak ist eine Herausforderung für die türkische Politik gegenüber der eigenen kurdischen Minderheit, und es scheint, dass zumindest der Barzani-Clan im Nord-Irak die syrischen Kurden auch militärisch unterstützt.[7]

Die Entwicklung in den syrischen Kurdengebieten muss für die türkische Regierung umso bedrohlicher erscheinen. Offenbar haben dort kurdische Gruppen das Kommando übernommen, die Ortsnamen werden kurdisiert, die kurdische Partei PYD (Partei der Demokratischen Einheit) hat weitgehend die Verwaltung übernommen und entwickelt basisdemokratische Entscheidungsstrukturen. Zugleich ist das Verhältnis der kurdischen Mehrheitsbevölkerung zu den auch in diesen Gebieten lebenden Minderheiten offensichtlich von Toleranz und Respekt gekennzeichnet. Frauen und Männer werden für neu geschaffene Polizei-Einheiten ausgebildet.[8] Das Assad-Regime scheint sie gewähren zu lassen, um keine weitere Front aufzumachen, gleichzeitig kann diese Zurückhaltung auch verstanden werden als Antwort auf die türkische Unterstützung für den „Syrischen Nationalrat“ und jene Kämpfer, die sich, unterstützt von den USA und der arabischen Reaktion, mehr oder weniger unter dem Dach der „Freien Syrischen Armee“ versammelt haben.

Im Falle eines Sieges der syrischen Rebellen, die immer mehr unter der Kontrolle von Salafisten und Dschihadisten stehen, könnten gerade die Kurden-Gebiete zu einem neuen Brennpunkt der internationalen Politik werden: Einer islamistischen Machtübernahme dürften sie sich mit allen Mitteln widersetzen. Sie könnten so eine Vorreiterrolle spielen im Machtkampf, der seit den arabischen Revolten im ganzen Raum begonnen hat und dem die säkulare Linke von Marokko bis Ägypten bisher klagend, aber machtlos gegenübersteht.[9] Auszuschließen ist aber auch nicht, dass als Folge der Krise in Syrien ein weiteres autonomes kurdisches Gebiet entsteht, das in Interaktion mit dem mehrheitlich kurdischen Nord-Irak die seit den Pariser Vorort-Konferenzen verdrängte Kurden-Frage wieder auf die internationale Tagesordnung setzt. Dies ist mit Sicherheit die Horror-Vorstellung für die türkische Politik und erklärt deren Unterstützung für die saudisch-katarischen politischen Ziele. Indirekt könnte so die kurdische Frage zu einem Sprengsatz werden, der ernsthaft die Frage einer (auch territorialen) Neuordnung des Nahen Ostens auf die internationale Tagesordnung zwingt. Dabei wird es jedoch nicht nur um die Territorialität gehen, sondern auch um die mittelfristige ideologische Ausrichtung des gesamten Raumes: Wird er von reaktionär-islamistischen Kräften beherrscht oder werden säkulare (und sozialistische) Kräfte mittelfristig die Hegemonie gewinnen können. ♦

Fußnoten:
1 Ruf, Werner: Die arabischen Revolten und der Westen. ISW-Report Nr. 86, München, Sept. 2011.
2 Paech, Norman: Libyen und das Völkerrecht. In: Becker, Johannes M., Sommer, Gert (Hrsg.): Der Libyen-Krieg. Das Öl und die ‚Verantwortung zu schützen', Münster 2012, S. 61–76. Ruf, Werner: Libyen und die arabische Welt. In: a. a. O. S. 159–172.
3 S. das Interview von Paul Jay mit dem Al-Jazeera-Reporter Ali Hashem, der wegen der Unterdrückung von Nachrichten seinen Dienst bei dem Sender quittierte: INAMO Nr. 70, Sommer 2012, S. 43–76.
4 Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 18. Juni 2012
5 Erhardt, Christoph: Syrischer Jungbrunnen. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 3. August 2012, S. 8.
6 http://www.debka.com/article/22223/The-bid-for-Syria%E2%80%99s-first-safe-haven-in-Aleppo-region-is-thwarted. [02-08-12]
S. such: http://www.dedefensa.org/article-notes_sur_la_syrie_narrative_tournant_et_hubris_31_07_2012.html [02-08-12].
7 So die deutsche Tagesschau am 1. August 2012. http://www.tagesschau.de/ausland/kurden-syrien100.html [02-08-12].
8 Der Freitag, 3. Aug. 2012.
9 Dot-Pouillard, Nicolas: La crise syrienne déchire les gauches arabes. In: Le Monde diplomatique (frz. Ausgabe), Aug. 2012, S. 11.

Von den Flüssen des Lebens zu den Flüssen des Todes …

Staudammbau am Fluss Botan

Murat Gürbüz, politischer Häftling im E-Typ-Gefängnis Sêrt (Siirt)

Die Türkei ist, was Staudämme angeht, ein sehr reiches Land. In Kurdistan ist fast jeder Bach, jeder Fluss, schon fast jeder Wasserlauf mit einem Staudamm ausgestattet. Und Kurdistan war anscheinend noch zu wenig, so entschied man sich ebenfalls für Staudämme in der Schwarzmeerregion der Türkei. Es steht außer Frage, dass die Menschheit Staudämme und den aus ihnen gewonnenen Strom benötigt. Aber noch vor Elektrizität und Strom ist für den Menschen eine gesunde Natur überlebensnotwendiger.

Der Alkumru-Staudamm am Fluss Botan im Landkreis Tillo (Aydınlar), Provinz Sêrt (Siirt), sollte im Hinblick auf seine Vorteile für die regionale Bevölkerung näher betrachtet werden. Zuallererst muss Erwähnung finden, dass der Fluss jeglichen Bewässerungsbedarf für die Täler und Felder abdeckt. Außerdem können Bauern und Schäfer ihre Tiere hier baden.

Tierzucht und Landwirtschaft sind die einzige Überlebensquelle für die regionale Bevölkerung. Deshalb ist der Botan ein unverzichtbarer Bestandteil der Region, außerdem Zeuge von Krieg, Tragödie, Migration, Liebe und Freude. Daher rührt seine große Bedeutung für die Bevölkerung, nicht nur in wirtschaftlicher, sondern auch in immaterieller Hinsicht.

Der Botan-Fluss hat aber noch eine andere Seite, nämlich seine Beziehung zur Natur und zum Leben. In der Natur verläuft alles nach einer gewissen Dialektik, Gegensätze ziehen sich an und können nicht anders als im Einklang miteinander existieren – eine unverzichtbare Realität im Leben und in der Natur. Was hat das aber mit dem Botan zu tun? Eine Menge.

Der Fluss ist die einzige Wasserquelle für Hasen, Bergziegen, Schildkröten, Rebhühner, Wildschweine, Vögel, Insekten und die weiteren Tiere der Region. Die ganze Fauna, die einen Bestandteil der genannten Dialektik bildet, ist auf ihn angewiesen.

Heute jedoch wird ein Staudamm an diesem Fluss gebaut *[weitere sind in Planung]* …

Der daraus gewonnene Strom stellt eigentlich nur die eine Seite der Medaille dar. Der wahre Grund für den Bau ist ein ganz anderer, die Energie ist nur eine Legitimation.

Der Staat, der dem kurdischen Volk Kultur, Sprache und Identität bestreitet, will jenen Kindern dieses Volkes, die für ihre Sprache, Kultur und Geschichte in die Berge gezogen sind und kämpfen, den geografischen Bewegungsspielraum verkleinern, einschränken und sie somit bekämpfen und vernichten. Zwei Fliegen mit einer Klappe also.

Aber zurück zu unserem Thema: Der Staudamm soll einige Gebiete der regionalen Bevölkerung unter Wasser setzen. Darunter fallen auch bewirtschaftete Felder und natürlicher Wohnraum. So wird die Bevölkerung zur Emigration gezwungen. Das ist die neue Politik „unseres“ Staates. Das ist die nächste Seite der Medaille (auch wenn unsere Medaille drei Seiten haben wird).

Dann gibt es aber noch jene, die auf der anderen Seite des Stausees bleiben. Sie werden der Dürre ausgesetzt sein, während die „eine“ Seite im Wasser „ertrinken“ wird. Die Landwirtschaft wird verschwinden, Tiere werden ihr gewohntes Wasser nicht mehr erhalten, viele weitere Weideflächen werden verschwinden. Und die Bevölkerung? Die wird, da sie wegen der Dürre ihre Täler und Felder verliert, die Tiere, die ja eine Überlebensquelle sind, verkaufen müssen! Und somit zur Emigration gezwungen! – Entschuldigung, nicht gezwungen: Die Umstände werden sie dazu bewegen. Das wäre die zweite Seite unserer Medaille.

Die dritte Seite unserer Medaille ist der Aspekt der Natur und des Lebens. Da die eine Seite komplett von der Dürre bedeckt, die andere vom Wasser überschwemmt wird, werden Tiere auf der Dürreseite verdursten und Tiere auf der Wasserseite ertrinken! Sie werden entweder sterben oder sich einen neuen Lebensbereich suchen müssen. In beiden Fällen wird es in der Region keine Tiere mehr geben, und die Alarmglocken werden noch lauter schrillen als ohnehin schon.

Die Menschen, die zur Emigration in die Metropolen gezwungen werden, gelten dann als neue Zahnräder in der Mühle des Kapitalismus. Menschen, die bisher nur Tierzucht und Landwirtschaft kannten, werden in den großen Metropolen ganz allein versuchen zu überleben. Auf der anderen Seite wird die kapitalistische Moderne mit TV-Filmen u. Ä. neue „Polats“* schaffen. Diese neuen „Polats“ werden dann entweder in die staatlicherseits geschaffenen Mafiagruppen integriert, zu Diebstahl oder Drogenhandel gezwungen. Im Extremfall werden ihnen Waffen in die Hand gegeben und sie in den Krieg gegen das eigene Volk geschickt.

Die Frauen aus der Region werden zur Prostitution gezwungen und von Mafiagruppen oder kriminellen Banden „verkauft“. So wird die regionale Bevölkerung auf dem Weg zum „kapitalistischen“, egoistischen Menschen keinen Schimmer von Moral mehr haben!

Was ein Staudamm alles anrichten kann … Diejenigen, die sie bauen lassen, behaupten ja, sie würden Arbeit und Wohlstand in die Gegend bringen. Euer einziges Ziel ist es jedoch, die Freiheitskämpfer zu vernichten und unseren Boden und unsere Träume zu rauben!

„Der Staat ist die Mutter alles Schlechten.“ Wie wahr …

Wer mit Murat Gürbüz korrespondieren will, kann das unter dieser Adresse tun: Murat Gürbüz, Siirt E Tipi Cezaevi, Siirt, Türkei. ♦

*Gemeint ist die Rolle des Polat Alemdar in der nationalistisch geprägten türkischen TV-Serie „Kurtlar Vadisi“ (Tal der Wölfe), der als Geheimdienstagent mit falscher Identität in der türkischen Mafia Karriere macht. Dieser Charakter gilt bei Jugendlichen zunehmend als Vorbild; ablesbar an Meldungen über immer mehr Fälle von Morden und anderen kriminellen Handlungen bei Jugendlichen.

Historischer Widerstand gegen einen Staudamm am Peri-Fluss

Baustelle gestürmt und zerstört!

Ercan Ayboğa, Initiative zur Rettung von Hasankeyf

Am 25. Mai 2012 stürmten über 500 Menschen die Baustelle des Pembelik-Staudamms am Peri-Fluss zwischen den kurdischen Provinzen Dêrsim (Tunceli) und Eleziz (Elazığ) und brannten sie teilweise nieder. Die Menschen aus den betroffenen umliegenden Dörfern hatten sich nach einer Protestdemonstration in der Nähe kurzfristig zu dieser Aktion gegen den zerstörerischen Staudamm entschlossen. Trotz zahlreicher Sicherheitsbeamten und Soldaten überwanden die DemonstrantInnen die Zäune, stürmten die Baustelle und setzten mehrere Einrichtungen wie Container und Baumaschinen in Brand. Das Sicherheitspersonal wurde überrumpelt und gab Warnschüsse ab.

Im September 2011 errichteten die Betroffenen in Baustellennähe ein Protestzelt und reichten seitdem bei wiederholten Protesten ihre Kritik an die entsprechenden staatlichen Stellen weiter. Immer wieder kam es zu Spannungen zwischen dem Militär, das zur Bewachung der Baustelle herangezogen worden war, und den Betroffenen, die von zahlreichen aus Dêrsim, Eleziz und türkischen Metropolen kommenden Menschen solidarisch unterstützt wurden. Viele der TeilnehmerInnen des einen Tag nach der Erstürmung der Baustelle stattfindenden 12. Munzur-Festivals in Dêrsim solidarisierten sich mit der Aktion. Das waren die in diesem Zusammenhang bislang schärfsten Proteste in Türkisch-Kurdistan und sind daher als ein historisches Novum für die KurdInnen in der Republik Türkei zu werten.

Es ist nicht verwunderlich, dass die Menschen sich dieser radikalen Mittel und Wege des Protests bedienen. Für die dort Ansässigen geht es um alles. Tausende BewohnerInnen des Peri-Tals fürchten um ihre Zukunft. Die vom Bau des Pembelik-Staudamms massiv betroffene Bevölkerung ist nie in die Planungen dieses Projekts einbezogen, sondern vor vollendete Tatsachen gestellt worden. Auch nach Beginn der Proteste im letzten Jahr kümmerte das die türkische Regierung kaum – wie in der Republik Türkei üblich. Es ist geplant, den über 100 km langen Peri-Fluss mit großen Staudämmen komplett aufzustauen. Die Staumauer des Pembelik-Damms soll 77 Meter hoch werden und würde das davorliegende Tal fluten. Weiter flussabwärts wird der Tatar-Staudamm gebaut und im Oberlauf des Flusses entstand bereits vor über zehn Jahren der Özlüce-Damm – mit gravierenden Folgen für Mensch und Natur, was das Bewusstsein der Betroffenen gegen den Pembelik-Staudamm mit prägt.

Dêrsim, mit seiner kurdischen und alevitischen Bevölkerung, ist eine der am meisten von Staudammprojekten betroffenen Regionen Kurdistans. Seit zwölf Jahren gibt es Proteste. Zwar konnte der große Uzunçayır-Staudamm vor drei Jahren ein erhebliches Stück des Munzur-Tales (der größte Fluss dieser Provinz) fluten, aber andere größere Projekte konnten wegen der Proteste in den letzten Jahren nicht begonnen oder fertig gestellt werden. Die Täler sind die wichtigsten Siedlungsgebiete der ansässigen Bevölkerung, Standorte wichtiger kultureller Stätten und haben gleichzeitig ein intaktes Ökosystem.

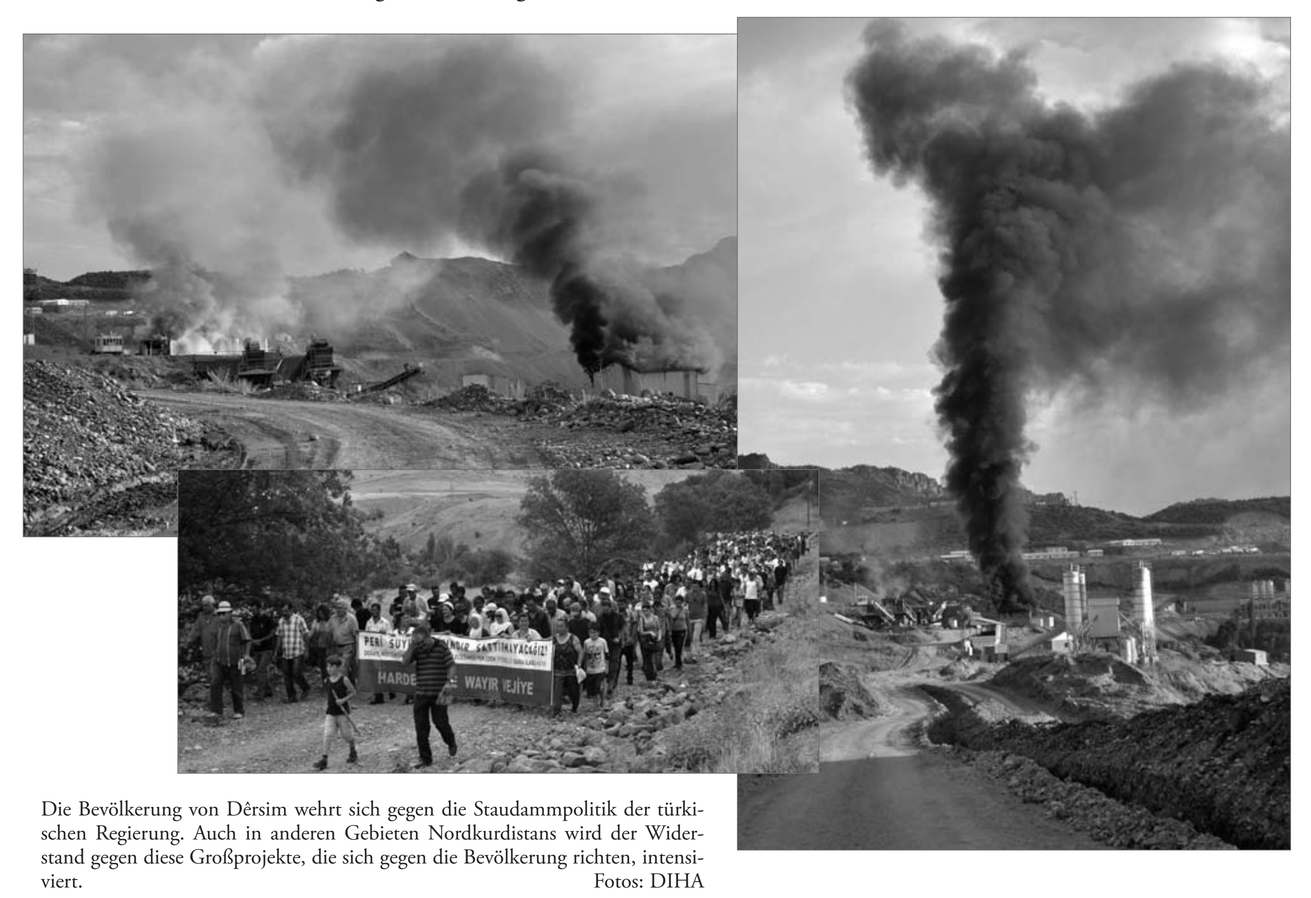
Am Schwarzen Meer war es in der Vergangenheit zu mehreren Aktionen direkten Protests Betroffener gegen Staudämme

(und die kleinen Wasserkraftwerke) gekommen, doch fehlte bis dato ein solcher Protest in Kurdistan. Zwar gibt es seit Jahren Proteste gegen den Ilısu-Staudamm und die Dämme am Munzur-Fluss in Dêrsim, oder es gibt Kritik an den Staudämmen am Zap-Fluss in Colemêrg (Hakkari), doch wurde bisher nicht wie jetzt gegen den Pembelik-Damm mit direkten Aktionen vorgegangen. In den meisten Regionen Türkisch-Kurdistans schwiegen sogar die Betroffenen und begnügten sich mit kleinen Entschädigungszahlungen – möglicherweise auch, weil das Bewusstsein für den Kampf um ihr Land fehlte bzw. kaum vorhanden war.

Zweifellos müssen die Bewegungen gegen zerstörerische Staudämme Berichte verfassen, Untersuchungen durchführen, öffentliche Versammlungen abhalten, Erklärungen abgeben, sich mit PolitikerInnen und MedienvertreterInnen treffen, juristische Verfahren initiieren und Alternativen erarbeiten. Das ist alles notwendig und sinnvoll. Doch wenn der Staat jegliche Kritik kommentarlos abweist, wenn er täuscht, trickst und auch Gerichtsbeschlüsse ignoriert, wenn die Öffentlichkeit die Menschen nicht erhört, während die Mehrheit der Betroffenen jedoch die Projekte in ihren Gebieten ablehnt, dann ist es gerechtfertigt und sogar notwendig, Baustellen zu besetzen und funktionsuntüchtig zu machen. Dabei ist es egal, ob es sich um einen Staudamm, ein Bergbauprojekt, ein Atomkraftwerk oder Ähnliches handelt. Staaten dürfen nicht mehr das Recht haben, über die Köpfe der Menschen hinweg zu entscheiden, was in den einzelnen Regionen alles gebaut wird. Wenn das Projekt doch angeblich so unverzichtbar ist, dann soll die Zentralregierung die Bevölkerung in einem Dialog ohne Zwang überzeugen! Diese Sichtweise sollte, wie so viele Gesellschaften auf der Welt, auch endlich die kurdische in ihrer Mehrheit verinnerlichen.

Gerade sehr viele Menschen in Kurdistan leisten in den vergangenen Jahren zunehmend Widerstand gegen den türkischen Staat, gegen Krieg, Tod, Vertreibung, Zerstörung, Verleugnung und Assimilation. Das ist sehr begrüßenswert. Der Widerstand muss nun aber auch auf zerstörerische Investitionsprojekte ausgeweitet werden. Die Menschen müssen ihr Land in seiner Gesamtheit verteidigen. Was haben sie von einer (politischen) Freiheit, die sich nicht auch auf ihre Ländereien, Gewässer, Berge und Wälder bezieht? Wie kann die Assimilation aufgehalten und die kurdische Kultur entwickelt werden, wenn die Basis dafür zerstört und ausgebeutet wird? Die Tänze, Lieder, Gedichte, Sagen und Erzählungen der kurdischen Kultur mit ihrem starken Naturbezug basieren doch oft auf den Flüssen, Bergen, Wäldern, Pflanzen und Tieren der heimischen Regionen. Daher müssen weitere direkte Widerstandsaktionen für die Verteidigung des Territoriums her! Und zwar überall!

Eine Videoaufnahme von der Protestaktion am 25. Mai ist im Internet zu finden unter:
http://www.youtube.com/watch?v=4Xcx01ZFg7M ♦



Die Bevölkerung von Dêrsim wehrt sich gegen die Staudammpolitik der türkischen Regierung. Auch in anderen Gebieten Nordkurdistans wird der Widerstand gegen diese Großprojekte, die sich gegen die Bevölkerung richten, intensiviert. Fotos: DIHA

„Warum schweigt Europa?“

Andrej Hunko, Mitglied des Deutschen Bundestags (Fraktion DIE LINKE) und der Parlamentarischen Versammlung des Europarats, 27.07.2012

Diese Frage wurde mir auf meinen Reisen in die kurdischen Gebiete der Türkei immer wieder gestellt – zuletzt vor wenigen Wochen im Rahmen eines Gefängnisbesuches in Riha (Urfa), wo kurz zuvor 13 Gefangene bei einem Brand ums Leben gekommen waren. Diese Frage taucht jetzt auch im Kontext der nunmehr über einjährigen Totalisolation von Abdullah Öcalan und der Verhaftung all seiner Anwälte auf.

Hinter dieser Frage steckt die Vorstellung eines homogenen, zivilisierten und menschenrechtsbasierten Europas, das seine Stimme laut und deutlich gegen die zunehmend barbarischeren Zustände insbesondere in den türkischen Gefängnissen erheben müsse.

Die Wirklichkeit ist etwas komplizierter. Europa ist nicht nur die wertebasierte „soft-power“-Supermacht, von der Jeremy Rifkin[1] einst träumte. Dies ist vielleicht die europäische Selbstillusion. Europa ist auch die historische Quelle von Kolonialismus, Imperialismus und zweier Weltkriege. Auch heute ist Europa, genauer gesagt die Europäische Union, mitverantwortlich etwa für das Massensterben an den hochgerüsteten Grenzen der EU oder für die soziale Verelendung vor der die griechische Bevölkerung steht.

Im Kern müssen wir die zwei relevanten europäischen Strukturen auseinanderhalten: Einerseits den 1950 gegründeten Europarat mit all seinen Organen, z. B. dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR, oder englisch ECHR), dem Antifolterkomitee (CPT), dem Ministerkomitee, der Venedig-Kommission oder der Parlamentarischen Versammlung des Europarates (engl. PACE), deren Mitglied ich bin. Grundlage für den Europarat ist die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) mit all ihren Weiterentwicklungen. Die drei Säulen sind Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte. Die wichtigste Errungenschaft ist die Abschaffung der Todesstrafe.

Die zweite bedeutende Struktur ist die Europäische Union (EU), die sich maßgeblich entlang wirtschaftlicher Interessen formiert hat. Ihre wichtigsten Organe sind der Europäische Rat, die Europäische Kommission und das Europaparlament. Zur EU gehören auch die Grundrechteagentur in Wien und der Europäische Gerichtshof (EUGH) in Luxemburg. Sie basieren auf den Grundlagenverträgen, wie sie in Maastricht, Nizza oder zuletzt in Lissabon geschlossen wurden. Diese Verträge sind im Kern wirtschaftlich neoliberal und militaristisch. Gleichwohl haben sie auch einige bedeutende Referenzen zu den Menschenrechten.

Die Hoffnung vieler kurdischer Aktivisten und türkischer Linker, die in der Frage „Warum schweigt Europa?“ mitschwingt, bezieht sich auf beide Strukturen, wurde aber vor allem durch die 2004 begonnenen Beitrittsverhandlungen der Türkei mit der EU genährt. Und tatsächlich hat es in den ersten Jahren einige Fortschritte hinsichtlich der Menschenrechtssituation, auch in Bezug auf die kurdische Frage, gegeben. Diese Fortschritte sind aber längst, besonders seit Beginn der Massenverhaftungen im Zuge der KCK-Prozesse, rückläufig.

Die mangelnde europäische Reaktion auf diese Rückläufigkeit hat neben den institutionellen Problemen zwei Hauptursachen: Zum einen die stark konservativen Regierungen der EU-Mitgliedsländer – aktuell sind 22 der 27 EU-Mitgliedsländer von konservativen, liberal-konservativen oder technokratischen Regierungen geprägt, die meist über gute Beziehungen zur AKP verfügen. Zum zweiten die stark ausgeprägte Ideologie des „repressiven Antiterrorismus“, die seit dem 11. September 2001 auch in Europa zu einer massiven Ausweitung von Antiterrorgesetzen – auch unter sozialdemokratischen Regierungen – und insbesondere zur Einführung der rechtsstaatlich höchst zweifelhaften „EU-Terrorliste“ geführt hat. Der Verweis auf diese „Terrorliste“ reicht meistens, kritische Stimmen zum Schweigen zu bringen, und wird in praktisch jeder Agenturmeldung, die über Auseinandersetzungen zwischen türkischem Militär und PKK berichtet, beigefügt.

Einer kürzlich eingereichten schriftliche Anfrage (Drucksache 17/10270), die ich an die deutsche Bundesregierung zur offenbar rechtsstaatswidrigen Verhaftung der 36 Anwältinnen und Anwälte von Abdullah Öcalan gestellt hatte, weicht die Bundesregierung völlig aus und begrüßt ganz allgemein die Reform der türkischen Justiz. Hinter einer solchen charakteristischen Nicht-Beantwortung stecken in der Regel höchste, zwischenstaatliche Vereinbarungen – vielleicht dem geostrategischen NATO-Partner Türkei im Augenblick relativ freie Hand bei der Unterdrückung der eigenen Opposition zu lassen.

Eine ähnlich charakteristische Nicht-Beantwortung fand etwa am 24. Januar 2012 in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates statt, als der linke türkische Abgeordnete Ertuğrul Kürkçü den britischen Europaminister David Lidington nach der Haltung des Ministerkomitees zu den acht inhaftierten Abgeordneten in der Türkei befragte und dieser ganz allgemein über die Bedeutung der Meinungsfreiheit antwortete. Aus der anschließenden Intervention seines Frak-

tionsvorsitzenden Tiny Kox ging hervor, dass die Nicht-Beantwortung offenbar nicht auf Verständigungsschwierigkeiten beruhte, sondern sehr bewusst erfolgte.[2]

Die zwei Beispiele sollen zeigen, dass das Schweigen zu ganz bestimmten Punkten auf höchsten Ebenen organisiert ist, hier spielen offenbar massive Interessen eine Rolle, die das Bekenntnis zu Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten überlagert. Dies dürfte auch beim Hungerstreik in Straßburg[3] eine Rolle gespielt haben.

Die unter den gegenwärtigen politischen Kräfteverhältnissen in Europa vorherrschende Ideologie des „repressiven Anti-Terrorismus" versperrt auch den Blick auf die Erkenntnisse, die sich aus der Geschichte ähnlich gelagerter Konflikte, wie etwa in Südafrika oder Nordirland, ergeben. Eine menschenrechtliche Lösung etwa des türkisch-kurdischen Konfliktes kann nur erreicht werden, wenn die zugrunde liegenden sozialen und politischen Konflikte angegangen werden. Die Kategorie eines zunehmend beliebig dehnbaren Terrorismusbegriffs und die Hoffnung auf eine militärische oder repressive „Lösung" verbauen diesen Weg. Eine solche Lösung kann nur bei vollständigem Schweigen der Waffen unter Einbeziehung aller relevanten Akteure erfolgreich sein – und dazu gehört zweifellos Abdullah Öcalan. Insofern ist seine Isolation völlig kontraproduktiv.

Auch wenn eine solche Perspektive in naher Zukunft gerade vor dem Hintergrund der Militarisierung der Konflikte in Syrien illusorisch erscheint, bleibt sie m. E. die einzig gangbare. Dabei bleibt Europa in seinen verschiedenen institutionellen Formen ein wichtiger Adressat – aber auch Europa muss sich sehr verändern, um hier Glaubwürdigkeit zu erlangen. Mag sein, dass der neu gegründete „Ausschuss des Europarates zur Konfliktprävention durch Dialog und Versöhnung" hierbei eine kleine Rolle spielen kann. ♦

Fußnoten:
1 US-amerikanischer Soziologe, Ökonom und Publizist. Er ist Berater diverser Regierungen und auch der EU-Kommission.
2 http://assembly.coe.int/Main.asp?link=/Documents/Records/2012/E/1201241000E.htm
3 Am 1. März 2012 begannen 15 AktivistInnen in Straßburg einen Hungerstreik mit der Forderung „Freiheit für Öcalan, einen Status für Kurdistan".



181 kurdische Minderjährige unter AKP-Regierung durch Sicherheitskräfte ermordet

Die Zweigstelle des Menschenrechtsvereins IHD von Amed hat einen Bericht über die Ermordungen von kurdischen Kindern und Jugendlichen durch türkische Sicherheitskräfte veröffentlicht. Demnach wurden seit 1988 insgesamt 561 kurdische Minderjährige durch Militär- oder Polizeikräfte ermordet. Besonders hoch waren die Zahlen Anfang der 90er Jahre, als der Gendarmariegeheimdienst JITEM in den kurdischen Gebieten der Türkei tausende Morde sogenannter unbekannter Täter an kurdischen Zivilisten verübte. So wurden allein zwischen 1992 und 1994 295 kurdische Minderjährige ermordet. Aber auch seit dem Amtsantritt der AKP-Regierung wurden insgesamt 181 kurdische Kinder und Jugendliche durch türkische Sicherheitskräfte ermordet. Fast genauso erschütternd wie diese Tatsache ist, dass keiner der Mörder dieser Minderjährigen je durch ein Gericht hierfür bestraft worden ist.

In diesem Jahr wurden schon acht Minderjährige getötet

In diesem Jahr wurden insgesamt acht kurdische Kinder und Jugendliche ermordet, von denen allein im August bereits drei ihr Leben lassen mussten. So verstarb am 4. August der elfjährige Mazlum Akay in Adana. Er wurde bei einer Demonstration durch einen Gasgranatenangriff der Polizei so schwer verletzt, dass die Ärzte im Krankenhaus sein Leben nicht mehr retten konnten. Am 6. August dieses Jahres starb die achtjährige Seray Yavuz durch eine Explosion in Mûş, als sie mit einem Blindgänger des türkischen Militärs spielte. Und am 7. August wurde der dreizehnjährige Vesim Zengin durch eine Munitionssalve aus einem Militärstützpunkt nahe der iranischen Grenze bei Wan ermordet.

Laut des Berichts des IHD wurde bei keinem dieser Morde, genau wie bei allen anderen Mordfällen von kurdischen Minderjährigen, je ein Verantwortlicher vor einem Gericht zur Rechenschaft gezogen. Selbst in Fällen, in welchen der Menschenrechtsverein selbst die Taten vor Gericht gebracht hat, wurden die Anklagen entweder sofort wieder fallengelassen oder an Militärgerichte weitergeleitet, wo sie ebenfalls fallengelassen wurden. Nach Meinung des IHD legt die konsequente juristische Nichtverfolgung der Verantwortlichen dieser Morde den Schluss nahe, dass diese unter dem Schutz der jeweiligen türkischen Regierung stehen. YÖP, 11.08.2012

Frauendelegation in Nordkurdistan

Diese Revolution ist nicht aufzuhalten – Trotz allem und jetzt erst recht

Melanie Küpper und Simone Froschauer

Anfang Juli reisten wir mit einer Frauendelegation von elf Frauen aus Deutschland und England nach Nordkurdistan. Die Reise wurde durch das Kurdische Frauenbüro für Frieden – Cenî e.V. initiiert.

Unser Ziel war es, den Austausch zwischen Frauenprojekten, Frauen- und Menschenrechtsinitiativen in Kurdistan und Europa zu stärken, voneinander zu lernen, sowie angesichts der steigenden Repressionen des türkischen Staates gegen die Frauen- und Gewerkschaftsbewegung praktische internationale Solidarität zu zeigen.

Wir reisten ab dem 6. Juli 2012 nach Amed (Diyarbakır), dann nach Wan (Van) und von dort zurück nach Amed, wo der Kongress für eine Demokratische Gesellschaft DTK und die Partei für Frieden und Demokratie BDP am 14. Juli zu einer Kundgebung mit der Forderung „Freiheit für Abdullah Öcalan – Frieden in Kurdistan!" aufgerufen hatte. Danach reisten drei der Teilnehmerinnen in die südliche Grenzregion Nordkurdistans nach Roboskî (Ortasu) und Şirnex (Şırnak).

Wir haben viele Frauenzentren, Frauenberatungsstellen, GewerkschaftsvertreterInnen, die Frauenakademie, die weltweit einzige Frauennachrichtenagentur JINHA, die Friedensmütter, den Frauenrat sowie BürgermeisterInnen und PolitikerInnen der BDP besucht. Dort haben wir viele sehr starke und beeindruckende Frauen kennengelernt. Es war zutiefst beeindruckend, in wie vielen Bereichen Frauen Beratungsstellen, Bildungszentren und Frauenkooperativen aufgebaut haben. Allein in Amed gibt es 16 verschiedene Projekte von Frauen für Frauen.

Während der gesamten Reise spielte die starke Repression eine große Rolle. Die unzähligen Verhaftungen haben die Bewegung sehr geschwächt und ausgedünnt. Trotzdem rücken immer neue Frauen nach, professionalisieren sich und werden festgenommen. Es folgen immer Neue, die teilweise noch sehr jung sind und uns mit ihrer Ernsthaftigkeit und Begeisterung stark beeindruckten. Es gibt zurzeit ca. 9 000 politische Gefangene, davon sind etwa 700 bis 800 Frauen. Viele Beratungsstellen können nur noch teilweise öffnen. Viele Schulungen und Seminare finden vorübergehend nicht statt. Die, die noch „draußen" sind, müssen die eigentliche Arbeit fortsetzen. Sie müssen sich gleichzeitig um die unter miesesten Bedingungen inhaftierten Freundinnen kümmern und leben jede Minute des Tages mit der Gewissheit, dass es sie selbst als nächste treffen kann, wie z. B. Xezal (Name geändert): Ihre Mutter starb vor einem Jahr auf der Straße durch einen Kopfschuss mit einer Gaspatrone. Ihr Vater ist geflüchtet und lebt als Asylbewerber in Europa. Ihr Bruder ist im Knast. Und Xezal setzt ihre Arbeit fort.

Wir beginnen unsere Reise in Amed (Diyarbakır), die größte Stadt der Region. Durch den Krieg in den 1990er Jahren erlebte die Stadt einen starken Bevölkerungszuwachs von ca. 350 000 auf knapp unter zwei Millionen EinwohnerInnen. Viele Familien, die aus ihren Dörfern vertrieben worden waren, strandeten hier. Viele haben Familienangehörige verloren, sind traumatisiert und entwurzelt, außerdem arm, ohne Perspektive und ohne Arbeit. Somit sehen sich auch die Frauenorganisationen stark mit den Problemen von Armut, Gewalt und Kriegstraumata konfrontiert.

„Feminizid bedeutet nicht nur häusliche Gewalt. Es ist Gewalt durch das patriarchale System. Feminizid funktioniert auf vielen Ebenen: politisch, wirtschaftlich, sozial, wie das Verbot der Muttersprache unter anderem", sagt uns eine Mitarbeiterin der Frauenberatungsstelle SELIS.

Die Frauen, die die Beratungsstellen aufsuchen, berichten zumeist von Gewalt, Vergewaltigung, Zwangsheirat oder sogenannten „Ehrenmorden". Die Frauen suchen mittlerweile zum großen Teil die autonomen Hilfsangebote auf, da ihnen bei den staatlichen Institutionen keine Hilfe zuteilwird. Entweder werden sie wieder weggeschickt oder erleben noch zusätzliche Gewalt und Schmach durch die staatlichen Behörden. Ein Beispiel hierfür sind die Frauenhäuser. In staatliche Häuser können Frauen ihre Kinder nicht mitnehmen und müssen sie oft bei den gewalttätigen Männern lassen. Bei den autonomen Häusern können die Kinder ihre Mutter begleiten und die Frauen werden dabei unterstützt, ein eigenständiges Leben neu aufzubauen. Es gibt zwar Gesetze gegen Gewalt an Frauen in der Ehe, jedoch finden Gesetze gegen Unterdrückung und Gewalt kaum Anwendung. Die Frauenorganisationen arbeiten nicht mit staatlichen Institutionen zusammen und hoffen nicht auf positive Gesetzesveränderungen, denn die Gesetze sind nicht das Problem, sondern deren Umsetzung.

Es gibt sowohl Frauenzentren, die von der BDP-regierten Stadtverwaltung unterstützt werden, als auch viele autonome

kleinere Projekte. Die Stadtverwaltung wird hierbei nicht als staatliche (türkische) Institution verstanden. In der Stadtverwaltung selbst gibt es eine Geschlechterquote von 40 %, außerdem einige Besonderheiten im Tarifvertrag. So ist z. B. eine Spende an die „Lebensmittelbank“ SARMAŞIK verankert. Männern, die Gewalt an ihren Frauen ausüben, kann das Gehalt einbehalten werden, oder es wird zur Hälfte direkt an die Frau ausgezahlt.

Für uns war es sehr interessant zu sehen, mit wie viel Energie und Kraft und politischer Überzeugung alle Projekte aufgebaut wurden und weitere Projekte aufgebaut werden. Alle Einrichtungen sind miteinander vernetzt, bauen aufeinander auf und ergänzen sich in ihrer Arbeit.

Seit den 1990er Jahren wurde die Frauenfrage in den Vordergrund der kurdischen Bewegung gerückt und als wesentlicher Bestandteil der Befreiung der Gesellschaft angesehen. Auf allen gesellschaftlichen Ebenen wurden Frauen aktiver und kämpfen bis heute gegen patriarchale Strukturen und staatliche Repression. Sie wollen ein neues System aufbauen, anstatt das bestehende zu verbessern.

In Wan (Van) sieht die Situation der Frauen natürlich primär ähnlich aus. Allerdings sehen wir überall die Nachwirkungen des Erdbebens vom Herbst 2011. Die Stadt lag in Trümmern, es gab Hunderte Tote und Tausende obdachlose Familien. Noch heute sind große Teile der Stadt zerstört oder Gebäude nicht bewohnbar, da sie einsturzgefährdet sind. Es wurden erst vor kurzem Containersiedlungen vom türkischen Staat errichtet, jedoch sind sie eng und haben keine richtige Infrastruktur, dafür Stacheldraht und Videoüberwachung. Die Frauen von der Frauenberatungsstelle VAKASUM berichten uns später, dass es in diesen Lagern häufig zu sexuellen Übergriffen von Soldaten oder Polizei an den Frauen komme.

Wir besuchten in Wan zuerst die Friedensmütter. Alle Frauen, die bei den Friedensmüttern aktiv sind, haben selbst Kinder, die im Zuge des Konfliktes gestorben sind oder im Gefängnis sitzen. Es sind alles ältere Frauen in der traditionellen kurdischen Kleidung und mit den weißen bestickten Kopftüchern. Sie sind für ihren Mut und ihre Stärke, die über das persönliche Schicksal hinausgeht, in der ganzen Region bekannt und geschätzt. Der Empfang ist sehr herzlich. Wir sprechen über ihre aktuelle Kampagne. Sie gehen in die Dörfer und versuchen die „Dorfschützer“ (Paramilitär) zu bewegen, ihre Waffen niederzulegen. Dabei wurden sie des Öfteren vom Militär aufgehalten und von den Soldaten einzuschüchtern versucht. Sie machen trotz allem weiter. Wir haben sie später auf der Kundgebung am 14. Juli in Amed wieder getroffen.

Anschließend führen uns Frauen von VAKASUM zu einem „Waschhaus“, einem Alphabetisierungskurs in einer Containersiedlung und einer Teppichknüpferei. Das Waschhaus ist in einem Zelt, in dem einige Waschmaschinen stehen. Dorthin können Familien zum Waschen kommen. Die Zeit wird aber auch genutzt zur Sozialberatung, z. B. zum Thema Gesundheit oder auch häuslicher Gewalt. So haben sich die Waschhäuser unter anderem auch im Viertel zur Anlaufstelle für Frauen in Notsituationen entwickelt. Die Arbeit ist vor allem sehr praxis- und lebensweltorientiert.

Dies sind alles Projekte von VAKASUM, der ansässigen Frauenorganisation. Sie bieten Sozial- und Rechtsberatung sowie psychologische Begleitung an. Außerdem engagieren sie sich politisch für die Verbesserung der Lebensbedingungen und die Rechte der Frauen. Weitere Arbeitsprojekte für Frauen sind in Planung. Es soll beispielsweise nun ein altes Weinanbaugebiet wieder erschlossen werden. Ziel ist es, dass Frauen sich unabhängig machen und sich selbstständig versorgen können.

Wir fahren zurück nach Amed. Dort laufen bereits die Vorbereitungen für die Großdemonstration am 14. Juli mit der Forderung: „Freiheit für Abdullah Öcalan – Frieden in Kurdistan!“ Wir nehmen an der Sitzung des Frauenrates teil. Die Demo werden wir als internationale Menschenrechtsbeobachterinnen begleiten, und mehr als einmal wird uns dieser Status vor gravierenderen Übergriffen und Verletzungen bewahren. Wir sind aufgeregt, so wie alle in der Stadt, und bekommen lachend ganz viele Geschichten und Tipps erzählt, die uns beruhigen sollen. Aber beim Anblick von Narben und im Gespräch mit Frauen mit heiseren Stimmen vom Gas vorheriger Demos müssen wir schon einigen Mut für den nächsten Tag zusammenbringen. „Nehmt Zitronen und Zuckerstücke mit, aber lasst Euch nicht damit erwischen. Für eine halbe Zitrone wandert Ihr sechs Monate in den Knast und für eine ganze ein ganzes Jahr.“ Wir haben den Mut und lassen uns nicht erwischen.

Der nächste Tag beginnt in der BDP-Zentrale. Dort treffen sich die BürgermeisterInnen, Abgeordnete und viele weitere Personen. Schon nach den ersten Metern aus dem Gebäude werden wir von der Polizei gestoppt. Es gibt kaum ein durchkommen. Wir werden in das Zentrum gefahren und landen im Ofis-Viertel, welches in unmittelbarer Nähe des verbotenen Versammlungsortes liegt. Auf den Straßen herrscht Chaos. Überall sind Polizeiketten, Panzerfahrzeuge, Wasserwerfer. Wir sind als Kleingruppe der Frauendelegation mit den Leuten auf der Straße unterwegs. Es fliegen permanent CS-Gasgranaten in die Straßen. Teilweise schießen Polizisten sie auf uns, zum größten Teil aber kommen sie aus Hubschraubern, die die Gasgranaten einfach zwischen den Wohnhäusern abwerfen. Unser Mittel gegen die Reizungen des Gases in den Augen, auf der Haut und in den Atemwegen: Zitronen und Zucker. Wenn die Zitronen ausgehen, werden wir von den umliegenden Balkonen mit Nachschub versorgt. Wenn die Wasserwerfer mit ihrem roten Gas-Wasser-Gemisch kommen, werden uns auf der Flucht die Türen der Häuser geöffnet. Wir verlieren die Angst, wegen der Solidarität unter den Menschen, und weil in dieser Situation irgendwie alle gleich sind. Viele werden an diesem Tag verletzt und das Demonstrationsverbot wird gewalttätig durchgesetzt. Gegen Abend wird der umkämpfte Sümer-Park zugänglich und füllt sich langsam mit PolitikerInnen, Friedensmüttern, KünstlerInnen, PressevertreterInnen und vielen anderen Menschen. Später wird sich

spontan entschlossen, in dem Park zu übernachten und am nächsten Morgen eine weitere Pressekonferenz durchzuführen. Bis zum nächsten Tag gibt es Auseinandersetzungen mit der Polizei, die sehr aggressiv vorgeht.

Mit der Demonstration geht der erste Teil unserer Reise zu Ende. Die meisten Frauen von uns verabschieden sich und wir fahren mit drei Teilnehmerinnen weiter nach Roboskî (Ortasu) und Şirnex (Şırnak), nahe der irakischen Grenze.



An den Gräbern der im Dezember 2011 von der türkischen Luftwaffe ermordeten 34 jungen Männern und Jugendlichen in Roboskî. Die Angehörigen der Ermordeten kämpfen dafür, dass die Verantwortlichen für dieses Massaker zur Rechenschaft gezogen werden. Foto: DIHA

Wir sind in einem Kriegsgebiet. Zwei Tage zuvor haben wir diese Berge noch in den Nachrichten unter Granatenbeschuss gesehen. Die ganze Zeit hören wir immer wieder Helikopter über uns kreisen. Das Militär ist ständig und überall präsent. Wir bemerken die allgegenwärtige Gewalt nicht nur an der Präsenz des Militärs. Wir sehen eine wunderschöne Landschaft, aber alles wirkt schwerer, trauriger und härter. In Amed haben wir die Leichtigkeit der Menschen trotz aller Umstände bewundert, hier fehlt uns dies völlig.

In Şirnex besuchen wir die Frauenberatungsstelle Zilan Kadin. Es ist die einzige Anlaufstelle für Frauen vor Ort, da es so viele Verhaftungen im Rahmen der KCK-Verfahren gab. Zurzeit arbeitet eine Studentin alleine in der Beratungsstelle und hat unsere ganze Bewunderung. Außerhalb der Metropolen wie Amed und Wan ist die Unterdrückung der Frauen innerhalb der Ehe und Familie, durch häusliche Gewalt, Freiheitsberaubung und Ehrenmorde noch viel ausgeprägter. Uns wird berichtet, dass es vor drei Jahren sehr viele Vergewaltigungen von Soldaten und Polizisten an Frauen gab. Viele Frauen konnten nicht bei den Familien bleiben und wurden von diesen verstoßen oder ermordet, da sie keine Jungfrauen mehr waren. In den letzten Jahren sei die Zahl der Vergewaltigungen zurückgegangen.

Uns fällt auf, dass auch innerhalb der BDP und der Stadtverwaltung viel weniger Frauen präsent sind als z. B. in Amed. Es gebe viele patriarchale Patrioten. Für sie sei es kein Widerspruch, ihre Frauen zu unterdrücken und gleichzeitig bei der BDP zu sein. Quasi alles für die Partei, aber ohne die Frauen. Die Clanstrukturen, in denen Frauen unterdrückt werden, sind hier noch sehr stark.

Auch hier sind die Repressionen rund um die vergangene Demonstration spürbar. Seit dem 14. Juli seien ständig Panzer und Wasserwerfer in dem Viertel, da dort viele widerständige Menschen leben. Die Menschen können nachts nicht schlafen und werden vom Brennen der Haut und der Atemwege aufgrund des Gases wach.

Nach dem Gespräch in der Frauenberatungsstelle machen wir uns auf den Weg nach Roboskî.

Ende Dezember wurden dort 34 Kinder, Jugendliche und junge Männer durch das türkische Militär getötet. Sie waren Zivilisten und nicht bewaffnet. In Roboskî leben die meisten Familien vom Schmuggel an der türkisch-irakischen Grenze, da es sonst kaum Arbeitsmöglichkeiten gibt. So waren auch die 34 Opfer bei dieser Tätigkeit ums Leben gekommen. Wir treffen viele Eltern und Geschwister der getöteten Jungen, die uns bitten, ihre Geschichte in Europa zu erzählen, da es ihre einzige Hoffnung auf Gerechtigkeit ist. Bisher gab es noch keinen Prozess gegen die Täter und auch keine Entschädigung.

Die Region ist völlig vermint, deshalb kann das Weideland nicht genutzt werden. Es gibt im Dorf immer wieder Opfer aufgrund der Minen, da die türkische Regierung diese noch nicht geräumt hat.

Es waren zwei Wochen mit unglaublich vielen Eindrücken und Erlebnissen. Die uns noch lange beschäftigen werden. Es war schön und traurig, spannend und aufregend, anstrengend und beeindruckend, erschreckend und motivierend. Es war eine Auseinandersetzung mit Frauen: uns selbst, unserer Gruppe und der Bewegung, aus der wir stammen, in Bezug auf die Frauenbewegung in Kurdistan.

Die kurdische Frauenbewegung weiß, dass sich die Lösung der Frauenfrage nicht aufschieben lässt. Sie muss hier und jetzt gelöst werden, unter großen Anstrengungen, in mühevoller Kleinarbeit und mit einer starken Überzeugung. Wahrscheinlich ist es der Organisierungs- und Bewusstseinsgrad der Frauen in der kurdischen Befreiungsbewegung, der uns Beobachterinnen aus dem Ausland in Kurdistan die Gewissheit gibt: Diese Revolution ist nicht aufzuhalten. Trotz allem und jetzt erst recht. ♦

Die Frauen in der PKK und die kurdische Freiheitsbewegung

Befreiung aus mehrfacher Unterdrückung

Kariane Westrheim, PhD in Psychologie, Übersetzung aus: PolitikART 12.08.2012

Würden wir uns einmal zu Ahnenforschung bei kurdischen Frauen entscheiden, dann würden wir uns mit ziemlicher Sicherheit in Sphären begeben, die von Krieg und politischer Konfrontation bestimmt werden. Diese Frauen waren und sind stets auf der Suche nach einer gerechten Gesellschaft und müssen dabei gleichzeitig stets Widerstand leisten gegen die Unterdrückungspolitik des Staates.

Zunächst einmal müssen alle Frauen, insbesondere politisierte Frauen in einem patriarchalen Umfeld, sich bewusst machen, in was für einem historischen und politischen Raum-Zeit-Gefüge sie sich bewegen. Für ein Individuum ist es nicht einfach, ein solches Bewusstsein zu entwickeln. Ein radikaler Wandel kann nur dadurch zustande kommen, dass der Widerstand der Einzelnen in eine kollektive soziale und politische Bewegung einfließt. Im 21. Jahrhundert ist die kurdische Bewegung ein gutes Beispiel für eine solche starke kollektive Bewegung.

In diesem Artikel möchte ich den Wandlungsprozess in Nordkurdistan, der Ende der 1970er Jahre mit dem Auftreten der ArbeiterInnenpartei Kurdistans (PKK) in Gang gesetzt worden ist, beschreiben. Dieser Zeitraum stellt auch für Tausende von Frauen einen Wendepunkt dar. Der Widerstand der ArbeiterInnenpartei Kurdistans richtete sich seit ihrer Gründung sowohl gegen den türkischen Staat als auch gegen die feudalen Gesellschaftsstrukturen und ihre VertreterInnen in Kurdistan.

Vor allem mit den 90er Jahren stieg die Zahl der Frauen sowohl innerhalb der Guerilla als auch im politischen Bereich deutlich an (Alinia, 2004, S. 65). Die PKK ist nicht nur diejenige Guerillabewegung mit dem größten Frauenanteil in ihren Reihen weltweit, sondern sie zeichnet sich auch dadurch aus, dass sie sowohl innerhalb der Guerilla als auch im zivilen Leben die Rechte und Freiheiten der Frau zu verteidigen weiß. In der Bildungsarbeit der PKK wird auf die Vermittlung der Ziele und Vorstellungen der Frauenorganisationen besonderer Wert gelegt. In Kurdistan steht ein großer Teil der Frauen weiterhin unter der Kontrolle männlicher Familienmitglieder. Gleichzeitig sind sie dem Druck des Staates ausgesetzt. Für die kurdische Frau bedeutet also die Beteiligung an der PKK die Befreiung aus einem Netz doppelter Unterdrückung. Aufgrund der politischen Bildung, die sie in der PKK genießen, machen viele Frauen ideologisch, politisch und sozial eine beachtliche persönliche Entwicklung durch und setzen sich selbst neue Ziele und Maßstäbe (Westrheim, 2009).

Anja Flach (2007), die sich selbst zwischen 1995 und 1997 bei den Guerillakräften der PKK aufhielt, erklärt, dass die Bildung für alle kurdischen Frauen ein wichtiges Mittel der Befreiung bedeutet. Dies gelte umso mehr für die Frauen, die am bewaffneten Kampf teilnehmen. Denn ohne ein Bewusstsein darüber zu erlangen, weshalb mensch kämpft, ist es kaum möglich, den Lebensbedingungen der Guerilla standzuhalten. Und die Bildung stellt für die Frauen den Schlüssel für ein stärkeres politisches Bewusstsein dar (Flach, 2007, S. 86).

Die Organisierung der Frauen für den Guerillakampf gestaltet sich oft sehr kompliziert. Zunächst einmal müssen die Frauen, die aus traditionellen Verhältnissen stammen, oft von zu Hause abhauen, um sich der PKK anzuschließen. Nachdem sie das gemacht haben, geschieht es allerdings oft, dass die Familien dann stolz darauf sind, ihre Tochter als Teil des bewaffneten Kampfes auf den Bergen zu wissen. Diese Tatsache kann wiederum andere junge Frauen dazu ermutigen, denselben Schritt zu gehen. Laut Wolf unterscheidet sich der Hauptgrund für die Frauen, sich der Guerilla anzuschließen, nicht von demjenigen der Männer, denn der betrifft die Unterdrückung der Kurdinnen und Kurden als Volk. Die patriarchalen Familienstrukturen folgen demgegenüber als zweitwichtigster Grund der Frauen für die Beteiligung an der PKK und sind ein ebenfalls nicht zu unterschätzender Faktor (Wolf, 2004, S. 197–198). Flach (2007) gibt an, dass Ende der 70er und Anfang der 80er vor allem Frauen aus den Universitäten oder aus der Oberstufe sich der PKK anschlossen. Sie entschieden sich zu diesem Schritt aufgrund eines wachsenden kurdischen Bewusstseins über die Unterdrückungspolitik der Türkei gegenüber den KurdInnen und aufgrund der Suche nach einem sozialistischen Lebensmodell. Später schlossen sich aber auch viele Frauen der Guerilla an, weil ihre Angehörigen und FreundInnen von türkischen Sicherheitskräften ermordet oder gefoltert worden waren (Flach, 2007, S. 61).

Nachdem sich die PKK in den 90er Jahren besser organisiert hatte, traten auch viele Frauen mit einem größeren politischen Bewusstsein der PKK bei. Sie kamen zum Teil auch aus Europa. Nach der Entführung des PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan im Jahr 1999 beteiligten sich abermals tausende Frauen an der Bewegung. Natürlich wollten diese Frauen die politische Linie der PKK unterstützen, aber ihnen ging es vor allem auch darum, den Kampf um die Frauenrechte gemeinsam mit der PKK und der PAJK (Frauenfreiheitspartei Kurdistans) zu führen. Die Tatsache, dass sich die Frauen in der PAJK separat von ihren männlichen Genossen organisierten, hat der Bewegung größere Möglichkeiten bei der Organisierung der Gesellschaft eröffnet. Die PAJK erklärte sich für die Bildung ihrer Mitglieder verantwortlich und legte

dabei großen Wert auf das Thema der Geschlechterfrage (Flach, 2007, S. 53). Auf die sozialen Aktivitäten der PKK hatten die Frauen erheblichen Einfluss, wodurch die Unterstützung der Bewegung in der Gesellschaft deutlich zunahm.

Ähnliche Organisierungen sind auch in den anderen Teilen Kurdistans zu verzeichnen. So spielen die Frauen im Widerstand der KurdInnen in Syrien aktuell eine zentrale Rolle. Es steht außer Frage, dass die Arbeit der Frauen in der PKK einen wesentlichen Beitrag zum Wachsen der Bewegung geleistet hat. Während sich anfangs nur kleinere Gruppen von Frauen der Bewegung anschlossen, werden heute Frauen zu Bürgermeisterinnen und Abgeordneten gewählt. Das bedeutet aber nicht unbedingt, dass die Arbeit der Frauen leichter geworden ist. So müssen sie weiterhin auch in der Bewegung gegen die Ansichten einiger männlicher Genossen in der Geschlechterfrage ankämpfen.

Mit den 90er Jahren bildete sich unter den KurdInnen ein sowohl politisches als auch historisches kurdisches Bewusstsein. Die Frauen spielten eine bestimmende Rolle dabei, dass die KurdInnen zu jener Zeit auf die Straßen gingen und nicht mehr bereit waren, ihre Assimilierung zu akzeptieren. Mit dieser Phase der Bewusstseinsbildung schritt auch die Organisierung der Bevölkerung und insbesondere der Frauen voran.

Eine Besonderheit der kurdischen Nationalbewegung ist, dass sie für die Anerkennung ihrer kollektiven politischen Rechte und für die Demokratie kämpft. Innerhalb dieses Kampfes haben die kurdischen Frauen in den letzten dreißig Jahren große Fortschritte in ihrer politischen Partizipation gemacht. Die zunehmende Mitwirkung von Frauen in politischen Parteien wie der BDP (Partei für Frieden und Demokratie) oder in politischen, kulturellen und sozialen Vereinen in der Diaspora sind Ausdruck dieses steigenden Selbstbewusstseins. Mojab (2000, S. 93) zufolge wurden die Frauen aus ihren Häusern herausgeholt und in das öffentliche Leben gezerrt. Während dieses Prozesses organisieren sie sich bis in die Basis hinein, gründen ihre eigenen Gruppen und Vereine, veröffentlichen ihre eigenen Zeitschriften und betreiben für Frauen und Männer Aufklärungsarbeit in der Geschlechterfrage. Laut Perry (2005) sind Frauen, sofern sie Teil einer unterdrückten Gesellschaft sind, eher bereit, für ihre Rechte zu kämpfen. Eine Form dieses Kampfes ist die Teilnahme an kollektiven politischen Veranstaltungen und Organisationen. Und durch diese Partizipation verschwimmt die Grenze zwischen privatem und öffentlichem Leben.

Die kurdischen Frauen – vor allem die Frauen in der Guerilla – sind sich bewusst, dass der Kampf für demokratische Rechte, Frauenrechte mit eingeschlossen, kein einfacher Kampf ist. Hierfür muss nämlich ein auf Solidarität und Vertrauen basierender kollektiver Widerstand geleistet werden. Und um dieses Ziel zu erreichen, bedarf es vor allem der Bildungsarbeit bei den Frauen. Die PKK hat sich stets als eine Bewegung begriffen, die großen Wert auf Bildung legt. Dieser Faktor zeichnet auch für die Entwicklung und den Wandel der Bewegung verantwortlich. Auch in der PAJK haben über Jahre hinweg Tausende von Frauen diese Bildung genossen. Und die Frauen waren während der Schulungen nicht bloß passive Bildungsempfängerinnen. Sie haben sowohl sich selbst gebildet als auch dazu beigetragen, dass andere Frauen gebildet werden. Der Ort der Bildungsstätte spielt dabei keine besondere Rolle. Die Bildung kann genauso gut an konventionellen Bildungsstätten erfolgen wie auch in den Bergen, in einem kommunalen Wohnprojekt, in den Räumlichkeiten einer Partei oder auch im Gefängnis. Im Jahr 2000 lernte ich eine ältere Frau kennen, die eine solche Bildungsveranstaltung in einem kommunalen Wohnprojekt besucht hatte. Sie konnte weder lesen noch schreiben. In einer kurzen Diskussion sagte sie mir: „Dies hier ist meine Schule, jede/r KurdIn ist mein/e KlassenkameradIn und Öcalan ist mein Lehrer." Ich habe diese Worte nie vergessen. Bildungsstätten können überall sein und wir können überall lernen. Am besten lehrt dich, wer dich motivieren kann zu lernen und sich um dich kümmert. Für diese alte Frau war ihr politischer Repräsentant der beste Lehrer.

Um die Demokratie und demokratische Rechte zu entwickeln, bedarf es der Bildungsarbeit. Alle, die dies akzeptieren, sollten deshalb sowohl zu Lehrenden als auch zu Lernenden werden. Wer laut Paulo Freire (1990) ein bewusster Mensch sein will, muss hinterfragen, lernen und zu einem aktiven Subjekt werden. Durch das Lernen schaffen wir zugleich auch einen neuen Blickwinkel auf uns, unsere Geschichte, unsere Bildung und unsere Gesellschaft. Meiner Meinung nach ist die kurdische Bewegung im 21. Jahrhundert diejenige Akteurin, die das am besten begriffen hat und zu einer befreienden Bildungsstätte für einen demokratischen Wandel geworden ist.

Historisch betrachtet waren Frauenbewegungen für Frauen, die in den gesellschaftlichen Hintergrund verbannt worden waren, stets auch eine befreiende, würdevolle und demokratische Bildungsstätte. Diese Bewegungen haben allen Frauen – von den Analphabetinnen bis zu den Akademikerinnen – Gelegenheit zu den gleichen Bildungsmöglichkeiten geboten. Der Widerstand der Kurdinnen in Südwestkurdistan (Syrien) ist dafür ein gelungenes Beispiel. Seit Beginn des Aufstands sind die Frauen damit beschäftigt, in Städten und Dörfern Frauenräte aufzubauen, in denen der Wille der Frauen umgesetzt werden soll. Es sind unterschiedlichste Frauenzentren gegründet worden, um den verschiedenen Bedürfnissen der Frauen gerecht zu werden. Mit der Gründung kurdischsprachiger Schulen sind neue Arbeitsfelder für Frauen geschaffen worden. Es sieht also so aus, dass die kurdischen Frauen die Vorreiterinnenrolle für eine hoffnungsvolle Zukunft übernommen haben. ♦

Quellen:

Alinia, M.; Spaces of Diasporas: Kurdish Identities, Experiences of Otherness and Politics of Belonging; Dissertation, Department of Sociology, University of Göteborg; Intellecta Dokusys, Schweden 2004.

Flach, A.; Frauen in der kurdischen Guerilla. Motivation, Identität und Geschlechterverhältnis in der Frauenarmee der PKK.; Papyrossa Verlag, Köln 2007.

Freire, P.; Pedagogy of the Oppressed; Penguin, London 1972.

McDowell, D.; A Modern History of the Kurds (2nd ed.); Taurus & Co. Ltd., New York 2000.

Mojab, S.; Vengeance and Violence: Kurdish Women Recount the War; Canadian Women's Studies 19 (4): 89–94; 2000.

Perry, L. B.; Education for Democracy: Some Basic Definitions, Concepts and Clarifications; in: J. Zajda (Hg.); International Handbook on Globalisation, Education and Policy Research, Part 2, S. 685–692; Springer, Dordrecht, The Netherlands 2005.

Westrheim, K.; Education in a Political Context. A study of knowledge processes and learning sites in the PKK; Dissertation for the degree Philosophiae Doctor (PhD), Faculty of Psychology, University of Bergen, Norway 2009.

Wolf, J.; Aspekte des Geschlechterverhältnisses in der Guerilla der PKK/KADEK unter besonderer Berücksichtigung des Ehrbegriffs; in: S. Hajo, C. Borck, E. Savelsberg & Ş. Dogan (Hrsg.); Gender in Kurdistan und der Diaspora. Beiträge zur Kurdologie, Bd. 6, 1. Auflage; UNRAST Verlag, Münster 2004, S. 183–217.

Dokumentation der Pressemitteilung zum Prozessauftakt im § 129 b-Verfahren

Freiheit für Ali Ihsan Kitay

Bündnis Freiheit für Ali Ihsan

Am Montag, den 13. August, hat vor dem Oberlandesgericht (OLG) Hamburg das Verfahren gegen den kurdischen Politiker und Aktivisten Ali Ihsan Kitay begonnen. Ca. 90 Menschen beobachteten solidarisch den Prozessauftakt.

Zu Anfang des Prozesses verlas die Vertreterin der Bundesanwaltschaft (BAW) eine Kurzfassung der Anklageschrift. Der Vorwurf gegen Ali Ihsan Kitay lautet, dass er sich von Mai 2007 bis Mitte September 2008 in Hamburg, Kiel, Bremen, Oldenburg und an weiteren Orten in der Bundesrepublik Deutschland sowie im Nord-Irak als Mitglied an einer „terroristischen Vereinigung im Ausland" beteiligt habe. In diesem Rahmen soll er als Kader der PKK und der CDK ab Mai 2007 das Gebiet Hamburg und ab Juni 2007 zusätzlich die Region Hamburg geleitet haben. Straftaten in Deutschland werden ihm nicht vorgeworfen.

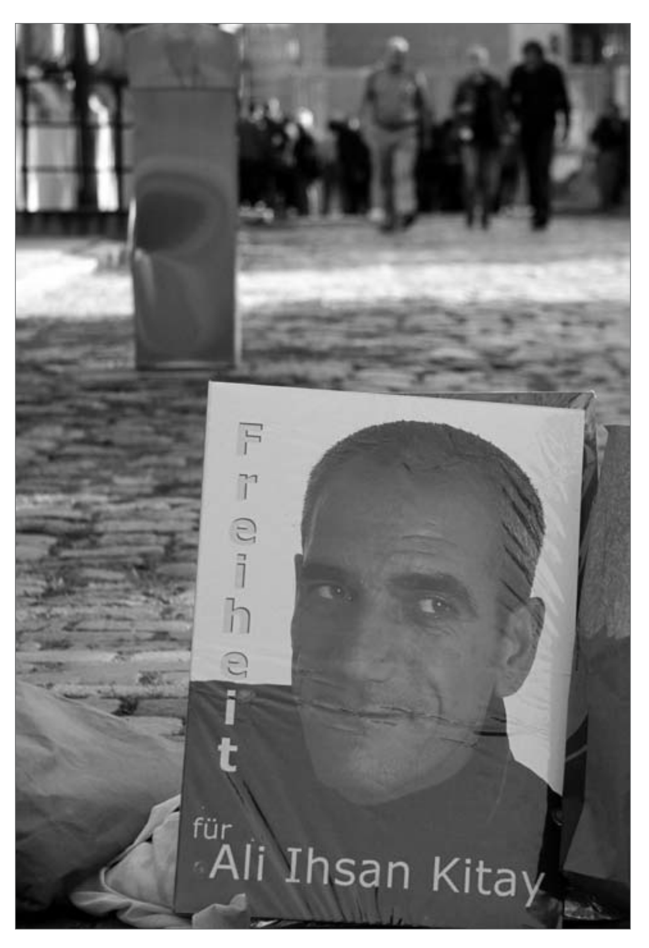
Die Verteidigung thematisierte die Problematik des § 129 b und stellte zwei Anträge.

1. Ermächtigung des Justizministeriums ohne Grundlage

Das Verfahren müsse eingestellt und der Mandant frei gelassen werden, da es an der Verfahrensvoraussetzung, einer rechtmäßig zustande gekommenen Ermächtigung zur Strafverfolgung durch das Bundesministerium für Justiz (BMJ) fehle. Die dem Gericht vorliegende Ermächtigung sei unter einem derart „krassen Ermessensausfall" (juristischer Fachbegriff) zustande gekommen, dass diese nur als nichtig betrachtet werden könne. Der „krasse Ermessensausfall" liegt aus Sicht der Verteidigung u. a. darin, dass die Ermächtigung zur Verfolgung gemäß § 129 b StGB gegeben wurde, ohne menschenrechtliche und völkerrechtliche Aspekte in Erwägung zu ziehen.

Das BMJ habe lediglich die völlig einseitigen Ausführungen der BAW zur Grundlage genommen, in denen weder auf die Geschichte des Konflikts zwischen dem türkischen Staat und der kurdischen Bewegung, noch auf die gesellschaftliche Realität in der Türkei sowie die kontinuierlichen staatlichen Gewaltakte gegen die kurdische Bevölkerung Bezug genommen werde. Jahrzehntelanges Leid und gravierende Menschenrechtsverletzungen bis hin zu extralegalen Hinrichtungen und Folter wären in der Entscheidungsfindung völlig ausgeblendet worden.

In der Erklärung der Verteidigung wurde deutlich, dass in der Türkei in den letzten Jahrzehnten, bis heute kontinuierlich schwerste Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen stattfinden. Belegt wurde dies anhand von Zitaten aus Urteilen von europäischen und deutschen Gerichten, Berichten des Auswärtigen Amtes, Berichten von Amnesty International, Expertengutachten und Zeitungsartikeln. Besonders kritisierte die Verteidigung die Inhaftierung mehrerer tausend KurdInnen (darunter u. a. über 200 gewählte PolitikerInnen und 50 AnwältInnen) seit 2009 und systematische Angriffe auf die Zivilbevölkerung, wie z. B. im Dezember 2011 in Roboskî, nahe der türkisch-irakischen Grenze, wo 34 ZivilistInnen per Bombardement durch die türkisches Luftwaffe getötet wurden. Rechtsanwalt Carsten Gericke legte die historische Entwicklung und Kontinuität der staatlichen Gewalt seit den 1990er Jahren an einer Vielzahl von Beispielen anschaulich dar.



Am 13.8. begann der § 129 b-Prozess gegen Ali Ihsan Kitay in Hamburg mit einer Kundgebung. Foto: Annett Bender

Zudem geht die Verteidigung davon aus, dass der Beamte des BMJ der die Ermächtigung unterzeichnete, Dr. Boehm, nicht dafür zuständig gewesen ist, da ihm die Kompetenz für

eine derartige, weitreichende politische Grundsatzentscheidung gefehlt habe. Diese Entscheidung hätte vielmehr auf höchster Ebene getroffen werden müssen. Zusätzlich werde sehenden Auges und politisch gewollt durch den § 129 b StGB zur Politisierung und Instrumentalisierung der Strafjustiz geführt. Dies sei ein Novum deutscher Rechtsgeschichte. Es würde damit der Regierung ein breiter Spielraum gegeben, die strafrechtliche Verfolgung nach strategischen und außenpolitischen Interessen zu steuern. In der strafrechtlichen Literatur werde dies auch durchaus kritisch gesehen.

Das Gericht vertagte die Entscheidung über diesen Antrag – auf einen „angemessenen Zeitpunkt" – und entschied das Verfahren bis dahin fortzusetzen.

2. Bundesanwaltschaft hält Akten zurück – unfaires Verfahren

In einem zweiten Antrag kritisierte die Verteidigung mangelnde Akteneinsicht. Dies bedeute massive Verstöße gegen die Grundsätze der „Waffengleichheit" und ein faires Verfahren. Die BAW habe wesentliche ihr selbst für eine angemessene Befragung von Zeugen aus den Reihen des Bundeskriminalamts (BKA) vorliegende Akten gegenüber Gericht und Verteidigung zurück-gehalten. Daher solle der Prozess bis Nachreichung der Akten ausgesetzt werden. An mehreren Beispielen verdeutlichte die Verteidigung, dass wesentliche Teile des Anklagekonstrukts auf Erkenntnissen aus Rechtshilfeersuchen an Belgien und die Türkei sowie Akten über die Struktur der PKK – und der ihr seitens der Verfolgungsbehörden zugeordneten Organisationen – beruhen, die seitens der BAW zurückgehalten werden. „Die BAW hält mit Absicht Erkenntnisse und Akten zurück, um diese wenn es ihr passt, aus dem Hut zu zaubern", so Rechtsanwalt Gericke in der Antragsbegründung.

Das Gericht lehnte diesen Antrag ohne nachvollziehbare Begründung ab, da die Akteneinsicht auch im Verlauf des Verfahrens rechtzeitig gegeben werden könne.

Am Nachmittag der Verhandlung gab Ali Ihsan Kitay eine politische Erklärung ab.

Der Politiker und Aktivist schilderte eindrücklich die Realität in den kurdischen Provinzen der Türkei. „Jeder Mensch definiert sich aus dem Spannungsfeld zwischen seiner individuellen Entwicklung und den gesellschaftlichen Verhältnissen. Jeder Mensch ist ein soziales Wesen, das durch seine Bezüge zu anderen Menschen lebt und hat das Recht sich in solchen Beziehungen zu finden. Dieser Findungsprozess spielt sich insbesondere in der Jugend der Menschen ab. Je weiter entfernt eine Gesellschaft von sozialen Idealen ist, umso schwieriger ist dieser Prozess", so Kitay.

Zudem skizzierte er die Möglichkeiten der Persönlichkeitsentwicklung und die Schwierigkeit der Betroffenen dabei diese in Ländern wie der Türkei, bei ständiger Gewaltandrohung- und Ausübung durch staatliche Kräfte und der Unterdrückung ganzer Bevölkerungsgruppen, umzusetzen. Kitay beschrieb die Entwicklung der Politik des türkischen Staates gegenüber der kurdischen Bevölkerungsgruppe von Beginn des 20 Jahrhunderts an. Nach mehreren brutal niedergeschlagenen Aufständen in den 1930-er Jahren sei der Konflikt seit Mitte 1980 wieder zu einer militärischen Auseinandersetzung geworden. Die Allgegenwärtigkeit des Leids der Bevölkerung durch Folter, Vergewaltigungen und 17 000 Morde unbekannter Täter von denen auch Kinder und alte Menschen betroffen waren und sind sowie der Versuch der Vernichtung der kurdischen Kultur und der „Schmutzige Krieg" und die psychologische Kriegsführung seien nicht hinnehmbar gewesen.

Kitay selbst war seit seiner Kindheit in seiner Heimatstadt Cewlig (Bingöl) mit Gewalt und Folter durch Soldaten und staatliche Kräfte konfrontiert. Viele seiner Familienmitglieder wurden gefoltert und im Verlauf der lang anhaltenden Unterdrückungs- und Assimilationspolitik gegen die kurdische Bevölkerung ermordet. Er selbst habe sich in seiner Jugend dazu positionieren müssen – und sich nach langem innerlichen Dialog dafür entschieden Widerstand zu leisten. In einer Männerdominierten – und Frauen auf Objekte reduzierenden – Gesellschaft, habe er sich der Gleichberechtigung der Frau besonders verpflichtet gefühlt und dem entsprechend eine besonders innige Beziehung zu seiner Mutter aufgebaut. „Schon immer habe ich mich gegen Diskriminierung und Unrecht eingesetzt", so Ali Ihsan Kitay. Den Menschen bleibe aufgrund der beschriebenen Gewalt bis hin zu Kriegsverbrechen lediglich die Möglichkeit sich Unrecht und staatlicher Gewalt unterzuordnen und innerlich zu zerbrechen oder Widerstand zu leisten. Der Entschluss, sich damals der PKK anzuschließen, fiel ihm insbesondere in Bezug auf seine enge Bindung zur Mutter besonders schwer.

Mehrfach wurde der Aktivist in der Folgezeit verhaftet. Insgesamt verbrachte er 20 Jahre in türkischen Gefängnissen und wurde vielfach schwer gefoltert. Eindringlich schilderte Ali Ihsan Kitay die gegen ihn angewandte Folter und ihre Auswirkungen.

Der Aktivist der kurdischen Bewegung saß auch in der Bundesrepublik ohne rechtliche Grundlage von Oktober 2011 bis Juni 2012 in Isolationshaft – und erst seitdem in „verschärftem" Normalvollzug. Die Gespräche mit BesucherInnen finden noch immer hinter einer Trennscheibe im Beisein von Beamten des Landeskriminalamtes (LKA) statt und werden filmisch aufgezeichnet. Die Post einschließlich der Verteidigerpost wird überwacht.

Vor dem Prozessbeginn fand ab 8.00 Uhr vor dem Gerichtsgebäude eine Solidaritätskundgebung statt, an der ca. 100 Menschen teilnahmen und die Freilassung Kitays und weiterer aufgrund des § 129 b inhaftierten KurdInnen forderten. „In dem jetzigen Verfahren wird es u. a. darum gehen, ob der Kampf gegen lang anhaltendes Unrecht und um Selbstbestimmungsrecht legitim und völkerrechtlich zulässig und gerechtfertigt ist", hieß es in einer Erklärung des „Bündnis Freiheit für Ali Ihsan". In der Türkei werden noch immer Soldaten, Polizisten und Gefängniswärter u. a. gemäß der „Panamaschule", einer Schule für Foltermethoden, ausgebildet. ♦

Stark gekürzte Fassung. Die vollständige Erklärung ist auf der Internetseite des Bündnisses zu finden: http://www.freealiihsan.tk/

Der Prozess gegen Ali Ihsan Kitay und der § 129 b

Das Interview mit der Rechtsanwältin Conny Ganten-Lange führte Martin Dolzer

In Hamburg beginnt am 13. August ein 129 b-Prozess gegen den kurdischen Menschenrechtler und Aktivisten Ali Ihsan Kitay. Was genau wird ihm vorgeworfen?

Ali Ihsan wird vorgeworfen, sich von Mai 2007 bis Mitte September 2008 in Hamburg, Kiel, Bremen, Oldenburg und an anderen Orten in der Bundesrepublik Deutschland sowie im Nord-Irak als Mitglied an einer „terroristischen Vereinigung im Ausland" beteiligt zu haben. Ali Ihsan soll als Kader der PKK und der CDK ab Mai 2007 das Gebiet Hamburg und ab Juni 2007 zusätzlich die Region Hamburg geleitet und anschließend von April bis September 2008 im Nord-Irak an Aktivitäten der Guerilla-Kräfte der PKK teilgenommen haben.

In der Türkei war Ali Ihsan Kitay bereits 20 Jahre inhaftiert und wurde mehrfach schwer gefoltert. Wie sind seine Haftbedingungen hier?

Ali Ihsan K. war, nachdem er am 12.10.2011 in die Untersuchungshaftanstalt Hamburg gekommen war, besonderen Haftbedingungen ausgesetzt. Er befand sich bis zur Entscheidung des Hanseatischen Oberlandesgerichts vom 8. Juni 2012 auf der Sicherungsstation B2 – und seitdem im Normalvollzug. Die Haftbedingungen auf der Sicherungsstation B2 sahen so aus, dass Ali Ihsan getrennt von anderen Inhaftierten untergebracht und von sämtlichen Gemeinschaftsveranstaltungen ausgeschlossen war. Lediglich der Hofgang für eine Stunde am Tag erfolgte – allerdings nicht regelmäßig – mit einem oder mehreren weiteren U-Häftlingen – zum Teil jedoch auch allein, da aufgrund der geringen Belegung der Zellen auf der Station faktisch keine anderen Gefangenen da waren. In die Zelle auf Station B2 gelangte kaum Tageslicht. Das führte bei Ali Ihsan K. dazu, dass er immer schlechter sehen konnte. Auch nach der Verlegung in den sogenannten Normalvollzug darf er nur eine Stunde im Monat Besuch von Angehörigen empfangen – das heißt maximal zweimal je eine halbe Stunde im Monat. Die Besuche werden optisch und akustisch überwacht.

Der § 129 b wurde 2002 als Ergänzung des § 129 a eingeführt. Beide sind als Gesinnungsparagrafen bekannt. Können Sie das genauer erläutern?

Der § 129 b entstand als wesentlicher Bestandteil des 34. Strafrechtsänderungsgesetzes StRÄG vom 22.08.2002. Er erweitert den Anwendungsbereich der §§ 129 und 129 a StGB auf ausländische Vereinigungen, d. h. die Tathandlungen der §§ 129, 129 a StGB – in diesem Fall bewaffneter Kampf – müssen sich nicht mehr auf das Inland beziehen. Das Politische am § 129 b ist, dass die Tat nur strafrechtlich verfolgt werden kann, wenn eine Ermächtigung des Bundesministers der Justiz vorliegt. Diese Ermächtigung kann entweder für einen Einzelfall oder allgemein, dann auch für die Verfolgung zukünftiger Taten, erteilt werden. Der § 129 b StGB ermöglicht der Exekutive, maßgeblichen Einfluss auf die Strafverfolgung zu nehmen. Eine gerichtliche Überprüfung der Ermächtigung sowie auch der Gründe, warum die Ermächtigung erteilt wurde, ist nicht vorgesehen. Sehenden Auges und politisch gewollt führt § 129 b StGB damit zur Politisierung und Instrumentalisierung der Strafjustiz – ein Novum deutscher Rechtsgeschichte.

Einerseits ist Zweck eines solchen Ermächtigungsvorbehalts, dass die Möglichkeit geschaffen wurde, auf die Durchführung eines Strafverfahrens verzichten zu können, um unverhältnismäßige außenpolitische Nachteile zu vermeiden; andererseits die Strafverfolgung zu ermöglichen, wenn dies außenpolitischen Interessen dient. Das heißt, es wird damit der Regierung ein breiter Spielraum gegeben, die strafrechtliche Verfolgung nach strategischen und außenpolitischen Interessen zu steuern. In der strafrechtlichen Literatur wird dies auch durchaus kritisch gesehen. Beachtet die Exekutive den aus Art. 97 Abs. 1., Art. 103 Abs. 2 GG verfassungsrechtlich garantierten Freiraum, insbesondere der Strafgerichte, aber auch der Strafverfolgungsbehörden und wird von einer „Politisierung der Justiz" abgesehen oder nicht?

Gerade angesichts der gesellschaftlichen Umbrüche im Maghreb und im Nahen Osten zeigt sich die besondere politische Dimension dieser „Ermächtigung". So wurden bzw. werden die „Libysche Nationale Befreiungsfront" oder auch die „Freie Syrische Armee", trotz der von ihnen eingesetzten Waffengewalt, nicht als „terroristische Vereinigung zur Begehung von Mord und Totschlag" eingestuft, sondern seitens der Bundesregierung als legitime bewaffnete Organisationen angesprochen und unterstützt.

Daneben besteht aber auch die Frage, ob der Kampf um ein Selbstbestimmungsrecht Gewaltausübung legitimieren kann und völkerrechtlich zulässig und gerechtfertigt ist. Dies wird jedenfalls bezüglich der PKK in der Haftentscheidung des BGH verneint. Ob dies in tatsächlicher oder rechtlicher Hinsicht richtig ist, dies wird in dem Verfahren vor dem Oberlandesgericht zu prüfen sein.

Dieses Verfahren ist eines der „Pilotverfahren". Ist Ali Ihsan der einzige kurdische Politiker, der von einem Verfahren nach 129 b betroffen ist?

Ali Ihsan ist nicht der einzige Kurde, der von einem Verfahren nach § 129 b StGB betroffen ist. Auch Mehmet A. und Ridvan Ö. sind inhaftiert und nach § 129 b StGB angeklagt. Ihr Prozess beginnt im September in Stuttgart-Stammheim. Gegen Vezir T. läuft ebenfalls ein Verfahren nach § 129 b StGB. Er wurde aus persönlichen Gründen haftverschont. Abdullah S. befindet sich ebenfalls in Haft und soll vor dem OLG Düsseldorf nach § 129 b StGB angeklagt werden. Metin K. befindet sich aufgrund eines § 129 b StGB-Verfahrens und Haftbefehls der Bundesrepublik Deutschland in der Schweiz in Auslieferungshaft. Sedat K. wurde erst vor einigen Tagen von Frankreich aufgrund eines Haftbefehls nach Deutschland ausgeliefert, wo ihm ebenfalls ein Verfahren nach § 129 b StGB droht.

Kürzlich wurde Muzaffer Ayata von einem Gericht in Baden-Württemberg Politikverbot erteilt und dem zweiten Vorsitzenden des Dachverbandes YEK-KOM, Bahattin Doğan, der Aufenthaltsstatus entzogen. Wie ist die Situation von kurdischen politischen Flüchtlingen in der Bundesrepublik momentan im Allgemeinen?

Das Aufenthaltsgesetz hat eine Reihe von gesetzlichen Bestimmungen zur Beendigung der Rechtmäßigkeit des Aufenthalts, so zum einen die §§ 53 ff. AufenthG, in denen die zwingende Ausweisung, Ausweisung im Regelfall und Ermessensausweisung geregelt sind. Ein Regelausweisungsgrund nach § 54 AufenthG ist u. a. gegeben, wenn Tatsachen die Schlussfolgerung rechtfertigen, dass der Betroffene einer Vereinigung angehört oder angehört hat, die den „Terrorismus" unterstützt, oder er eine derartige Vereinigung unterstützt oder unterstützt hat, wobei die Ausweisung nur auf zurückliegende Mitgliedschaften oder Unterstützungshandlungen gestützt werden kann, soweit diese eine gegenwärtige Gefährlichkeit begründen. Des Weiteren auch dann, wenn der Betroffene die freiheitlich demokratische Grundordnung oder Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland gefährdet, sich bei der Verfolgung politischer Ziele an Gewalttätigkeiten beteiligt, öffentlich zur Gewaltanwendung aufruft oder mit Gewaltanwendung droht. Oder auch dann, wenn der Betroffene zu den Leitern eines Vereins gehörte, der unanfechtbar verboten wurde, weil seine Zwecke oder seine Tätigkeiten den Strafgesetzen zuwiderlaufen, er sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder den Gedanken der Völkerverständigung richtet. Wird die Ausweisungsverfügung nach diesen Regelausweisungstatbeständen oder zur Abwehr einer besonderen Gefahr für die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland oder einer terroristischen Gefahr erlassen, gelten hinsichtlich des weiteren Aufenthalts in der Bundesrepublik Deutschland bestimmte Überwachungsmaßnahmen nach § 54 a AufenthG, wie die Verpflichtung, sich mindestens einmal wöchentlich bei der für seinen Aufenthaltsort zuständigen polizeilichen Dienststelle zu melden. Allerdings kann diese Meldepflicht auch von der zuständigen Ausländerbehörde anders bestimmt werden, etwa so, dass sich der Betroffene täglich auf der Polizeidienststelle melden muss.

Der Aufenthalt kann auf den Bezirk der Ausländerbehörde beschränkt werden, oder die Ausländerbehörde kann den Betroffenen auch verpflichten, an einem bestimmten Ort oder in einer bestimmten Unterkunft zu leben. Auch kann dem Betroffenen untersagt werden, bestimmte Kommunikationsmittel oder -dienste wie das Internet oder ein Telefon zu benutzen, aber auch z. B. bestimmte Zeitungen, Bücher oder andere Druckerzeugnisse zu lesen und/oder in diesen zu publizieren.

Ein ausländerbehördliches Verbot, sich an einem bestimmten Ort aufzuhalten, sowie auch andere Einschränkungen der persönlichen Bewegungsfreiheit greifen in den durch Art. 11 GG gegebenen Schutzbereich ein. Zwar sind Ausländer nach dem Wortlaut des Art. 11 GG nicht von dessen Schutzbereich erfasst, jedoch ist ihre persönliche Bewegungsfreiheit durch Art. 2 Abs. 1 GG geschützt.

Ein ausländerbehördliches Verbot, bestimmte Kommunikationsmittel zu benutzen, greift in den Schutzbereich der Informationsfreiheit des Art. 5 Abs. 1 Satz 1 GG ein, der die schlichte Entgegennahme von Informationen ebenso wie das aktive Beschaffen von Informationen umfasst.

Nach § 47 AufenthG kann die politische Betätigung generell bei Ausländern beschränkt oder untersagt werden. Dies ist nicht daran gebunden, dass der Betroffene aus dem Bundesgebiet ausgewiesen wurde, sondern kann auch dann geschehen, wenn dieser über einen Aufenthaltstitel verfügt.

Das Verbot oder die Beschränkung der politischen Betätigung kann aus verschiedenen Gründen erfolgen, so beispielsweise wenn die Betätigung den außenpolitischen Interessen oder den völkerrechtlichen Verpflichtungen der Bundesrepublik Deutschland zuwiderlaufen kann, und ist zu untersagen, soweit diese die freiheitlich demokratische Grundordnung oder die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland gefährdet oder beispielsweise Gewaltanwendung als Mittel zur Durchsetzung politischer, religiöser oder sonstiger Belange öffentlich unterstützt, befürwortet, hervorzurufen bezweckt oder dazu geeignet ist.

Die Beschränkung der politischen Tätigkeit wurde in der deutschen Geschichte immer wieder angewandt. Überwiegend in Fällen des außenpolitischen Interesses, wenn beispielsweise der Besuch eines Staatsoberhauptes aus einem bestimmten Land erfolgte und den Betroffenen dann die Teilnahme an Protestaktionen verboten wurde. Dies war so bereits anlässlich des Schah-Besuchs im Juni 1967 in großem Umfang geschehen. Damals wurde neben zum Teil außerordentlich weitgehenden Meldepflichten ausländischen Studierenden in den Städten Düsseldorf, Bonn, Wiesbaden, Köln, Solingen und Leverkusen auferlegt, für bestimmte Tage politische Betätigung zu unterlassen. Teilweise wurde die Teilnahme an politischen Demonstrationen gegen die innenpolitischen Verhältnisse des Iran unbefristet verboten. Heute kommt dieser gesetzlichen Bestimmung praktische Bedeutung in Form von politischen Betätigungsverboten für Kurden im Hinblick auf vermutete PKK-Aktivitäten zu. ♦

Sprachliche Assimilation und Selbstbestimmung

Kurdisch als Wahlfach? Nein danke!

Luqman Guldivê

Einer der wichtigsten Bereiche für das langfristige Überleben einer Sprache ist das staatliche Bildungssystem. Dies schrieb Geoffrey Haig in seinem Artikel über die Politik der Türkei gegen die kurdische Sprache vor etwa acht Jahren.[1] Natürlich kennt sich die Türkei mit ihrem Staatsapparat und der seit zehn Jahren regierenden AKP und Ministerpräsident R. T. Erdoğan in der Sache gut aus. Sie wissen sehr wohl, dass sie in der Lage sind, eine Sprache zu töten (wie könnte sonst das Auslöschen eines lebendigen und mit dem Individuum verbundenen Mechanismus beschrieben werden?), wenn sie sie als Unterrichtssprache verbieten.

Es gibt unterschiedliche Versuche der Sozio-Linguisten, die staatliche Politik zu beschreiben, die das Überleben einer Sprache verhindert. Sie sollten möglichst auch Teil einer juristischen Diskussion sein, damit die Politik international in Zukunft zur Rechenschaft gezogen werden kann. Diese Beschreibungen reichen vom „Töten einer Muttersprache" bis zum „Linguizid" (Genozid an der Sprache als Unterkategorie des Genozids).[2]

Nun hat die türkische AKP-Regierung im Juni verlauten lassen, das Kurdische könne als Wahlfach in das Schulsystem der Türkei integriert werden.[3] Dass die Türkei und im Speziellen die AKP-Regierung nicht aufrichtig sind, dass dies Teil einer Taktik ist, um die Kurden politisch ruhigzustellen, braucht nicht lange untersucht zu werden. Schon vor einigen Wochen annullierte ein Gericht die kurdischen Namen von 19 Parks und Straßen. Kann denn angesichts der Realität, dass die Assimilationspolitik der Türkei mit modernen Mitteln weiter durchgeführt wird, davon ausgegangen werden, dass das Angebot des Kurdischen als Wahlfach in den Schulen von den Kurden und den kurdischen politischen Organisationen ernst genommen wird? Wohl kaum. Die Assimilationspolitik, besser gesagt der Versuch des Tötens des Kurdischen in der Türkei, dauert schon viel zu lange und hat jetzt ein sehr kritisches Stadium erreicht. Das Kurdische in Nordkurdistan (insbesondere Kirmanckî – auch Dimilkî oder Zazakî genannt –, aber auch Kurmancî) ist seit langem als Muttersprache im Prozess des Aussterbens begriffen. Jegliche Verhinderung des öffentlichen und muttersprachlichen Gebrauchs des Kurdischen ist nur eine Fortsetzung der Assimilationspolitik; es ist ein Versuch, die Kurden kulturell, aber auch sprachlich zu vernichten.

Die kurdische Seite sieht „Kurdisch als Wahlfach" in dem oben dargestellten Zusammenhang und nicht als einen Schritt zur Lösung der „kurdischen Frage". Denn für sie wäre es ein Schritt, die Assimilationspolitik sofort zu beenden und den Kurden alle sprachlichen Rechte uneingeschränkt zu gewähren.

Um die Haltung der kurdischen Seite besser zu verstehen, kann eine kurze Darstellung der türkischen Assimilationspolitik hilfreich sein. Trotz einiger Lockerungen seit 2002 führt die Türkei ihre Politik des „Linguizids" gegen das Kurdische seit 1925 in unterschiedlichen Varianten und Praktiken fort. Kurz nach der Unterzeichnung des Vertrags von Lausanne (1923) *[Grundlage für das endgültige Gesicht der türkischen Republik]* änderte sich die Haltung der jungen Republik gegenüber den Kurden und ihrer Kultur (ihrer Sprache inbegriffen) bis hin zur vollständigen Leugnung. Die türkische Republik begann also eine Politik durchzusetzen, die mit der Zeit kurdische Schulen und Institutionen, Publikationen auf Kurdisch innerhalb der Grenzen der neuen Republik und den Gebrauch von Wörtern wie „Kurden" und „Kurdistan" verbieten sollte. Die Reaktionen der Kurden auf diesen politischen Kurs des türkischen Staates wurden 1925 bis 1938 blutig und grausam niedergeschlagen.[4] Während dieser und nach diesen militärischen Maßnahmen (eigentlich Vergehen gegen die Menschlichkeit) wurden viele Kurden zwangsumgesiedelt; dies wurde sogar gesetzlich legitimiert. Daraus lässt sich schlussfolgern, dass die offizielle Politik der türkischen Republik gegen die Kurden in den 1930er Jahren darauf abzielte, die kurdische Bevölkerung samt ihrer Kultur und Sprache zu assimilieren oder sogar zu vernichten.

Trotz dieser sehr offensiven Vorgehensweise scheiterte der türkische Staat daran, die kurdische Identität und das Kurdische in der Türkei gänzlich unter Anwendung von Gewalt in kurzer Zeit zu assimilieren. Dass breite Bevölkerungsteile in der Türkei eine nicht türkische Identität und eine nicht türkische Sprache als Muttersprache hatten, stellte für die politische Elite des Landes ein Dilemma dar. Dieses Dilemma verursachte eine Politik, die offiziell die Existenz der Kurden samt ihrem Land und ihrer Sprache leugnete. Diese Politik sah vor, alle offenkundigen Zeichen der Existenz der kurdischen Identität, vor allem das Kurdische, in allen Bereichen, in denen der Staat eingreifen kann, zu unterdrücken und wenn möglich gänzlich abzuschaffen.

Eine systematische Missachtung der kurdischen Sprache erfolgte, ohne Begriffe wie „kurdisch" und „Kurde" explizit zu verwenden. In der Tat wurde sehr sorgfältig daran gearbeitet, die kurdische Sprache zu verbieten, ohne sie namentlich zu

erwähnen. Ein Gesetz aus dem Jahr 1983 demonstriert diese Haltung am deutlichsten: In Artikel 2 des Gesetzes Nr. 2932[6] hieß es dazu: „Die Darlegung, Verbreitung und Veröffentlichung von Gedankengut in einer anderen Sprache als der ersten Amtssprache der von der Türkei anerkannten Staaten ist verboten.“ Durch diese Formulierung war das Kurdische, das nirgends in der Welt erste Amtssprache eines Staates war, verboten, ohne namentlich erwähnt zu werden. Der Gipfel dieser Politik wurde im Jahr 1983 erreicht: Türkisch wurde gesetzlich als Muttersprache aller türkischen Staatsbürger festgelegt.[7]

Ein weiteres Element der türkischen Verleugnungs- und Assimilationspolitik gegenüber dem Kurdischen ist die Verunglimpfung der kurdischen Sprache: „Kurdisch ist keine richtige Sprache“[8], „Dialektunterschiede erlauben den Kurden nicht, sich zu verständigen“[9] etc. Kurdisch als „keine richtige Sprache“ zu bezeichnen, hat drastische Folgen für das Kurdische gehabt. Denn wenn es keine richtige Sprache ist – wie könnte es dann überhaupt im Bildungsbereich verwendet oder eine Sprache der Verständigung in den Medien werden? Noch im Februar dieses Jahres behauptete Bülent Arınç, Vize des Ministerpräsidenten und Sprecher der Regierung, dass das Kurdische keine Sprache der Zivilisation sei, um zu argumentieren, dass die kurdische Sprache nicht als Unterrichtssprache angewendet werden könne.

Wie wir sehen können, zieht sich die Assimilationspolitik der Türkei bis heute durch und die AKP-Regierung macht dabei keine Ausnahme; sie arbeitet mit moderneren Mitteln (kein direktes Verbot: aber durch das Minimalisieren des Gebrauchs des Kurdischen im öffentlichen Bereich praktisches Verbot als Unterrichtssprache, Verunglimpfung der kurdischen Sprache) daran, die seit etwa 90 Jahren andauernde türkische Assimilationspolitik erfolgreich zu machen.

Der kulturelle, aber auch der politische Widerstand der kurdischen Bewegungen hat das bis heute verhindern können. Die Haltung der kurdischen Politik, die darauf abzielt, das Kurdische in Kurdistan als Unterrichtssprache durchzusetzen, zeigt, dass dieser Widerstand stärker ist als die Mordversuche der Türkei an der kurdischen Sprache. Es wird sich bald erweisen, ob die Türkei weiterhin dem größten Teil des kurdischen Volkes seine sprachlichen Rechte verweigern kann. Die Türkei hat nämlich mittlerweile die südkurdische Autonomie-Regierung zur Nachbarin, wo das Kurdische nicht nur Unterrichtssprache ist, sondern auch eine der offiziellen Sprachen des Irak, und in den kurdischen Gebieten in Syrien ist durch die „Volksräte“ das Kurdische als Unterrichtssprache in den Schulen durchgesetzt worden. Es ist auch deshalb unwahrscheinlich, weil die kurdische Bewegung in Nordkurdistan – vor allem die PKK – entschieden hat, das KCK-System (Demokratischer Konföderalismus) in Kurdistan selbst zu verwirklichen. ♦

Fußnoten:
1 Haig, Geoffrey: The invisibilisation of Kurdish: the other side of language planning in Turkey, in: Stephan Conermann und Geoffrey Haig (Hrsg.): Die Kurden: Studien zu ihrer Sprache, Geschichte und Kultur, Schenefeld 2003, S. 141.
2 Siehe z. B. Skutnabb-Kangas, Tove: Linguistic Genocide in Education, or Worldwide Diversity and Human Rights? Mahwah 2000; Skutnabb-Kangas, Tove, und Bucak, Sertaç: Killing a mother tongue: How the Kurds are deprived of linguistic human rights, in: Tove Skutnabb-Kangas und Robert Phillipson (Hrsg.): Linguistic Human Rights. Overcoming Linguistic Discrimination, Berlin & New York 1994, S. 347–370; Hassanpour, Amir: The Politics of A-political Linguistics: Linguists and Linguicide, in: Robert Phillipson (Hrsg.): Rights to Language: Equity, Power, and Education, Mahwah 2000.
3 Wieder hat der gute Polizist der Regierung, Vizepremier Beşir Atalay, die Aufgabe übernommen, gegen die Kurden Zeit zu gewinnen. Mehr dazu siehe: Today Zaman, 11. Juni 2012.
4 Der Scheich-Said-Aufstand von 1925 wurde mit aller militärischen Härte niedergeschlagen (Olson, Robert: The Kurdish Rebellions of Sheikh Said –1925–, Mt. Ararat –1930–, and Dersim –1937–8–: Their Impact on the Development of the Turkish Air Force and on Kurdish and Turkish Nationalism, in: Die Welt des Islams 40 –1–, März 2000, S. 67–94). Die Angriffe gegen Dersim in den Jahren 1937 und 1938, welche die Vorgehensweise der Türkei gegen einen Widerstand und im eigentlichen Sinne keine Aufstandsbekämpfung darstellten, standen in ihrer Brutalität einem Genozid in nichts nach (ibid.).
5 Siehe Haig 2004: S. 130, op.cit.
6 Gesetz Nr. 2932 vom 19. Oktober 1983 über Veröffentlichungen in anderen Sprachen als dem Türkischen, Resmi Gazete (Amtsblatt) Nr. 18199 vom 22. Oktober 1983.
7 Artikel 3 desselben Gesetzes (Nr. 2932) lautet: „Die Muttersprache der türkischen Staatsbürger ist Türkisch. […] Jegliche Art von Aktivitäten hinsichtlich der Benutzung und der Verbreitung einer anderen Muttersprache als Türkisch ist verboten.“
8 Haig stellt fest, dass, wenn das Kurdische als „keine richtige Sprache“ bezeichnet wird, das direkte Folgen für die Sprecher hat, denn es kann argumentiert werden, dass eine „nicht richtige Sprache“ nur sehr schwierig in Schulen unterrichtet werden kann (Haig 2004: S. 137, op.cit.).
9 Siehe z. B. Skutnabb-Kangas 2000: S. 152, op.cit.



Demonstration für das Recht auf uneingeschränkten Gebrauch der Muttersprache. Foto: DIHA

Französischer Philosoph entdeckt den jungen Marx

„Demokratie gegen den Staat“

Buchbesprechung von Dr. Elmar Millich

Wie oft hat man es schon im Fernsehen betrachtet, wenn sich nach weniger friedvollen Demonstrationen der zuständige Innenminister in Pose wirft, um den vermeintlich linken oder ausländischen Übeltätern mit „der ganzen Härte des Rechtsstaats“ zu drohen. Darüber, was das Wesen dieses Rechtsstaats bzw. des Staats allgemein ausmacht, hat Abdullah Öcalan für die kurdische Bewegung eine umfassende Analyse auf der Grundlage der mesopotamischen Geschichte entwickelt. Aber natürlich gibt es auch eine lange europäische Tradition der Staatskritik, die hauptsächlich im Marxismus wurzelt.



Miguel Abensour
Demokratie gegen den Staat
Suhrkamp Verlag
Berlin, 2012
ISBN 978-3-518-58574-0
269 Seiten
24,95 Euro

Diese Tradition nimmt der französische Philosoph Miguel Abensour mit seinem 2004 erschienenen und aktuell ins Deutsche übersetzten Buch „Demokratie gegen den Staat“ wieder auf. Ihm geht es um die Wiederentdeckung des jungen Marx, der sich angesichts der revolutionären Umbrüche seiner Zeit ausführlich mit Staat und Demokratie beschäftigt hatte, bevor er sich seinen ökonomischen Analysen zuwende. Kernpunkt seiner Untersuchungen bildet für Abensour die von Marx 1843 herausgegebene Schrift „Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie“.

Wie der Titel besagt, bildete die von Hegel entwickelte Staats- und Rechtstheorie, die nach wie vor für das offizielle deutsche (überhöhte) Staatsverständnis grundlegend ist, den Ausgangspunkt von Marx Betrachtungen. Ernüchtert stellt der ehemalige Hegeljünger fest, dass dieser trotz weihevoller Sätze („Die Ausbildung des Staats zur konstitutionellen Monarchie ist das Werk der neueren Welt, in welcher die substantielle Idee die unendliche Form gewonnen hat“[1]) im Wesentlichen den Aufbau und die Gesetze seines Arbeitgebers – des preußischen Nationalstaats – als Endpunkt der geschichtlichen Entwicklung aufweist.

Hier beginnt nun Marx, wie es in einer bekannten Formulierung heißt, Hegel „vom Kopf auf die Füße“ zu stellen, indem er der Bevölkerung als Zweck und nicht als Füllmaterial des Staates zu ihrem Recht verhilft und das Verhältnis neu definiert: „Die Freiheit besteht darin, den Staat aus einem der Gesellschaft übergeordneten in ein ihr durchaus untergeordnetes Organ zu verwandeln.“[2]

Während sich Marx Anfang des 19. Jahrhunderts journalistisch und politisch für die Republik und gegen den deutschen Kleinstaatsfeudalismus engagierte, entwickelt er in seiner „Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie“ erstmals eine Vorstellung politischen Zusammenlebens, die über die realen damaligen Staatsalternativen konstitutionelle Monarchie oder Republik hinausweist. Grundlage bildet für ihn der aus der Feuerbachschen Religionskritik übernommene Begriff der „Entfremdung“. Marx sieht darin sowohl im politischen als auch im ökonomischen Bereich eine generelle Tendenz, dass sich menschliche Entscheidungen und Handlungen verobjektivieren (verselbstständigen), um sich dem Menschen als „Äußeres“ (Sachzwänge) entgegenzustellen. Diese Tendenz macht Marx ebenso für den Staat aus, unabhängig von seiner konkreten Form. In der Interpretation Abensours folgt für Marx daraus ein genereller Konflikt zwischen Staat und Verfassung auf der einen Seite – mit der Tendenz, bestehende Verhältnisse einzufrieren und sich zu verabsolutieren – und Demokratie als zeitnaher Umsetzung gesellschaftlichen Wollens auf der anderen. In der „wahren Demokratie“ – mit diesem Term beschreibt Abensour Marx` Demokratievorstellung – muss sichergestellt sein, dass sich Staat und Verfassung nicht verselbstständigen und sich gegen ihre Urheber, die Gesellschaft, wenden. Um dem entgegenzuwirken, muss die Selbstkonstituierung der Bevölkerung als fortwährender Prozess der Selbstbestimmung gedacht werden, als eine „politische Verobjektivierung des menschlichen Austauschs, die niemals in eine politische Entfremdung abgleitet“.[3] Wichtigstes Element dazu ist es, den Staat in seine Grenzen zu verweisen als ein gesellschaftliches Moment unter vielen. In Marx` Worten: „In der

Demokratie erlangt keines der Momente eine andere Bedeutung, als ihm zukommt. Jedes ist wirklich nur Moment des ganzen Demos (der ganzen Gesellschaft).“[4]

In späteren Werken hinterfragt Marx in Hinsicht auf den Staat auch den Revolutionsbegriff: „Alle Revolutionen vervollkommneten auf diese Weise nur die Staatsmaschinerie, statt diesen ertötenden Alp abzuwerfen.“[5] Einen positiven Bruch sah Marx in der Pariser Kommune, in der sich 1871 über zwei Monate die Bevölkerung rätedemokratisch selbst verwaltete, bis sie von außen blutig zerschlagen wurde: „Daher hat die Kommune keine Vorläufer; in einem absoluten Gegensatz zum Staat markiert die Kommune einen Bruch in der Revolutionsgeschichte; zum ersten mal geht es nicht darum, den Staat zu erobern, um sich seiner Gewalten zu bemächtigen und sie in den Dienst einer neuen sozialen Gruppe zu stellen.“[6]

Generell zu dem Buch ist es das Verdienst von Abensour, das zeitgenössische Denken zu hinterfragen, „das fälschlicherweise die Demokratie mit der repräsentativen Regierung oder dem Rechtsstaat identifiziert“.[7] Beruhend auf der Analyse des jungen Marx zeigt er auf, dass sich im Gegenteil Rechtsstaat und Demokratie in einem kontinuierlichen Konflikt befinden. Marx entwirft eine Demokratievorstellung, in der der Staat auf seine wesentlichen Aufgaben unter der Kontrolle der Gesellschaft reduziert wird als eine Institution der menschlichen Vergesellschaftung unter vielen. Mit der heutigen allgemeinen auf Hegel, Locke und Hobbes zurückgehenden Staatsvorstellung, die das „staatliche Gewaltmonopol“ in Form des Polizeiknüppels als konstituierend ansieht, hat diese Demokratie nichts zu tun. Hingegen ergeben sich viele Parallelen zu dem von der kurdischen Befreiungsbewegung entwickelten Konzept der „Demokratischen Autonomie“.

Bevor sich nun allzu viele LeserInnen bei einem Buchpreis von ca. 25 Euro in Unkosten stürzen, eine Warnung: Wer von dem Buch Anknüpfungspunkte zu aktuellen politischen Entwicklungen und antietatistischen Diskussionen erwartet, liegt vollkommen falsch: Die Ausführungen bleiben komplett philosophieimmanent und sind von Sprache und Inhalt her wirklich staubtrocken. Auch die Gliederung überzeugt nicht und weist viele Redundanzen auf. Das ist schade, denn wie ließe sich der marxistische Begriff der Entfremdung besser erläutern als aktuell im Kontext der „Finanzmärkte“, die, obwohl Ergebnis menschlicher Entscheidungen und Handlungen, als exotische Tiere dargestellt werden, „deren Vertrauen man erwerben müsse“. Auch die von Marx beschworene Gefahr einer gegen den Souverän gerichteten Objektivierung von Staat und Rechtssystem würde greifbarer anhand des Beispiels von Naziaufmärschen, bei denen die Polizei einer Handvoll Nazis gegen den Willen der Bevölkerung den Weg freiprügelt, um „dem Rechtsstaat Geltung zu verschaffen“. ♦

Fussnoten:
1 Friedrich Hegel, Grundlegung der Philosophie des Rechts
2 Karl Marx, Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei
3 Miguel Abensour, Demokratie gegen den Staat
4 Karl Marx, Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie
5 Karl Marx, Erster Entwurf zum „Bürgerkrieg in Frankreich“
6 Miguel Abensour, Demokratie gegen den Staat
7 Ebd.



Demokratie gegen den Staatsapparat:
Der Oberbürgermeister von Amed, Osman Baydemir, am 14. Juli bei den Protesten gegen die verschärfte Isolationshaft von Abdullah Öcalan und für eine demokratische Lösung der kurdischen Frage auf der Grundlage der Demokratischen Autonomie. Trotz des Demonstrationsverbots durch den Gouverneur ging die Bevölkerung mit ihren gewählten VertreterInnen auf die Straße, um ihre Rechte gegen die chauvinistische, rassistische Politik der AKP-Regierung durchzusetzen. Foto: DIHA

Mahmood Falaki: „Die Schatten“ und „Carolas andere Tode“

Buchbesprechung von Susanne Roden

Iran, ein Land, von dem man viel hört, aber am Ende über die Situation im Land nicht viel Positives erfährt. Man glaubt, eine Vorstellung vom Leben im Iran zu haben, man denkt an berühmte persische Dichter wie Rumi oder Hafis, die auch Einfluss auf andere Dichter wie z. B. Goethe hatten, aber dieser schöne Eindruck verblasst neben vielen anderen Meldungen.

So viele Menschen haben das Land verlassen müssen. Es leben sehr viele Iraner in Hamburg, das ist bekannt, auch in anderen Großstädten, wie z. B. Berlin. Ich kenne einige, darunter Künstler, Ärzte und Schriftsteller. Wenn man nachfasst, dann sprechen alle Persisch, wobei es starke Ähnlichkeiten zu Worten im Kurdischen gibt. Das ist nicht verwunderlich, gehört Persisch doch ebenfalls zum iranischen Zweig der indogermanischen Sprachfamilie und wird als wichtigste indogermanische Sprache von mehr als 60 Millionen Menschen als Muttersprache gesprochen. Die Bezeichnung Persisch entstammt der Zeit der Sassaniden (Pārsīk oder Pārsīg) und leitet sich aus der alten persischen Kernprovinz Fārs (Pārs) im Süden Irans ab. Durch die arabisch-islamische Eroberung Persiens im 7. Jahrhundert durch die Araber wurde aus Persisch dann Fārsī (فارسی;) – die arabische Sprache kennt den p-Laut nicht –, so wurde ein F daraus. Im Mittelalter entwickelte sich das Neupersische zu einer bedeutenden Literatursprache, die auch in der östlichen islamischen Welt starken Einfluss auf die Turksprachen hatte u. a. auf die osmanische Sprache.

Die Schatten | Ich halte den Roman „Die Schatten“ in meiner Hand. Ein kleiner fest eingebundener Band, der Umschlag in violettem Blau gehalten, die Schrift des Titels quer am Rand, der Nachname des Autors trifft auf das Wort Schatten direkt an dessen Ende horizontal.

Eine Treppe ist erkennbar, ein goldener Rahmen, darin steht ein Mann in Mantel und Hut, als Schatten, und davor auf der Treppe erneut ein Schatten.

Ich lese die Klappentexte, aus dem Persischen übersetzt, aus politischen Gründen das Land verlassen. Was bedeutet das also. Schreiben im Exil.

Wie wird man damit fertig, wenn man in der Heimat verfolgt wird, wenn man bedroht, gefoltert wird, jede Nacht mit Schweißausbrüchen aufwacht und denkt, jetzt holen sie mich.

Das Land, in dem man geboren wurde, wo die Freunde und die Familie leben, wo man jeden Grashalm aus der Nachbarumgebung kennt, die Sprache, die Gerüche, eben das Gefühl, geborgen zu sein, wenn das auf einmal nicht mehr existiert. Wenn man bei Nacht und Nebel nur mit dem Nötigsten in einem Koffer oder sogar nur mit der Kleidung am Körper fliehen muss, alles hinter sich lässt, nur um zu überleben.

Bereits als Jugendlicher verfasst Mahmood Falaki Gedichte und Erzählungen, er studiert später Chemie und Bibliothekswissenschaften an den Universitäten von Teheran und Ahwas. Seine Werke sind sozialkritisch und so wird er unter dem Schah-Regime 1976 zu drei Jahren Gefängnis verurteilt. Er kommt in das berüchtigte Evin-Gefängnis am nördlichen Stadtrand von Teheran.

Nach der Revolution im Februar 1970 wird er entlassen und ist in der Lage, seinen ersten Gedichtband „Sichel über dem Weizen“ zu veröffentlichen. Kurz danach wird er erneut verfolgt, diesmal von der Mullah-Regierung. Er kann 1983 nach Deutschland emigrieren und lebt seit 1986 in Hamburg, wo er an der Universität Germanistik und Iranistik studiert. Mahmood Falaki arbeitet als Schriftsteller und Dozent für persische Sprache.

In seinem Roman „Die Schatten“ führt uns Mahmood Falaki in den Norden Irans, ans Kaspische Meer, in seine Heimat, dorthin, wo er geboren wurde. Er beschreibt Geschehnisse, die sich zur Zeit des Höhepunktes der Agrarreform während der Schahzeit ereignet haben.

Der Ich-Erzähler versucht nach über dreißig Jahren, durch Rücksprache mit seinem Kindheits-Ich die Wahrheit über den Mord an seinem Onkel aufzuklären. Durch die an der Wand hängenden Porträtfotos aus seiner Jugend versucht er, zu der eigenen Vergangenheit Kontakt herzustellen, um somit die Erinnerung wieder lebendig werden zu lassen. „Eine Erinnerung ist wie ein herrenloser Hund, sie lässt sich überall hintreiben. Außerdem will ich durch diese Art und Weise meine Figuren vorstellen. Und du sagtest mir noch nicht, wer das war … Ich habe meinen Satz noch nicht zu Ende gebracht, als mein ICH wieder in sein Foto zurückkehrt.“

Er durchläuft die Stationen eines heranwachsenden Jungen, mit dem elften Lebensjahr beginnend und dem fünfzehnten endend. In einer wunderbaren phantasievollen Sprache beschreibt Falaki das Leben im Dorf, die durch die Augen des Jungen beobachteten alltäglichen Handwerkstätigkeiten und häuslichen Pflichten, die sich in seiner jugendlichen Ver-

träumtheit zu Fabelwesen entwickeln, er entführt uns in die Tagträume unter den schattenspendenden Baum, verleitet uns in den sonnenwärmenden dösigen Mittagsschlaf gemeinsam mit bunten Käfern und verliert uns als Leser in die Sehnsüchte eines heranwachsenden Jungen, der seine erste Liebe entdeckt, und vergisst dennoch auch nicht, den Blick ebenso auf die Sichtweise der Frauen und auf ihre Pflichten in ihrer Rolle als Dienende zum Wohl des Mannes in der patriarchalischen Gesellschaft im harten Familienleben zu lenken.

Das erzählende Ich wechselt mehrfach innerhalb des Buches und auch in Absätzen, manchmal gar innerhalb der Beschreibung einer Begebenheit. Den einen Moment noch beschreibt das jugendliche Ich des Autors eine Situation, in der sich seiner Beobachtung nach die Tochter einer Hausangestellten befindet, und im nächsten Absatz gleitet das Ich dann zu der Betrachtungsweise des jungen Mädchens selbst und sie erzählt die Geschichte weiter.

Durch die sehr gut gewählte ineinander verzahnte Erzählweise werden die Geschehnisse sehr interessant und mit unterschiedlichen Blickwinkeln dargestellt. Man erfährt von verschiedenen miteinander lebenden Menschen, der Mutter, der kleinen Schwester, der Tante, deren unterschiedlichen Ansichten und Gefühlen, die in den jeweiligen Lebenssituationen variieren, und man erfährt nach und nach verschiedene Wahrheiten, die aus kleinen Details zusammengelegt am Ende ein Mosaikbild ergeben.

Die Veröffentlichung in persischer Sprache erfolgte 1997 im Exil in Deutschland, eine Veröffentlichung im Iran ist nicht möglich.

Carolas andere Tode | Und dann steht gleich eine weitere neue Veröffentlichung von Mahmood Falaki im Regal: „Carolas andere Tode". Was für ein Titel, wunderbar, wo ich doch Krimis so liebe.

Aber diese Novelle stellt sich als wesentlich spannender heraus, als man bei einem normalen Krimi vermuten würde. Wie bereits im Roman „Die Schatten" wendet der Autor auch hier die Technik der wechselnden Ich-Erzähler an, allerdings nicht ganz so schwindelerregend fein ineinander verzahnt. Die Novelle ist unterteilt in eine „Erste Schilderung" in zehn Teilen, gefolgt von einer unerwarteten „Zweiten Schilderung", um mit „Dritte Schilderung" und einer Art Vollbremsung zu enden. Die erste Schilderung nimmt in etwa die Hälfte des Buches ein, die beiden weiteren Schilderungen dann gemeinsam die zweite Hälfte.

Der Ich-Erzähler Behrus Panahi beginnt zum Einstieg mit der Beschreibung eines Traumes, der später wiederkehrende Elemente und Bilder enthält, die an Figuren von Rodin erinnern.

Behrus Panahi, ein interessant gewählter Name, denn die Bedeutung im Persischen von Behrus bzw. Behrouz ist „guter Tag" (beh: gut, rooz: Tag) und dort zeigt sich die Verwandtschaft zum kurdischen "rojbaş" (baş: gut, roj: Tag), und auch der Nachname Panahi scheint kein Zufall zu sein, erinnert er doch an Jafar Panahi, einen der wichtigsten unabhängigen Filmemacher im Iran. Er studierte in den 1980er Jahren in Teheran Film- und Fernsehregie, gerade zu der Zeit, als Mahmood Falaki wieder aus dem Gefängnis herauskam.

Dass Jafar Panahi dann am 1. März 2010 mit seiner Frau und Tochter in seinem Haus von der iranischen Polizei festgenommen wird, ohne Anklage ins Evin-Gefängnis gebracht wird und drei Monate inhaftiert bleibt, erst nach Hungerstreik und zahlreichen internationalen Protesten und Zahlung einer Kaution von 200 000 US-Dollar am 25. Mai 2010 zu Beginn des Strafprozesses freikommt, konnte der Autor ja nicht ahnen. Jafar Panahi wird zu sechs Jahren Gefängnis verurteilt, erhält ein Berufsverbot von 20 Jahren, keine Interviews, keine Auslandsreisen. Vorwurf: Propaganda gegen das System und Vorbereitung von Ausschreitungen nach den Wahlen durch regimekritische Filme über die Wahlen.

Somit wurde dann seine Teilnahme im Februar 2010 an der Berlinale zum Thema „Iranisches Kino: Gegenwart und Zukunft, Erwartungen innerhalb und außerhalb des Landes" vereitelt und dem internationalen Publikum deutlich gezeigt, wie es um die Dinge im Iran steht.

Unser Romanheld Behrus Panahi ist zum Zeitungsladenbesitzer bzw. Zeitungsverkäufer verdonnert worden, durch die Lebensumstände, die einen im Exil dazu zwingen, um sich über Wasser halten zu können. Wasser, das spielt auch eine zentrale Rolle in den Beschreibungen. In eingeflochtenen Rückblenden der Erlebnisse im Asylantenheim nach der Ankunft im Aufnahmeland, beim Spaziergang an der Alster, längst vergessene Vorkommnisse, alles vermengt sich mit dem Leben, mit Tagträumen, überlagert sich mit erfahrenen Traumen, Hilflosigkeit wie bei Gewaltanwendung während Demonstrationen, alles wird analysiert, vermengt sich mit dem Jetzt, verliert sich im fließenden Wasser und führt zur inneren Isolation, Leere und Abgleiten in eine andere Lebensrealität im Schwebezustand.

Die Erlebnisse aus der Vergangenheit, die zum Verlassen des Landes geführt haben, die ins Exil mitgenommen wurden, unverarbeitet, unaufgelöst, holen den erzählenden Schriftsteller Behrus in kleinen Gleichnissen immer wieder ein.

Die Probleme während des Einlebens in die neue Umgebung, das Vergeben von Chancen auf eine Neuorientierung mit dem Knüpfen von Neukontakten, die unweigerliche Isolation durch das bevorzugte Treffen von Landsleuten und Freunden aus der Heimat, aber auch die ganz typischen Reaktionen und romantisch verklärten Fehldeutungen gegenüber einem „Orientalen aus dem Land der Dichter" durch die Menschen, mit denen er durch seine Arbeit im Laden oder bei seinen Spaziergängen in Kontakt kommt.

Die Novelle erzählt Vergangenes, Erlebtes und Zwischenmenschliches in einer derartigen Intensität, dass man in jeder Zeile spürt, wie Selbsterlebtes verarbeitet wurde.

Es werden viele literarische Zitate eingeflochten wie der ewige Wunsch nach dem Fliegen, gepaart mit dem Ikarus-Mythos von Absturz und Tod oder dem einfach eingeworfenen „ich warte auf Godot". Auch nutzt er die Möglichkeit, die Äußerung von Günter Grass anlässlich der Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels 1997 an Yasar Kemal, er schäme sich, ein Deutscher zu sein, als Grundlage

für eine Diskussion im Café mit einer Bekannten zu nehmen, was zu einer heftigen Gegenreaktion von ihr führt. „Er erwähnte nicht mehr, dass Günter Grass sich deshalb schämte, weil Deutschland Waffen an die Türken verkauft hatte, die sie gegen die Kurden eingesetzt hatten. Er fürchtete, Carolas Stirn würde sich verkürzen und ihren gemeinsamen Abend verkürzen. Es war jedoch der ‚Stolz', der als fünfte Vokabel aus Carolas Wörterbuch Berhus' Stirn niedriger werden ließ. Carola sagte, sie sei stolz, Deutsche zu sein. Und Behrus konnte weder die ‚Scham' von Günter Grass mit der Zigarette inhalieren, noch Carolas ‚Stolz' mit ihm ausatmen. Er glaubte das Schicksal der Wörter ähnele dem Schicksal der Menschen, die unter irgendeiner Bürde litten, die nichts mit ihnen zu tun hatte. Wie sein eigenes Schicksal, dass zwischen zwei Wörtern gefangen war, die nichts mit ihm zu tun hatten (hatten sie nicht?)."

Im Gegensatz zu den wechselnden Ich-Erzählern in „Die Schatten" wechselt Mahmood Falaki in „Carolas andere Tode" nun auch zusätzlich den Erzählstil. In dem Teil „Zweite Schilderung" wird die Erzählung in knappen kurzen Sätzen aneinandergereiht. Keine ausführlichen Satzformulierungen kommen zum Tragen, sondern ein schlichter, der Situation angemessener eingedampfter einsilbiger Stil herrscht vor. Mir fällt sofort Camille Claudel ein, Bildhauerin und Muse von August Rodin, die nach dem Tod des geliebten Vaters für die letzen 30 Jahre ihres Lebens von Mutter und Bruder in eine geschlossene Anstalt gesteckt wurde. Lebendig begraben und von aller Welt einfach vergessen zum Dahinvegetieren verdammt.

Die „Dritte Schilderung" hat dann einen ein wenig veränderten, eher dem Stil aus dem ersten Teil angelehnten, aber doch wieder eigenen Erzählstil, da erneut der Ich-Erzähler gewechselt hat.

Die bereits in den Tagträumen des jugendlichen Ich-Erzählers aus dem Roman „Die Schatten" sprachlich wunderbaren Schilderungen werden in dieser Novelle noch gesteigert, man sieht Farben, Gefühle, Träume und Dinge, die ein bis dahin unbekanntes Eigenleben entwickeln, dass einem schwindelig werden kann. Wunderbar feinfühlig beschreibt Mahmood Falaki auch zunächst unbedeutende Ereignisse aus ungewohntem Blickwinkel und lässt den Leser an beiläufig gemachten Beobachtungen, wie z. B. den Reaktionen eines Terriers auf die Anwesenheit von Behrus bei einem Spaziergang, teilhaben, wobei der Leser auch noch ganz unaufgeregt Hamburg kennenlernt.

Mich haben beide Bücher tief beeindruckt in der Intensität und Dichte des Schreibstils und es ist erfreulich, dass es diese Übersetzungen aus dem Persischen gibt, die es dem Leser möglich machen, die Werke eines äußerst interessanten, vielschichtigen und kritischen Autors aus dem Iran näher kennenzulernen.

Mahmood Falaki ist Mitglied im Verband Deutscher Schriftsteller (VDS).

1992 erschien seine Erzählung „Verirrt", 1995 die Gedichtsammlung „Lautloses Flüstern", 2003 sein Roman über das Leben im Iran der 60er Jahre „Die Schatten" und 2009 „Carolas andere Tode".

Belgien:
KNK - Kurdistan National Kongress | Zentrale
41 Rue Jean Stas
1060 Brüssel
Tel: (32) 2 647 30 84
E-Mail: knk@kongrakurdistan.com

KON-KURD
41 Rue Jean Stas
1060 Brüssel
Tel: (32) 2 647 99 53
E-Mail: info@kon-kurd.org

Deutschland:
Civaka Azad - Kurdisches Zentrum für Öffentlichkeitsarbeit e.V.
Bornheimer Landstraße 48
60316 Frankfurt a. M.
Telefon: 069/84772084
E-Mail: info@civaka-azad.org
http://civaka-azad.org/

Ceni | Kurdisches Frauenbüro für Frieden
Corneliusstr. 125
40215 Düsseldorf
Tel: (49) 211 - 5989251
E-Mail: ceni_frauen@gmx.de

YEK-KOM
Graf-Adolf-Str. 70a
40210 Düsseldorf
Tel: (49) 211 - 17 11 451
E-Mail: yekkom@gmx.net
http://www.yekkom.com/

Internationale Initiative Freiheit für Abdullah Öcalan - Frieden in Kurdistan
Postfach 100511, D-50445 Köln
Tel: (49) 221 130 15 59
E-Mail: info@freedom-for-ocalan.com
http://www.freedom-for-ocalan.com

ISKU | Informationsstelle Kurdistan e.V.
Büro für Internet und Öffentlichkeitsarbeit
Spaldingstr. 130-136; 20097 Hamburg,
Tel: 040 / 42102845
E-Mail: isku@nadir.org
http://isku.org

Kurd-Akad. | Netzwerk kurdischer AkademikerInnen e.V.
Postfach 102801, 44028 Dortmund
E-Mail: info@kurd-akad.com
http://www.kurd-akad.com

Österreich:
FEY-KOM
Jurekgasse 26
1050 Wien
Tel: (43) 1 - 9718824
E-Mail: info@feykom.at

Italien:
Ufficio d´Informazione del Kurdistan in Italia
UIKI-Onlus
Via Gregorio VII 278, int. 18, 00165 Roma
Tel: (39) 06 - 636892
E-Mail: uiki.onlus@fastwebnet.it
http://www.uikionlus.com

Frankreich:
Centre d'Information du Kurdistan
147 Rue Lafayette; 75010 Paris
Tel: (33) 1 42 81 22 71
E-Mail: knkparis@wanadoo.fr

Schweiz:
KURD-CHR
15 rues des Savoises
1205 Genevre
Tel: (41) 22 32 81 984
E-Mail: kurd-chr@freesurf.ch

Niederlande:
FED-KOM
Sloterkade 10
1058 HD Amsterdam NL
Tel: (31) 20 - 61 41 816
E-Mail: fedko@dds.nl
http://www.fedkom.nl

Dänemark:
FEY-KURD
Victoriagade 16 c, 2 Sal, 1655 Kobenhavn
Tel: (45) 33 - 22 89 98
E-Mail: feykurd@kurder.dk
http://www.kurder.dk

Australien:
Australian Kurdish Association Inc.
93 Main Street
Blacktown 2148 Sydney
Tel: (61) 2 - 96 76 72 45

Zypern:
Kypriaki Epitropi Allileggyis sto Kourdistan
Tach. Thyr. 25607
1311 Lefkosia / Kypros
Tel: (357) 2 - 37 42 16
E-Mail: ernk-ky@logos.cy.net

Russländische Föderation:
Mala Kurda
ul. Vilgelma Pika, d. 4/A
129 226 Moskva
Tel./Fax: (70) 95 - 18 71 200
E-Mail: kurdistan_komite@yahoo.com

Ungarn:
KURDISZTÁNI INFORMÁCIÓS ÉS KULTÚRÁLIS EGYESÜLET
Dózsa György út 58; 1076 Budapest
(36) 30 405 8790, (36) 30 873 7521
E-Mail: info@kurdistan.hu
www.kurdistan.hu

Impressum
Der Kurdistan Report erscheint regelmäßig

Redaktion:
W. Struwe (V.i.S.d.P.), S. Karabulut, Devriş Çimen, B. Ruprecht, E. Millich

Kontaktadresse:
Kurdistan Report
c/o ISKU – Informationsstelle Kurdistan e.V.
Spaldingstr. 130-136
20097 Hamburg

Bankverbindung:
Dr. H. J. Schneider
Hamburger Sparkasse
Kto.Nr. 102 021 21 20
BLZ 200 505 50

Internet-Adresse:
www.kurdistanreport.de
k.report@gmx.de

Preise:
Jahresabonnement
6 Exempl. 15,– Euro
plus Portokosten

Einzelexempl.: 2,50 Euro

Titelbild:
Bei einer Straßenkontrolle der HPG trifft sie auf eine Delegation von Abgeordneten und Friedensmüttern.
Foto: DIHA

Rückseite:
Freiheit für Öcalan: Plakat zur Unterschriften-kampagne
www.freeocalan.com

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Artikel, LeserInnen-briefe und Fotos sind erwünscht und werden nach Möglichkeit abgedruckt. Die Redaktion behält sich das Recht auf Kürzungen vor. Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion.
Wir bedanken uns für die Unterstützung zahlreicher Freundinnen und Freunde.

FREEDOM FOR ÖCALAN

I support

the demand "Freedom for Abdullah Öcalan and the political prisoners in Turkey". Öcalan's freedom will mark a breakthrough for the democratization of Turkey and peace in Kurdistan.

Abdelhak Kachouri, Vice President for the region Ile de France, France; **Abdulla Pashew**, Kurdish Poet, Finland; **Achin Vanaik**, Coalition for Nuclear Disarmament and Peace, India; **Adela R. Segarra** MP, Argentinia; **Akiva Orr**, Writer, Israel; **Alejandro Navarro Brain**, Senator, Chile; **Alessandro Forlani**, Former MP, Italy; **Allan Boesak**, Former President of the World Alliance of Reformed Churches, South Africa; **Alternative Information Center** (AIC), Jerusalem/Beit Sahur; **Ambrosio Canera**, PCC, Cuba; **Ana Miranda**, Member of the European Parliament, Spain; **Andrea Segre**, Director, Italy; **Andrej Hunko** MP, Member of Council of Europe, Germany; **Angelo Baracca**, Physicist, University Professor, Italy; **Aysel Tuğluk**, Member of Parliament and Co-chair Democratic Society Congress, Turkey; **Aziz Pahad**, Form. Dep. Foreign Minister, ANC, South Africa; **Bernard Marquet**, National Council of the Principality of Monaco, Monaco; **Binayak Sen**, Health and Human Rights Activist, India; **Blade Nzimande**, General Secretary SACP, South Africa; **Bremer Friedensforum** (Bremen Peace Forum), Germany; **Bruce Kent**, Vice-President Pax-Christi, UK; **CAMPACC** (Campaign against criminalising communities) UK; **Carlo Sommaruga** MP, Switzerland; **Carlos Sierra** MP, Venezuela; **Caroline Lucas** MP, House of Commons, UK; **Cédric Wermuth** MP, Switzerland; **Dominique Bucchini**, President of the Corsican Assembly, Corsica; **Doris Gercke**, writer, Hamburg, Germany; **Dr. Heiner Geißler**, Former Minister, Germany; **Dr. Peter Strutynski**, Peace Researcher, Germany; **Dr. Stella Misiaouli** MP and Member CC of AKEL, Cyprus; **Dr. Vicki Sentas**, Shool of Law, University of New South Wales, Australia; **Dreano Bernard**, Writer, Co-President CEDETI M, President de l´AEC, France; **Efrain Condori Lopez**, Senator, Bolivia; **Ela Gandhi**, Gandhi Development Trust, South Africa; **Essa Moosa**, Judge, South Africa; **Fabio Amato**, Foreign Affairs Responsible of Rifondazione Comunista Party,Italy; **Francine John-Calame** MP, Switzerland; **Gabriela Lilly Montano Viana**, Senator, Bolivia; **Gareth Peirce**, Human Rights Lawyer, UK; **Gennaro Migliore**, Italian Republic former Deputy, Italy; **Gerry Adams**, President of Sinn Fein, Ireland; **Giuristi Democratici** (Association of Democratic Jurists), Italy; **Gwede Mantashe**, General Secretary ANC, South Africa; **Hans-Christof von Sponeck**, Former UN Assistant Secretary General, Germany; **Hilda Astudillo** MP, Ecuador; **Hywel Williams** MP, House of Commons, UK; **Isabelle Pasquet**, Senator, France; **Ivar Asjes**, Vicepresident of the KORSOU Parliament; **Janet Biehl**, Writer, USA; **Jean Lambert**, Member of the European Parliament, UK; **Jean-Louis Testud**, Vice-President of Cités Uniens, Member of Council of Europe, France; **Jeremy Corbyn** MP, House of Commons, UK; **Jill Evans**, Member of the European Parliament, UK; **Joe Ryan**, Chair of Westminster Justice and Peace, UK; **Joël Dutto**, City Councillor, France; **Jorge Enrique** MP, Puerto Rico; **Jose B. Rafael Avila** MP, Venezuela; **Jose Figueroa Agmilarz**, Senator, Nicaragua; **Julia Cesar Valentin**, Senator, R. Dominicana;**Katy Clark** MP, House of Commons, UK; **Le Minh Thank** MP, Vietnam; **Leyla Zana**, MP and Sakharov Prize Laureate, Turkey; **Liza L. Maza**, Chairperson International Women´s Alliance, Philippines; **Lord Rea**, House of Lords, UK; **Louise Christian**, Human Rights Lawyer, UK; **Luigi Vinci**, Director of "Project Job" Magazine, former European Deputy, Italy; **Luisa Mongantini**, Former Vice-President of the European Parliament, Italy; **Malalai Joya**, activist, writer and former MP, Afghanistan; **Margaret Owen** OBE, Widows for Peace Through Democracy (WPD), UK; **Maria Leon** MP, Venezuela; **Maurozuniga Nunez** MP, Peruana; **Michel Billout**, Senator, France; **Miraz Bezar**, Director, Germany; **Mouvement contre le racisme et pour l'amitié entre les peuples** (Movement against racism and for friendship between peoples) (MRAP), France; **Mouvement de la paix** (Peace Movement), France; **Nelson Virreira Meneces** MP, Bolivia; **Nicole Borvo Cohen-Seat**, Senator, France; **Nils Anderson**, Co-President ADIF, France; **Paolo Ferrero**, National Secretary of Rifondazione Comunista Party, Italy; **Pat Doherty** MP, Sinn Fein, Ireland; **Peace in Kurdistan Campaign**, UK; **Piedad Cardoba Ruiz**, Human Rights Activist, Colombia; **Pierre Laurent**, President Party of the European Left, France; **Prof. Antonio Negri**, Political scientist, Italy; **Prof. David Graeber**, Anthropologist, USA; **Prof. Dr. Eric Defoort**, President of European Free Alliance, Belgium; **Prof. Dr. med. Ulrich Gottstein**, International Physicians for the Prevention of Nuclear War (IPPNW), Germany; **Prof. Dr. Peter Kammerer**, Emeritus Professor at the University of Urbino, Offenburg, Germany; **Prof. Dr. Rudolph Bauer**, Political scientist, writer, painter, Germany; **Prof. Dr. Werner Ruf**, Political scientist and peace researcher, Germany; **Prof. Dr. Wolf Dieter Narr**, Political scientist, Berlin, Germany; **Prof. G.M. Tamás**, Philosopher, Hungary; **Prof. Immanuel Wallerstein**, Sociologist, USA; **Prof. Jose Maria Sison**, Chairperson International League of People´s Struggle, Philippines; **Prof. Noam Chomsky**, MIT, USA; **Prof. Norman Paech**, International Law, Germany; **Prof. Regima Cochrane**, Canada; **Prof. Ueli Mäder**, Sociologist, Switzerland; **Progetto Diritti** (Rights Project), Italy; **Rafael Mendez** MP, R Dominicana; **Ralph Fertig**, President Humanitarian Law Project, USA; **Ramon Mantovani**, Italian Republic former Deputy, Italy; **Sherko Bekas**, Kurdish poet, Iraqi Kurdistan; **Siraj Desai**, Judge of the Western Cape High Court, South Africa; **Solidarité Liberté**, France; **Tanggol Bayi** (Defend Women), Philippines; **Theresa Solomon**, Ex-Mayor of Cape Town, South Africa; **Trevor Manuel**, Minister of Planning in the South African President's Office, South Africa; **Ueli Leuenberger**, former MP, Switzerland; **Vedat Türkali**, Writer, Turkey; **Vittorio Agnoletto**, Former European Deputy, Italy; **Vyacheslav Tetekin**, Secretary of CC, CPRF, Russia; **Wolfgang Gehrcke** MP, Germany; **Women's Organization for Political Prisoners** (WOFPP), Israel

For information and signature:

www.freeocalan.org


ISSN 0935-5375